

Politische Berichte



12. September 1981
Jg. 2 Nr. 19

G 7756 D Preis:
2 DM



auf der
**DGB-Demonstration
am Antikriegstag
in Hamburg**



Öffentliche Dienste: Spar- und Rüstungshaushalt: Konfrontation des Parlamentes mit den Lohnbewegungen unvermeidlich! Seite 3



„Neue Weltwirtschaftsordnung“: Mit allen Mitteln versuchen die Imperialisten, die Rohstoffausplünderung der Dritten Welt fortzusetzen Seite 13



US-Nahoststrategie: Zugang zum Öl durch Golfatuzpunkte – Libyen Testfall für Kanonenbootpolitik Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

Inhalt

Öffentliche Dienste: Spar- und Rüstungshaushalt: Konfrontation des Parlaments mit den Lohnbewegungen unvermeidlich! Seite 3

Stellungnahme des ÖTV-Hauptvorstandes vom 8.9.1981. Seite 4

Bundesbahn: 193 000 Stellen in 22 Jahren wegrationalisiert Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft – kurz berichtet. Seite 6

USA: Reaktion im Innern: Schulgesetz schreibt für den Unterricht Schöpfungslehre als „Wissenschaft“ vor Seite 7

Meuterei: Hohe Geldbuße gegen drei Soldaten Seite 7

Energieprogramm: „Außer Öl ist Zeit ein knapper Faktor“ – Fortschreibung des Energieprogramms Seite 8

Lotto: Ergiebige Einnahme für Länderhaushalte Seite 9

Türkei: Bankiers befriedigt, Gewerkschaften protestieren Seite 10

VR Polen: Kongreß der Gewerkschaft Solidarität Seite 10

2. Welttreffen der Gewerkschaftsjugend: Unterstützung für die Kämpfe der Länder der Dritten Welt Seite 11

Haushalt 82: Die CDU wittert Morgenluft Seite 12

„Neue Weltwirtschaftsordnung“: Mit allen Mitteln versuchen die Imperialisten, die Rohstoffausplünderung der Dritten Welt fortzusetzen Seite 13

Nord-Süd Bericht. Brandt's imperialistische Lockerungsübungen Seite 14

Frieden in Freiheit durch „machtgerechte Außenpolitik“ Seite 16

Reale Austauschverhältnisse: üble Folgen der „internationalen Arbeitsteilung“ Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung. Seite 18

Elektroindustrie: Zusammenarbeit von AEG und Bosch in der Rüstungsproduktion Seite 19

Papierindustrie: Verstärkte Monopolbildung Seite 19

Hamburger Aluminium Werk: Schadstoffmessungen zum „Technischen Betriebsgeheimnis“ erklärt Seite 20

DIAG/Fritz Werner: Prämienlohn mit Mindestabsicherung Seite 21

Elbfischer: Cadmium ruiniert jetzt auch die Bauern Seite 21

Nordrhein-Westfalen: Von wegen „Revierluft sauberer“ Seite 21

Schweinfurth: „Variable Arbeitskräfteplanung“ mit billigen, rechtlosen Ferienarbeitern Seite 22

Versicherungspflicht, Lohnfortzahlung bei Ferienarbeitern Seite 23

Frankfurter Oper: Monument des Bürgerstolzes Seite 23

Privatisierung: Herausbildung einer Niedriglohnzone .. Seite 24

Baden-Württemberg: Rechtsgutachten gegen Lernmittelfreiheit Seite 25

Antikriegstag: Zahlreiche Demonstrationen im Bundesgebiet und Westberlin – Bessere Beteiligung als in den Vorjahren Seite 25

Stichwort Antikriegstag Seite 27

Internationale Nachrichten. Seite 28

Namibia: Angola-Überfall zeigt SWAPO's Stärke in Namibia Seite 29

Westsahara: Kaum Chancen für OAU-Friedensplan ... Seite 29

Südostasien: KP's ändern Taktik im Befreiungskampf .. Seite 30

Österreich: Größere Reservearmee durch EUMIG-Pleite Seite 30

Brasilien: Fortschritte der Arbeiterbewegung Seite 31

Kanada: Trudeaus „Nationales Energieprogramm“ ... Seite 31

US-Nahoststrategie: Zugang zum Öl durch Golfstützpunkte – Libyen Testfall für Kanonenbootpolitik Seite 32

PLO-Führer zur Lage im Nahen Osten Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft. Seite 34

Der lange Tod des Stuntman Cameron: Die Story vom Einzelkämpfer, der sein Glück macht Seite 34

Kriegsroman: Helden und Männer Seite 34

Science fiction: „Der große Ölkrieg“ Seite 34

Eine Lanze für die Kolonialisten Seite 35

Vererbung: Kulturelle Unterschiede durch Kulturgene erklärt Seite 35

Finnischer Friedensvertrag: Politischer Riegel gegen großdeutsche Baltikum-Ambitionen Seite 36

Ketzerei: Katholiken aus der Dritten Welt wollen schon hienieden satt werden Seite 37

Nettolohn drift und Bruttolohn drift 1980 auf 1981 Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13 – 17) und Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Angela Lux; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Ulrich Grothus; für Sozialstatistik (S. 38/39): Hans Jungcurt. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Spar- und Rüstungshaushalt: Konfrontation des Parlamentes mit den Lohnbewegungen unvermeidlich!

Die Führungskräfte der großen Parlamentsparteien tun, ihrer Verantwortung stets bewußt, energisch auch das Unpopuläre: nämlich Sparen. Die tief in den Seelen der deutschen Bundestäger brodelnde Sparwut prägt sich durch bis in die Gesichtszüge: man trägt für Fernsehauftritte Sorgenfalten und wer sie nicht produzieren kann, zählt einen Maskenbildner. In Wirklichkeit verzerrt eher Begeisterung, verbunden mit den gesundheitlich segensreichen Wirkungen der Hochsee, des Hochgebirgs und sonstiger Intensivurlaube die Visagen. Denn der große Dreh ist gefunden, die Masche gestrickt. Der Prozeß der Umwandlung von Bestandteilen des Lohn- und Lebensstandard der arbeitenden Klassen in verfügbare Mittel der Kapitalistenklasse, die das Geld in Konkurrenzschlachten auf dem Weltmarkt verpulvert und sich Waffen zur Förderung ihrer imperialistischen Ziele dafür anschafft, ist als Sparsamkeit etikettiert. Und dieser Etikettenschwindel glückte als Kollektivkunstwerk aller Parteien.

Tatsächlich wird nichts gespart. Wenn für den öffentlichen Dienst z.B. ein Prozent der Stellen gestrichen wird, so doch nicht, weil eine Verminderung des Aufwands erfolgt wäre. Dieselbe Arbeitslast wird von 99% der Beschäftigten verrichtet. Eine Mehrausgabe an Arbeitskraft muß stattfinden. Diese Mehrausgabe soll ferner nach den Regierungsplänen nicht nur nicht vergütet werden, sondern die Pro-Kopf-Vergütung soll zusätzlich um ein Prozent gesenkt werden. Ein Lohnabhängiger, der diesem Kurs folgt, hat nicht gespart. Er hat verschwendet. Er hat non seiner Arbeitskraft ein Prozent mehr verausgabt und dafür ein Prozent weniger Entgelt erhalten und reizt die Verbraucher der Arbeitskraft direkt zur Vergeudung dieses Gutes an, weils so billig zu haben ist.

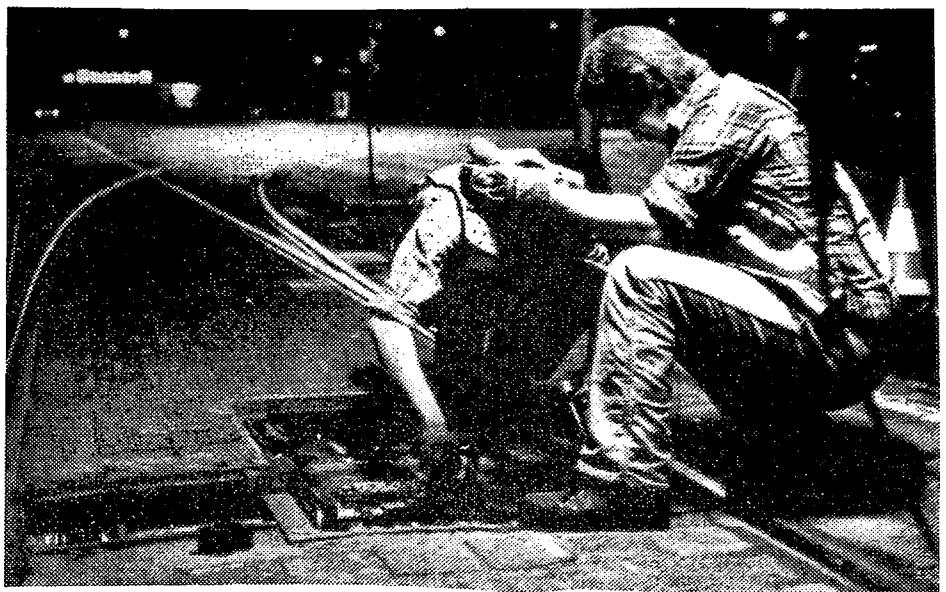
Was wird gespart durch die Streichungen beim Kindergeld? Ohnehin ist die Geburtenrate niedrig und der Gesundheitszustand der Kleinkinder schlecht. So wird die Republik sich daran freuen können, wie schon die kleinsten Bürger sparen: Am Verbrauch von Frischobst und Frischgemüse und also direkt staatsmännisch zur Winterzeit Devisen. — Es wäre an der Zeit, durch öffentliche Diskussion diesem merkwürdigen Sparbegriff ein Ende zu bereiten, wonach Arztkosten spart, wer früh stirbt.

Dieses Sparprogramm hat inzwi-

schen die Beratungen der Bundestagsfraktionen passiert. Jetzt wird das Ding Bundestag und Bundesrat zugeleitet. Am 16.9. beginnen die Verhandlungen im Bundestag, am 25.9. wird die Union im Bundesrat noch ausschmückende Einzelheiten hinzufügen. Dann gehts in die 2. und 3. Lesung des Bundestags. Die Geschäftsordnungsweichen sind gestellt. Jedoch irrt, wer etwa annimmt, daß in Sachen dieses Programmes nun etwa alles gelaufen wäre. Das trifft nicht zu. Das Programm ist seiner Struktur nach und in seinen Einzelforderungen ein Kampfprogramm der Bourgeoisie gegen den Lohn- und Lebensstandard der arbeitenden Klassen. Dies Kampfprogramm muß seine Bewährungsprobe dort bestehen, wo sich die politischen Kräfteverhältnisse in Sachen Lohn- und Lebensstandard am klarsten und eindeutigsten entwickeln. Und diese Entwicklung der Kräfteverhältnisse findet gegenwärtig in den großen Lohnbewegungen statt. Das ist auch den Parlamentsstrategen der großen Parteien wohl bewußt. Da die öffentliche Hand

den des Lohnstandards hängen, wird eine Kraftprobe erfolgen.

Noch im September ruft FDP-Innenminister Baum Vertreter der im öffentlichen Dienst tätigen Gewerkschaften zu sich. Baum will vorführen, ob diese Gewerkschaften auf das Lohnkürzungs- und Arbeitsintensivierungsprogramm mit einer neutralisierenden Lohnforderung antworten werden oder nicht. Es besteht nämlich gegenwärtig keine Möglichkeit, den im öffentlichen Dienst tätigen Gewerkschaften gesetzlich eine Lohnforderung zu verbieten, die auf die Stellenstreichungen um ein Prozent mit einem Forderungsaufschlag um ein Prozent z.B. antwortet. Es besteht keine Möglichkeit, das Aufstellen einer Forderung zu verbieten, die die Verluste beim Kindergeld (dies ist ohnehin bloß Rückvergütung von gezahlter Steuer) mit veranschlagt. Kurz und allgemein: Für die Regierung besteht keine gesetzliche Möglichkeit, zu verhindern, daß sich die organisierte Lohnarbeit durch Kampf von den Kapitalisten und dem öffentlichen Dienstherrn zurückholt,



Nacharbeit bei der Reparatur von Gleisanlagen der Straßenbahn

auf dem Arbeitsmarkt als der größte Ankäufer von Arbeitskraft auftritt, ist die direkte Konfrontation mit Lohnbewegungen unvermeidlich. Da das Sparprogramm ein Umverteilungsprogramm von Lebensaussichten, Lebensstandard und Lebensfreude in verfügbare Mittel der Kapitalisten und ihres Staates ist, und da Lebensaussichten, Lebensstandard und Lebensfreude für die arbeitenden Klassen am dünnen Fa-

was ihr deren politische Handlungsbeauftragte auf gesetzlichem Wege gestrichen haben. Der Sparschwindel kann sich als wütender Konflikt sozialer Klassen fortwälzen und dadurch nicht nur an Geldsubstanz verlieren, sondern auch ein bißchen lächerlich gemacht werden.

Die praktischen Folgen solcher Bewegung wären: Die Regierung würde

Stellungnahme des ÖTV-Hauptvorstandes vom 8.9.1981

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat sich in einer Sondersitzung am 7. September 1981 mit den Sparvorhaben der Bundesregierung zum Haushalt 1982 und zum Finanzplan 1981 bis 1985 beschäftigt. Er stellt fest:

Die Beschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1982 sind sozial unausgewogen, obwohl fundamentale Eingriffe in das System der sozialen Sicherheit verhindert werden konnten. Das vorliegende Konzept der Bundesregierung steht in wesentlichen Positionen im Widerspruch zu grundlegenden gewerkschaftlichen Forderungen zur Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Vor allem enthält es keine schlüssige Antwort auf die größte Herausforderung für die Bundesrepublik, die Arbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaften haben seit längerer Zeit ihre Bereitschaft erklärt, eine Konsolidierung der Staatsfinanzen mitzutragen, wenn alle Bevölkerungs- und Einkommensgruppen angemessen belastet werden und Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt stehen. Deshalb hat der Deutsche Gewerkschaftsbund Anfang Juli 1981 unter anderem angeregt, vorübergehend die höheren Einkommen stärker zu besteuern und den längst überfälligen Arbeitsmarktbeitrag für alle am Erwerbsleben Beteiligten einzuführen. Mit diesen dann zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln sollten gezielte Investitions- und Beschäftigungsprogramme finanziert werden. Bisher sind diese Vorschläge nicht berücksichtigt worden.

Die beabsichtigten Einschränkungen beim Arbeitsförderungsgesetz sind nicht geeignet, zum Abbau von Arbeitslosigkeit beizutragen. Durch eine Beschränkung aller Leistungen auf Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer wird der Abbau von Beschäftigungsschwierigkeiten und Qualifikationsmängeln

erschwert. Die Arbeitsmarktpolitik wird damit auf die Finanzierung und Verwaltung von Arbeitslosigkeit reduziert.

Der vorgesehene pauschale Abbau von insgesamt einem Prozent aller Stellen, wobei auch die Bundesanstalt für Arbeit nicht ausgespart bleiben soll, bedeutet eine Kapitulation vor der arbeitsmarktpolitischen Verantwortung. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV wendet sich gegen alle pauschalen Stellenstreichungen, die zu unverhältnismäßigen Arbeitsbelastungen für die Beschäftigten und zum Abbau von öffentlichen Dienstleistungen führen.

Niemandem dient die Streichung von Mitteln im Bundeshaushalt, die Hilfen zur Selbsthilfe sind. Deshalb kann die künftige Verweigerung von Bundesmitteln wie zum Beispiel der Wegfall von Gasölbetriebsbeihilfen für Betriebe im Zonenrand- und Frachthilfengebiet und der Finanzbeihilfen für die Seeschifffahrt weitere verhängnisvolle arbeitsmarktpolitische Folgen haben.

Das geplante Kostendämpfungsgesetz trifft vor allem kranke Arbeitnehmer und verletzt damit das Prinzip der Solidargemeinschaft. Da die Vergütungen der Ärzte und Zahnärzte von gesetzlichen Regelungen weiterhin ausgenommen sind, wird es nicht zur Kostendämpfung, sondern zu Kostenverlagerungen zu Lasten der Versicherten kommen. Die Gewerkschaft ÖTV hat umfassende Vorschläge zur dauerhaften Senkung der Kosten im Gesundheitswesen gemacht. Sie erwartet, daß die Bundesregierung über die angekündigte Verbesserung der Struktur der gesetzlichen Krankenversicherung hinaus ein Programm zum gezielten Ausbau der Gesundheitsvorsorge und zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Krankenhäusern vorlegt, das die Versicherten tatsächlich entlastet.

Für die Arbeitnehmer hat die Versorgung mit ausreichendem und erschwinglichem Wohnraum besondere Bedeutung. Die vorgesehenen Maßnahmen der Bundesregierung, vor allem die Absicht, die degressive Abschreibung für Mehrfamilienhäuser drastisch zu erhöhen, geht aber an den sozialen Notwendigkeiten vorbei. Begünstigt werden vorrangig Großverdiener und Kapitalsam-

melstellen, während ausreichende Mittel für den sozialen Wohnungsbau nach wie vor fehlen. Die Leidtragenden sind in erster Linie Arbeitnehmerfamilien mit mehreren Kindern, die ohnehin durch die nicht vertretbaren Kürzungen beim Kindergeld zusätzlich belastet werden sollen.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV lehnt alle Sonderlasten für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ab. Es gibt keinen Grund, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die wie alle anderen Arbeitnehmer durch die allgemeinen Sparbeschlüsse belastet werden, zusätzlich einen Teil ihres Einkommens wegzunehmen.

Den Beamten sollen Einkommenskürzungen durch Gesetz auferlegt werden. Die Bundesregierung nutzt damit den Rechtsstatus der Beamten zur Haushaltsanierung aus. Soweit sich die dazu vorgesehenen gesetzlichen Schritte auf die Angestellten auswirken, wird die Tarifautonomie unterlaufen. Die Bundesregierung setzt mit einem solchen Vorgehen die Tarifautonomie als unumgängliches Instrument des Interessenausgleichs letztlich aufs Spiel. Das und ihre erklärte Absicht, auch für alle Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst Einkommenskürzungen durchzusetzen, ist eine Kampfansage an die Gewerkschaften.

Die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst dürfen sich im Vergleich zu den Arbeitnehmerinkommen der gewerblichen Wirtschaft nicht verschlechtern. Arbeitseinkommen sind keine beliebige verfügbare Finanzmasse für die Regierung. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV fordert deshalb alle politisch Verantwortlichen in Regierung und Parlamenten bei Bund und Ländern auf, die vorgesehene Besoldungskürzung um ein Prozent und die Besoldungsverschiebung um drei Monate zu unterlassen.

Um Eingriffe wie die jetzt beabsichtigten künftig zu vermeiden, fordert der Hauptvorstand wirksame Verhandlungsrechte für Beamte und die schrittweise Einführung eines einheitlichen Personalrechts auf arbeitsrechtlicher Grundlage.

Sollten die öffentlichen Arbeitgeber versuchen, durch Kündigung von Tarifverträgen Einkommen abzubauen, wird die Gewerkschaft ÖTV die notwendigen gewerkschaftlichen Mittel ergreifen, um dies zu verhindern.

Die Gewerkschaft ÖTV ist bereit, ihren Beitrag für eine Haushaltssanierung zu leisten, wenn sie sozial gerecht finanziert wird und einzelne Arbeitnehmergruppen nicht mehrfach belastet.

Sie wird sich auch in Zukunft gegen jeden Versuch konservativer Kreise wehren, eine gesellschaftspolitische Tendenzwende zu Lasten der Arbeitnehmer einzuleiten.

Die Gewerkschaft ÖTV wendet sich gegen Sparmaßnahmen im Bereich der sozialen Sicherung, die das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verletzen.

Sie fordert die sofortige Verabschiedung eines wirksamen Investitions- und Beschäftigungsprogramms und die Rücknahme aller Beschlüsse über Einkommenskürzungen, über Besoldungsverschiebungen und pauschale Stellenstreichungen.



Zusatzurlaub für Beamte im Schichtdienst beim Bund gesichert, bei Ländern und Gemeinden noch nicht

sich außerordentlich schwer tun, ihren Haushaltsansatz durchzuhalten. Eine Neuauflage der Haushaltsdebatte, wie sie in den Sommermonaten zu erleben war, wäre unvermeidlich. Unvermeidlich käme auch der Rüstungshaushalt zur Sprache. Unvermeidlich auch die enormen Kapitaltransfers ins Ausland. Unvermeidlich also würden die Zwecke des Sparprogrammes und damit die Zielvorstellungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie öffentlicher Erörterung ausgesetzt.

Obwohl die neueste Erklärung des ÖTV-Hauptvorstandes eindeutig gegen die Sparbeschlußfähigkeit der Parlamentarier gerichtet ist, muß befürchtet werden, daß die Leitungen der DGB-Gewerkschaften diesen erfolgversprechenden Weg zur Wahrung der Interessen der Lohnabhängigen in der BRD und Westberlin nicht beschreiten werden. Sie mögen befürchten, daß in diesem Falle sowohl eine Ablösung der SPD/FDP-Koalition durch eine Koalition aus CDU/CSU und FDP zu befürchten wäre, wie eine schroffe Reaktion und gewaltige Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch eine solche umgebildete Regierung. Ohne Zweifel wird Baum mit feinsinnigen Drohungen in diese Richtung drängen, wenn er mit den Vertretern der Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten spricht. Bis heute geniert sich Heinz Kluncker noch ein wenig wegen des großen Streiks von 1974, weil dieser angeblich den Übergang von dem Kabinett Brandt zum Kabinett Schmidt bewirkt habe.

Dagegen wäre einzuwenden, daß dieser Streik ebenso gewiß einen Zulauf von Angestellten zur FDP und CDU verhindert hat, wie dieser Zulauf eingetreten ist in den letzten Jahren, in denen die ÖTV zwar mit bitterer Miene, aber doch aus Baums Hand fraß. Wenn die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst hingegen schlucken und ihre Führung sich verpflichtet zu rechtfertigen, daß: Eine Intensivierung der Arbeit ohne Vergütung erfolgen kann und sogar mit Lohnsenkung verbunden werden kann, daß die Anbindung der Beamtengehälter an die Ergebnisse der Lohnbewegungen aufgehoben und die Anbindung der Tarifverträge an Lohnsenkungsgesetze hingenommen werden kann, daß auf die Forderung nach Koalitionsrechten und Tarifrecht für Beamte die freche Aufherrschaft einer Lohnsenkung gesetzt werden kann, dann allerdings wäre der öffentliche Dienst, d.h. seine Beschäftigten, in eine so wehrlose und willenlose Rolle gebracht, daß eine wichtige Voraussetzung für die Regierungsübernahme durch die Union geschaffen wäre: ein öffentlicher Dienst, der kuscht und erledigt, was angeordnet wird und und wie immer es angeordnet wird.

Bundesbahn: 193000 Stellen in 22 Jahren wegrationalisiert

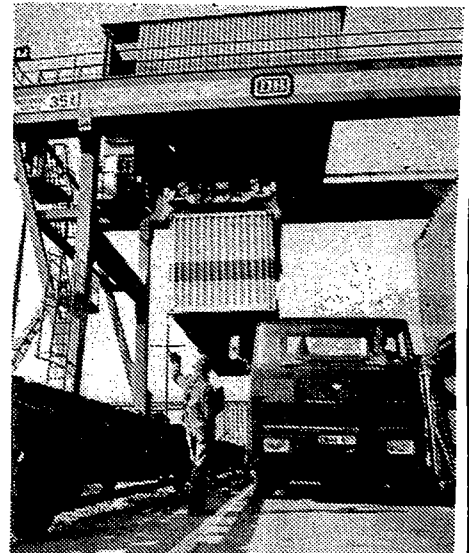
„Mehr noch als in der Vergangenheit wird die Bahn ... prüfen müssen, ob die eingesetzten Mittel auch eine entsprechende Rendite bringen“, formuliert die Deutsche Bundesbahn (DB) ihre Aufgabe in ihrem „DB Report 81“. Zur besseren Bewältigung der „Sicherung der Wirtschaftlichkeit“ hat das Bundeskabinett im Juli beschlossen, „politische“ Beamte mit kurzfristigen, individuellen Verträgen anzuheuern.

Die Bundesbahn hat in den letzten Jahren durchschnittlich ca. 3 Mrd. DM Schulden gemacht (insgesamt: 30 Mrd. DM). Dies gibt die Argumentation her für die jüngsten Preiserhöhungen, Streckenstillegungen, Rationalisierungen und Lohnsenkungen. Seit 1958 hat die DB ein ungeheures Rationalisierungsprogramm durchgeführt, das sich in zwei Wellen unter Nutzung der Krisen 66/67 und 1973 vollzog und durch einen Einstellungsstopp 1974 flankiert wurde (siehe Tabelle).

Jahr	Einstellungen	freiwill. Ausscheid.	Entlassungen
1970	45951	15373	5212
1971	37077	12878	6082
1972	31117	11251	4969
1973	33536	11089	5010
1974	21824	7504	4270
1975	745	3158	2610
1976	420	3183	1841
1977	341	2999	1490
1978	728	2444	953

Das Ergebnis: Der Personalbestand wurde von 537767 auf 344686 im Jahre 1980 gedrückt, für Ende 1981 sind 315000 geplant. Gleichzeitig unternahm die DB gewaltige Investitionen im Güterverkehr, um die Bahn gegenüber anderen Verkehrsmitteln konkurrenzfähiger zu machen. Der Container-Verkehr und der sog. „Hucke-Pack-Verkehr“ mit dem Lkw per Bahn konnte bedeutend erhöht werden. Über 70% der Güter erreichen innerhalb von 24 Stunden ihr Ziel. Bis 1990 sollen insgesamt 44 Mrd. DM investiert werden. Seit drei Jahren stagnieren demgegenüber die Zuschüsse des Bundes für den Personenverkehr, dadurch wird die DB ermuntert, endlich den Kostendeckungsgrad in diesem Bereich zu erhöhen. Seit Anfang der 70er Jahre hat die DB bereits die Gesamtstreckenlänge um rund 1000 km gekürzt, weitere 6000 km sollen folgen. Die Streckenlänge, die nur dem Güterverkehr dient, hat währenddes-

sen um 22% zugenommen und hält einen Anteil von 17,4% an der Gesamtlänge (1970: 13,2%). Für die Beschäftigten bedeuten alle Maßnahmen zur „Rentabilitätssteigerung“ Mehrarbeit. Im Betriebsmaschinendienst wurden z.B. bei 30%iger Kürzung der Belegschaft die Vorgabezeiten für Fahrzeugunterhaltung um 50% reduziert. Im Bereich Triebwagenfahrerdienst mußten die Beschäftigten Anfang 1980 über 600000 Überstunden/Monat (25 Stunden



pro Beschäftigtem) machen, wovon nur 1% vergütet wurde. Bei den Planstellen gibt die DB einen Fehlbestand von nur 2,3% an, tatsächlich verbirgt sich hinter der Überstundenarbeit ein Fehl von 17%.

Ein besonderes Mittel bei der Durchführung der Rationalisierungswelle war die Ende der 60er Jahre bis zu 4 Stunden längere Arbeitszeit bei der DB im Verhältnis zur Industrie. Erst 1974 konnte die 40-Stundenwoche erreicht werden, die aber keinesfalls gesichert ist. Lag der Lohn eines Lokführers (A7) 1950 noch um das 1,6fache über dem Durchschnittslohn eines Industriearbeiters, so haben sich beide Löhne seit Mitte der 70er Jahre angeglichen, obgleich der Lokführer ständig Nacht- und Wechsel-schicht arbeitet. Der DB ist es gelungen, die Zulagen für diese Dienste beträchtlich unter denen der Industrie zu halten.

Einen Erfolg im Kampf gegen die Schichtarbeit konnte die Eisenbahnergewerkschaft 1980 erreichen, die Nachtschichten pro Monat wurden von 14 auf 10 gesenkt.

Frankfurt: Stadtverordnete der Grünen ausgeschlossen

Auf der Sitzung des Frankfurter Stadtparlaments am 27.8.81 hat der Stadtverordnetenvorsteher Hellwig (CDU) die Stadtverordneten der Grünen Jutta Dittfurth und Manfred Zieran für diese und die kommenden zwei Sitzungen ausgeschlossen. Der Anlaß: Der Abgeordnete der Grünen Horacek hatte bei der Debatte um ein Kriegerdenkmal kritisiert, daß die Inschrift „auf dem Felde der Ehre gefallen“ die geschichtlichen Tatsachen verdrehe. Eine CDU-Abgeordnete riet ihm in einer Zwischenfrage, auf seine Herkunft aus der CSSR anspielend, zu mehr Zurückhaltung in diesen „diffizilen Fragen“. Andere CDU-Mitglieder hätten in Richtung Horacek gesagt: „Sie sind doch kein Frankfurter. Gehen Sie doch hin, wo Sie hergekommen sind.“ Zieran ging daraufhin zu Hellwig an den Präsidiumstisch und sagte, dies sei eine Sauerei, die der Vorsteher rügen müsse. Hellwig rief Zieran wegen der „Verbalinjurie“ zur Ordnung und schloß ihn, als er dagegen protestierte, aus. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Michel hält den Ausschluß für gerechtfertigt. Zum Bedauern Hellwigs gilt der Ausschluß mangels Rechtsgrundlage nicht für Ausschlußsitzungen.

Carstens auf Siedlerspuren

Ende Oktober wird Bundespräsident Carstens nun doch nach Rumänien fahren. Schon Ende März hatte er hingewollt und dabei gleich bei deutschen Siedlern in Siebenbürgen nach dem Rechten sehen wollen. Die rumänische Regierung winkte ab, Carstens strich die Reise. Nun darf er doch hin. Vielleicht weil Rumänien dezent auf seine hohen Westschulden hingewiesen wurde?

Rekrutenvereidigung auf Werksgelände

Rockenhausen/Pfalz Auf dem Gelände der Fa. Keiper soll im November die Vereidigung von 100 Rekruten des Jägerbataillons 471 stattfinden, zu dem die Firma eine „Patenschaft“ unterhält. Der Geschäftsführer des Betriebes hat dem Bürgermeister von Rockenhausen angeboten, mit ihm die Ehrenformation abzu-

schreiten. Kommandeur OtL. von Stütznern beruft sich auf Anregungen Apels, nach neuen Formen der Vereidigung zu suchen. Der CDU-Kreisvorstand hat das Gelöbnis begrüßt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sielaff, der SPD-Landtagsabgeordnete und der SPD-Ortsvorsitzende haben protestiert. Apel hat daraufhin mitgeteilt, er werde persönlich teilnehmen und dann zur Diskussion zur Verfügung stehen.

US-Lotsenstreik: Wird Reagan weich?

Über Bedingungen und Kosten einer Regelung des Fluglotsenstreiks verhandelte der Personalchef des US-Verkehrsministeriums mehrmals mit dem Präsidenten der Gewerkschaft AFGE, die 700 000 Mitglieder bei den Bundesbehörden hat. Als das bekannt wurde, sprach der US-Verkehrsminister seinem Personalchef die Zuständigkeit ab. Auf dem Kongreß der Tischlergewerkschaft bekräftigte Reagan, daß den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Tariffreiheit nicht zusteht.

Demonstration gegen Haig in Westberlin

Kurz nachdem die US-Regierung die Produktion der Neutronenbombe offiziell bekannt gegeben hat und der Pressesprecher der Bundesregierung, Becker, bestätigte, daß diese „theoretisch“ aufgrund des NATO-Truppenstatus auch jederzeit in der BRD stationiert werden könnte, kündigte US-Außenminister A. Haig für den 13.9. einen Besuch in Westberlin an, um in einer Grundsatzrede zu Fragen des europäisch-amerikanischen Verhältnisses Stellung zu nehmen. Etwa 50 Organisationen rufen anläßlich des Haig-Besuchs zu einer Demonstration und Kundgebung gegen die friedensgefährdende Politik der Reagan-Regierung auf. Die CDU versucht mit Hinweis auf die „Schutzmacht USA“ die Demonstration zu verhindern. Sie hat angekündigt, den Veranstaltern strenge Auflagen zu machen, Ansätze von Gewalt sollen im Keim erstickt werden. Von der SPD forderte die CDU, den Jusos die Teilnahme an der Demonstration zu verbieten. Auf einer Sitzung am Montag, den 7.9. hat der Landesvorstand der SPD die



Die Hauptstraße von Lurgan, Nordirland, nach einem Bombenanschlag der IRA. Während der Hungerstreik im Maze-Gefängnis weitergeht, finden die IRA-Angriffe große Unterstützung in Nord- und Südirland. — Das Anti-H-Block Komitee Westdeutschland ruft zur Unterstützung des Hungerstreiks durch Spenden auf (Konto-Nr. 77-29842-8, Frankfurter Volksbank). Im Oktober findet eine Rundreise mit zwei Vertretern des Irischen Komitees gegen die H-Blocks, in dem alle beteiligten Organisationen mitarbeiten, statt. Termine: 2.10. Frankfurt, 5.10. Westberlin, 6.10. Bremen, 7.10. Hamburg, 8.10. Kiel, 9.10. Münster, 12.10. Göttingen, 13.10. Marburg, 15.10. Freiburg, 16.10. Bochum, 17.10. Münster (mit einer Demonstration gegen die britischen Truppen dort).

Demonstration mehrheitlich verurteilt. Ein Verbot der Teilnahme von Jungsozialisten oder SPD-Mitgliedern an der Demonstration wurde nicht ausgesprochen und es sei auch von keinem Teilnehmer der Sitzung gefordert worden, gab Glotz bekannt. Der Druck von Seiten der Mitgliedschaft der SPD ist auch nicht unerheblich, so unterstützen z.B. die Demonstration Mitglieder der SPD im Abgeordnetenhaus, die Kreuzberger SPD und Schöneberger SPD-Kreise. Zu dieser Demonstration rufen außerdem auf u.a. die Alternative Liste, die SEW, der Bezirksverband Charlottenburg der FDP. Die Demonstration wird weiterhin unterstützt von dem Mitglied des Landesvorstandes der FDP H.Loch.

Wintershall AG auf Expansionskurs

Die Wintershall AG (Kassel) erwarb im Konsortium mit US-amerikanischen Konzernen einen 12,5%-Anteil an Öl- und Gasvorkommen (9 Mio. t bzw. 900 Mio. m³) in der Nord-Ägäis vor Griechenland. Das „Meisterstück“ (FAZ) wird demnächst zusammen mit der Texaco in Qatar mit 8 Mrd. t Erdölvorkommen gemacht. Bisher sicherte die Wintershall AG überwiegend die Rohstoffversorgung der Muttergesellschaft BASF. In Zukunft soll sie sich zu einem weltweiten Erdölkonzern entwickeln. 1980 kamen bereits über ⅓ des Erdöls aus dem Ausland. Förderstellen besitzt sie in der Nord- und Ostsee. Neue Kon-

zessionen sind erworben worden in der Adria, der Türkei, in Mali, Niger und Senegal. Für die nächsten Jahre plant die Wintershall AG Investitionen von jährlich 500 Mio. DM (1980: 200 Mio. DM). 1980 erzielte sie einen Gesamtertrag von 8,85 Mrd. DM bei einem Gewinn von 117 Mio. DM.

Demonstration für Abrüstung am 10. Oktober

Bisher rund 400 Organisationen beteiligen sich an der Demonstration und Kundgebung „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen — für Abrüstung und Entspannung in Europa“ am 10. Oktober in Bonn. Sie ist initiiert von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden. Der DGB-Vorstand teilte mit, daß er „keinesfalls Gewerkschaftsmitgliedern im allgemeinen und der Gewerkschaftsjugend im besonderen untersagt“, teilzunehmen. Als Redner stehen fest: Georg Benz vom Hauptvorstand der IGM, SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler, Pastor Heinrich Albertz, die Theologin Uta Ranke-Heinemann und ein Vertreter des niederländischen interkirchlichen Kirchenrates. Im Aufruf werden die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO aufgefordert, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen, um „einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.“

USA: Reaktion im Innern

Schulgesetz schreibt für den Unterricht Schöpfungslehre als „Wissenschaft“ vor

In 15 Staaten der USA sind Gesetzesvorlagen eingebracht, die fordern, daß der biblische Schöpfungsglaube im Schulunterricht gleichberechtigt neben der auf Darwin zurückgehenden Evolutionstheorie behandelt wird. In Arkansas ist ein Gesetz beschlossen worden, daß die gleiche Zeit im Unterricht reserviert werden muß für den „creationism“, die Schöpfungstheorie. Im September 1982 soll dieses Gesetz für alle Schulen in Arkansas verpflichtend sein. Das betrifft den Unterricht, die Textbücher, das Büchereimaterial und die Erziehungsprogramme. Der Stoff, der behandelt werden soll, ist der Ursprung der Menschheit, des Lebens, der Erde und des Universums. Der „Kreationismus“, der sich selbst als wissenschaftlich bezeichnet, behauptet,

eine US-weite Meinungsumfrage zu „Amerikanische Wertvorstellungen in den 80ern“ zusammen, daß auf diesem Weg die Bindung der Amerikaner an den imperialistischen Staat betrieben wird.

Was in den Schulen der USA, öffentlichen oder nicht öffentlichen, unterrichtet wird, ist in einem weiten Rahmen durch die Schulgesetze und -erlasse des jeweiligen Bundesstaates festgelegt. Als Mittel, die Schulausbildung festzulegen auf einen vertieften Glauben an „den amerikanischen politischen Prozeß“, als Grundlage, reaktionäre Ansichten zu verbreiten, dafür erscheint die anti-wissenschaftliche Schöpfungslehre als Unterrichtsstoff, den die Lehrer als wissenschaftliche



tet, gestützt auf Sätze in der Bibel, daß die Erde etwa 6000 Jahre alt sei, die verschiedenen Lebewesen, darunter die Menschen, seien durch einen einmaligen Schöpfungsakt eines göttlichen Wesens in die Welt gesetzt worden und daß es keinen Entwicklungsprozeß gegeben hat. Die „New York Times“ vermeldet: „Gestärkt durch die konservative Strömung im Land fordern Elterngruppen, daß Lehrer und Verwalter ihre örtlichen Schulen von Material und Lehrmethoden säubern, die sie als gegen die Familie, anti-amerikanisch und gegen Gott ansehen.“

„Religiöse Bindung ermöglicht, daß Teile der Amerikaner imstande waren, ihren Glauben an die Familie, die Gemeinschaft, die Arbeit und in den amerikanischen politischen Prozeß wiederzuerlangen,“ so faßt der Bericht über

Lehre vertreten müssen, einem Teil der „konservativen Bewegung“ geeignet. Präsident Reagan hatte im letzten Jahr auf einem Kirchenkongreß gefordert: „Wenn in den öffentlichen Schulen Evolution unterrichtet wird, dann sollte die biblische Geschichte der Schöpfung ebenfalls unterrichtet werden.“

Andere stramme Republikaner dagegen, wie z.B. der Wissenschaftsberater Reagans, haben erklärt: „Die Theorie der Schöpfung ist keine wissenschaftliche Theorie.“ Isaac Asimov, Professor und bekannter Science-fiction Autor, kritisierte: „Mit Kreationismus im Sattel wird Amerikas Wissenschaft verwelken ... Wir werden unausweichlich in das tote Wasser der Zivilisation zurückweichen und jene Nationen, die offenes wissenschaftliches Denken beibehalten, werden die Führerschaft der

Welt übernehmen.“ Die Kritik an der reaktionären Ausrichtung des Schulunterrichts von denselben Zielvorstellungen wie Reagan, ein starkes Amerika über alles, zu führen, ist sicher ein falscher Weg.

Gegen das neue Gesetz von Arkansas hat die „Amerikanische Union für bürgerliche Freiheiten“ im Auftrag von Lehrern, Eltern und Teilen der Kirchen vor dem höchsten Gericht, dem Supreme Court, Verfassungsklage erhoben. Die ACLU weist daraufhin, daß dieses neue Gesetz gegen einen Urteilspruch eben dieses höchsten Gerichtes verstößt. 1929 hatte Arkansas ein Gesetz erlassen: Es sei ungesetzlich, die Theorie zu unterrichten, daß die Menschheit von einer niedrigeren Rangstufe der Tiere abstammt. Es sei ungesetzlich, Textbücher zu benutzen, in denen die Entwicklungslehre unterrichtet wird. Das höchste Gericht hatte dieses Gesetz 1968 als verfassungswidrig aufgehoben, weil damit gesetzlich eine religiöse Doktrin in den Schulen vorgeschrieben worden sei. Das widerspricht der verfassungsgemäßen Trennung von Staat und Kirche, was die Erziehung betrifft. Die ACLU hat schon 1925 erfolgreich einen Rechtsfall durchgefochten, als ein Lehrer angeklagt war, die Evolutionstheorie trotz gesetzlichen Verbots unterrichtet zu haben.

Meuterei

Hohe Geldbuße gegen drei Soldaten

Das Amtsgericht Ulm hat drei Wehrpflichtige zu Geldbußen zwischen 500 und 1500 DM verurteilt. Gleichzeitig hat das Gericht das Strafverfahren wegen Meuterei eingestellt. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen drei Wehrpflichtige Strafanzeige gestellt, weil sie an Auseinandersetzungen an ihrem letzten Bundeswehrtag am 26. März dieses Jahres in der Dornstadter Rommelkaserne beteiligt gewesen sein sollen. Krach und Lärm hat am Frühmorgen den Oberfeldwebel und seinen Unteroffizier in die Kantine getrieben. Nachdem der Oberfeldwebel für Ruhe und Ordnung sorgen wollte, fühlten sich die 50 Soldaten in ihrer Abschiedsfeier gestört. Fliegende Kaffeetassen konnten den Oberfeldwebel nicht beeindrucken. Es kam zum Streit zwischen den Soldaten und dem Oberfeldwebel. Dieser gibt vor, beleidigt worden zu sein. Er will einen Obergefreiten festnehmen. Drei nebenstehende Wehrpflichtige führen den Befehl nicht aus. Die 50 Soldaten krei-

sen den Oberfeldwebel ein und verurteilen sein Vorgehen. Der Oberfeldwebel und der Unteroffizier verlassen fluchtartig die Kantine. Stunden später können vier Wehrpflichtige die Kaserne nicht verlassen. Sie erhalten 21 Tage Arrest. Nachdem bekannt wird, daß die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt, bildet sich eine Aktionseinheit. 300 Zuschauer kommen zu den zwei Verhandlungen. Die Anklage der Staatsanwaltschaft bricht im Prozeß zusammen. Immer offensichtlicher wird, daß sich die Zeugen der Staatsanwaltschaft in erhebliche Widersprüche verwickeln. Die Strafe bei Meuterei liegt bei mindestens sechs Monaten Gefängnis. Um sich aus den Widersprüchen rauszureden, verweist ein Zeuge der Staatsan-

waltschaft auf nicht bekannte Unterlagen des MAD. Hätte das Gericht diesen Hinweis aufgegriffen und als wahr unterstellt, wäre nur eine wirklich hohe Strafe nach §27 des Wehrstrafgesetzes möglich gewesen. Diesen Weg konnte das Gericht nicht mehr gehen. Der Widerstand ist zu groß und mit einem Urteil wäre eine weitreichende Rechtsprechung getroffen. Aber die Angeklagten werden auch nicht freigesprochen. Sondern hohe Geldbußen zur Bedingung gemacht, daß die Verfahren eingestellt werden. Damit gehen scheinbar alle als Sieger aus – wobei die Soldaten die Rechnung zahlen. Gleichzeitig hat das Gericht vorsichtig die Tür für weitere Rechtsprechung geöffnet.

talistenverbänden zu langsam. Zwar sank 1980 im Vergleich zu 1979 zum ersten Mal der Primärenergieverbrauch von 408,1 Mio. t SKE (Steinkohleeinheiten) auf 391 Mio. t SKE, darunter wesentlich der Ölverbrauch von 208,9 (1973) auf 186,1 Mio. t SKE (1980), zwar sank der Anteil des Öls an den Energieträgern von 55,2% (1973) auf 47,6% (1980), aber es wird moniert, daß die Bundesregierung noch 1974 geplant hat, bis 1980 für eine Kernkraftwerkskapazität von 20000 Megawatt zu sorgen, aber bis 1980 nur 9000 Megawatt durchgepaukt hat, wodurch der Anteil der Kernenergie von 1% (1973) auf 3,7% (1980) angestiegen ist. Des weiteren ist Öl wesentlich durch eine Steigerung des Erdgasanteils von 10,2% (1973) auf 16,9% (1980) ersetzt worden, und da diese Steigerung weitgehend durch Importe erreicht wurde, ist der Einfuhrüberschuß bei Energierohstoffen von 56,3% (1973) auf 58,0% (1980) angestiegen. Größere Anfälligkeit der Rohstoffversorgung ist die Folge, weshalb die Kommission „die möglichen Auswirkungen auf die Sicherheit auch im Hinblick auf Krieg aufzeigen und Vorschläge zur Verhinderung machen“ soll. (Handelsblatt 29.5.81) Ebenso wird die Regierung verantwortlich gemacht, durch Versäumnisse bei der Durchsetzung des Kernenergieprogramms zum Leistungsbilanzdefizit beigetragen zu haben. Steigerung des Kernenergieanteils ist deshalb zentraler Auftrag an die Regierung.

Soweit die Fortschreibungspläne durchgesiebert sind, besteht, was die Planung des Kernenergieanteils angeht, kein großer Unterschied zwischen Regierung und Opposition. In völliger Übereinstimmung mit der CDU/CSU will Forschungsminister von Bülow die Grundlastkraftwerke, die den ganzen Tag über Strom produzieren, von Erdöl, Erdgas oder Kohle auf Kernenergie umstellen. Einigkeit herrscht auch darin, die Genehmigungsverfahren zu vereinheitlichen und zu beschleunigen. „Große Fortschritte sind hier nicht zu erwarten“, schreibt „Blick durch die Wirtschaft“, um Schmidt zu härterer Gangart gegenüber der Bewegung gegen das Energieprogramm und der SPD anzutreiben. Auch die FDP wird gerügt: sie vertrete „eine eindeutige Präferenz für die Kernenergie, aber zurückhaltend formuliert“.

Gegenüber der Forderung der Reaktion, die Bewegung gegen das Energieprogramm frontal anzugreifen, setzt die Regierung auf eine etwas andere Taktik. „Die Kommission hat ein schwieriges Arbeitsfeld vor sich, weil sie handfeste Empfehlungen mit weitreichenden Folgen erarbeiten will, während die Doppelstrategie ihrer Vor-

Energieprogramm

„Außer Öl ist Zeit ein knapper Faktor“ Fortschreibung des Energieprogramms

Im Herbst will die Bundesregierung die 3. Fortschreibung des Energieprogramms veröffentlichen. Bereits am 26.5.81 hatte es im Bundestag einen Krach gegeben, als gegen die Stimmen der CDU/CSU die erneute Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukünftige Energiepolitik“ beschlossen wurde und die Anträge der Opposition, ein sofortiges Bekenntnis zur Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen, zum Schnellen Brüter und zum Hochtemperaturreaktor abzulegen, abgelehnt wurden. „Der Ausbau der Kernenergie wird weiter verzögert“, kommentierte das Handelsblatt. Die Kapitalistenverbände und die CDU/CSU heizen kräftig an. Bundeskanzler Schmidt wird aufgefordert, sein politisches Schicksal nicht nur an den NATO-„Nachrü-

stungsbeschluß“ sondern auch an das Energieprogramm zu binden.

Obwohl die Regierung bei der 3. Fortschreibung eine „härtere Sprache“ (SZ 16.4.81) angekündigt hat und die Kommission bereits zum 31.10.81 einen Vorschlag zur Größe der geplanten WAA in Hessen machen soll, dem bis zum 31.7.82 ein Votum zum Schnellen Brüter und spätestens im Sommer 1983 eine Stellungnahme zum energiepolitischen Kurs folgen soll, fordern die Kapitalisten, die Kernenergie nicht weiter als „Restenergie“ zu bezeichnen und „keine neuen Energieprogramme, sondern energiepolitische Taten“. Denn: „Außer Öl ist Zeit ein knapper Faktor.“ (Blick durch die Wirtschaft, 15.1.81)

Die Regierung marschiert den Kapi-



Schmidt erkundigt sich in Lüchow-Dannenberg über die Fortschritte beim Zwischen- und Endlagerbau.

gängerin weitergelten soll.“ (SZ, 16.4.81) Die „Doppelstrategie“ besteht darin, erst 1990 zu „entscheiden“, ob endgültiger Ausbau der Kernenergie oder schrittweiser Verzicht erfolgen soll. Die Regierung geht auf Zeitgewinn und plant die Fortschreibung des Energieforschungsprogramms. Während angeblich unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit die verschiedenen Verfahren überprüft werden sollen, werden mit der „neuen Reaktorlinie“ für die Kapitalisten günstigere Verfahren entwickelt.

In Karlsruhe wird die Weiterentwicklung des Druckwasserreaktors zum „Hochkonverter“ erprobt, der zwar nicht „brütet“, aber mit einer „Brutrate“ von 0,9% eine fünffach höhere Ausnutzung des Natururans ermöglicht, verglichen mit dem Leichtwasserreaktor. Er könnte relativ kurzfristig entwickelt werden, im Gegensatz zum Schnellen Brüter. Desweiteren wird an einem kleineren Hochtemperaturreaktor (HTR) (300 bis 500 Megawatt) gearbeitet, dessen Sicherheitsprobleme leichter zu lösen seien, der mit einer Bauzeit von vier bis fünf Jahren doppelt so schnell wie ein Großkraftwerk zu errichten sei; die Genehmigungen ließen sich schneller durchpauken, und als genormter Typ könne er als „HTR Gruppen Kraftwerk“ ein Großkraftwerk ersetzen. Laut FAZ (7.1.81) wird auch untersucht, ob der „Schnelle Brüter“ durch die sogenannte „Spallation“ ersetzt werden soll, die vielfach höhere Neutronenausbeute und damit mehrfach höhere Bruteffekte ermöglichen würde. Ebenso wird in der FAZ eine WAA mit 1400 t Jahresdurchsatz – wie bisher geplant – angezweifelt, da die Versuchsanlage in Karlsruhe auf 35 t ausgelegt ist. „In der ganzen Großtechnik gelten aber Leistungsvergrößerungen um das 10-fache als das äußerste noch vertretbare Maß.“

Nicht ob Kernenergie ist also umstritten, sondern welche Verfahren anzuwenden sind. Da Ergebnisse nicht kurzfristig zu erwarten sind, fällt es der Regierung leicht, die Frage auf 1990 zu verschieben und mit den Zwischenlagern, dem Endlager, mit dem Schnellen Brüter in Kalkar und der WAA in Hessen das heute für die Kapitalisten notwendige zu tun. Auch die CDU/CSU will erst 1985 grundsätzliche neue Entscheidungen treffen. Wenn die Regierung von Seiten der Kapitalisten dennoch so heftig unter Beschuß genommen wird, dann aus folgendem Grund: Die letzte Enquete-Kommission hat bezüglich der Sicherheitskriterien festgelegt: „Voraussetzung für die Akzeptanz der Risiken ist, daß sie politisch vertretbar sein müssen.“ (FAZ, 7.1.81) Hier fordern die Kapitalistenverbände einen Weiterbau ohne Rück-

sicht auf Verluste. DIHT Präsident Wolf von Amerongen: „Die Bundesrepublik könne nicht von energiepolitischer Kooperation sprechen, gleichzeitig jedoch ohne eigene Anstrengung die Lasten risikoreicher und notwendiger Energieinvestitionen, beispielsweise im Kernkraftwerksbau, einfach auf die Schultern ihrer westlichen Nachbarn laden.“ (Finanz- und Wirtschaftsspiegel, 11.2.81) Der Regierung wird angekreidet, durch Nachgiebigkeit gegenüber der Bewegung gegen das Energieprogramm die „Risikobereitschaft“ zu drücken und damit Zeit und Kapital – sowohl bei derzeitigen als auch bei künftigen Bauvorhaben – zu verschwenden.

Auch hier plant die Regierung Abhilfe. Der Forschungsminister will im 2 Mrd. Etat für Energieforschung von der Energiewirtschaft eine Eigenbeteiligung von 300 Mio. DM haben. Als Gegenleistung verspricht er praktische Anwendung der Ergebnisse und will die Bundesregierung verpflichten, Schadensersatz zu leisten, falls „politische Faktoren die Nutzung verhindern“. (Welt, 18.2.81)

Was die übrigen Bestandteile des Energieprogramms angeht, bestehen bezüglich der 3. Fortschreibung keine wesentlichen Differenzen:

- Öl und Erdgas sollen auf längere Sicht gesehen nicht mehr zur Stromerzeugung benutzt werden. Der Einsatz von Öl in Elektrizitätskraftwerken soll gesetzlich sofort auf Zeiten mit großer Netzbelastung beschränkt werden, bei Gas wird nur eine Empfehlung herausgegeben.

- Durch Kraft-Wärme Koppelung soll die Energie der Kraftwerke verstärkt zu Heizzwecken genutzt und Fernheizungsnetze ausgebaut werden.

- Die Kohleverflüssigung und Vergasung soll in einer Anlage auf einen solchen technischen Stand gebracht werden, daß solche Anlagen ein Exportschlager werden. Da die wirtschaftliche Nutzung nur bei Braunkohle in näherer Zukunft erreicht werde, lohne sich der Einsatz hier zu Lande noch nicht.

- Im Streit um die Erhöhung der Importkontingente für billigere ausländische Steinkohle plant die Bundesregierung grundsätzlich keine Erhöhung. Allerdings läuft erst 1983 die im Jahre 1979 genehmigte Zusatzmenge von 1,1 Mio. t aus.

- Die Bundesregierung will das Erdgasgeschäft mit der Sowjetunion unterstützen.

- Das Zwangssparen von Energie soll durch neue Verordnungen vorangetrieben werden. Neben kalten Räumen in Büros betrifft dies die Verschärfung der Wärmeschutzverordnung und der Heizungsanlagenverordnung.

Lotto Ergiebige Einnahme für Länderhaushalte

Das Zahlenlotto ist ein Kind der bürgerlichen Gesellschaft. Ausgehend von den Stadtstaaten Italiens am Ende des 15. Jahrhunderts trat es seinen Siegeszug an als Sondersteuer zur Finanzierung z.B. von Stadtbefestigungen. Der Name Lotto entstammt dem niederländischen lot = Los. Die deutsche Bourgeoisie sicherte sich mit dem staatlichen Glücksspielmonopol und der Lizenzvergabe (Rennwett- und Lotteriegesetz von 1922) entsprechende Steuereinnahmen. Das „Berliner Zahlenlotto“ mit „6 aus 49“ löste 1953 das traditionelle „5 aus 90“ ab. Mit seinen knapp 14 Mio. Möglichkeiten liegt es um $\frac{2}{3}$ attraktiver. Vier Bundesländer führten 1955 den Deutschen Lotto-



block ein, in dem heute alle Länder und Westberlin vertreten sind. Von den Spieleinnahmen kassieren die Länder $16\frac{2}{3}\%$ als Steuern und $23\frac{1}{4}\%$ als Konzessionsabgabe. Nur 50% werden als Gewinn ausgeschüttet, 9% gehen als Provision an die Annahmestellen und 1% an die Lottogesellschaften. Das Zahlenlotto lief in den 50er Jahren dem Fußballtoto (seit 1949) den Rang ab. Es setzt weniger Kenntnisse voraus und ist nicht an „gemeinnützige Förderung“ gebunden. Die Lottogesellschaften steigerten den jährlichen Umsatz von 2 Mrd. DM 1967 auf 4,4 Mrd. DM 1980. Die Länder machten dadurch 1980 zusätzliche Steuereinnahmen von 1,8 Mrd. DM. Weitere Glücksspiele wie das Rennquintett (1971), das Spiel 77 (1975), die Glücksspirale (1970 – 74, ab 76), die Olympia-

lotterie (1967 – 1974) und verschiedene Soziallotterien erweiterten die Einnahmequellen. Alle konnten die Popularität des Lotto, das 1980 einen Anteil von 80% am Umsatz hält, nicht erreichen. Die Einführung der System- und Monatsscheine steigerten die Lottoeinnahmen in den letzten Jahren. Heute machen die Normalscheine mit 83,9% aller Scheine nur noch 51,2% des Lottoumsatzes aus. Zum 1. Juli 1981 erhöhten die Lottogesellschaften, in denen Vertreter der Innen- und Finanzministerien der Länder und von Großbanken sitzen, deshalb den Normalscheineinsatz von 0,50 DM auf 1 DM. Aber die Plünderungsabsicht war zu offensichtlich: Es hagelte Proteste in der Öffentlichkeit. Die erhoffte Mehreinnahme trat nicht ein: In Westberlin wurden nur noch 560000 Scheine statt zuvor 900000 abgegeben. Nordrhein-Westfalen erreichte nur ein Umsatzplus von 2,7%. Der Widerspruch zur Erhöhung ging quer durch alle Parteien. Das Saarland erstritt vor dem Schiedsgericht die Beibehaltung seines Systems: Seit 1973 kann dort für 1 DM und 0,50 DM gespielt werden. Die Lottogesellschaften spielen seither die Erhöhung herunter. Einige kündigen an, im März beide Einsatzmöglichkeiten einzuführen. Bis dahin wollen sie den Spielumsatz beobachten.

Türkei

Bankiers befriedigt, Gewerkschaften protestieren

Nach weiteren Umschuldungen mit der Türkei äußerten sich knapp 300 westliche Banken befriedigt über die Bilanz der Militärherrschaft. Der Export steige wieder, die „Behinderungen“ des ausländischen Kapitals und der Schutz der türkischen Wirtschaft würde, wie mit dem IWF vereinbart, aufgehoben, die Produktionsauslastung sei gestiegen, insbesondere durch „Beseitigung der Unruhen“, wie es sie im vergangenen Sommer angesichts des IWF-Diktats gegenüber der Türkei gab.

Die Methoden, mit denen die Bankiers sich einen wachsenden Teil des Produkts der türkischen Wirtschaft auf Jahre hinaus sichern wollen, werden in den jetzt zu Ende gehenden Umschuldungsverhandlungen deutlich: 3,2 Mrd. \$ Kredit- und Zinszahlungen zwischen 1982 und 1986 standen zur Verhandlung. Die Türkei hatte diese Gelder 1979 aufnehmen müssen, um ihre dringendsten Zahlungsverpflichtungen decken zu können. Entsprechend ungünstig war der vereinbarte Zinssatz: 1 ¼ Prozent über Libor, das hieß Mitte 1979 etwa 12,5%. Heute entsprechen dieser Vereinbarung etwa 16% Zinsen. Die Bankiers haben einer Verlängerung

des Zahlungszeitraums um drei Jahre, also bis 1989, zugestimmt, aber für eine Senkung des Zinssatzes gibt es keinen Hinweis. Das macht also bei den gegenwärtigen Zinsen allein für etwa den siebten Teil der Schulden eine halbe Milliarde Dollar jährlich aus.

Worüber nun jedoch die Bankiers schweigen: der Import in die Türkei steigt noch rascher als der Export. Hauptgrund ist die Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft von Investitionsgütereinfuhren. Im ersten Vierteljahr sind die türkischen Exporte um 43%, die Importe dagegen um 75% gestiegen. Die Folgen sind weitere Neuverschuldungen, u.a. durch die OECD-Türkei-„Hilfe“ von etwa 1 Mrd. \$ in diesem Jahr, für die im Bundeshaushalt 460 Mio. DM bereitstehen. Können die Finanzkapitalisten diese Methoden beibehalten – und dafür ist die Militärherrschaft ihr wichtigstes Werkzeug –, dann kann bloß die Auslieferung des Landes fortschreiten. Jüngstes Datum auf diesem Wege: inzwischen ist für die westdeutsche Bourgeoisie die BASF, vertreten durch Wintershall, an einem Konsortium mit zwei weiteren Gesellschaften zur Durchführung von Ölbohrungen beteiligt.

Umso bedeutender ist in dieser Situation, daß inzwischen alle großen internationalen Gewerkschaftsverbände den Kampf der Arbeiter in der Türkei um die Gewerkschaftsrechte und politischen Freiheiten, insbesondere für die Verteidigung der DISK-Gewerkschaften, unterstützen. Auch die Gewerkschaften in der BRD nehmen an dieser Unterstützung teil. Für die Demonstration am 12. September in Duisburg hat sich u.a. der Bundesvorstand der Jungsozialisten dem Aufruf angeschlossen. Unter dem Druck dieser Proteste müssen die zuständigen Ausschüsse des Bundestages in diesem Monat erneut über die Durchführung der Türkei-„Hilfe“ beraten. Nach einem Jahr Militärherrschaft ist die Bilanz dieser „Hilfen“ eindeutig.

VR Polen

Kongreß der Gewerkschaft Solidarität

Das 21-Punkte-Abkommen von Gdańsk, das zwischen der polnischen Regierung und dem überbetrieblichen Streikkomitee ausgehandelt wurde, ist jetzt ein Jahr alt. Fast so lange besteht die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarität. Sie teilt nicht die Auffassung der Regierung, daß der überwiegende Teil der Vereinbarungen erfüllt sei, und hat die Feierstunde auf der Lenin-Werft abgesetzt.

Die Gewerkschaft hat am 5. Septem-

ber den ersten Teil ihres Landeskongresses eröffnet. Die Delegierten waren bereits zur selben Zeit wie die Vertreter zum 9. außerordentlichen Parteitag der PVAP gewählt worden. Eine dringende Aufgabe, die der Kongreß zu erledigen hat, ist die Ausarbeitung und Annahme eines neuen Statuts, mit dem die Befugnisse der verschiedenen Ebenen abgestimmt werden. Die Landeskoordinierungskommission hat an ihre Untergliederungen appelliert, vorerst keine Entscheidungen zu treffen, die nicht der Auffassung der zentralen Leitung entsprechen. Der zweite Teil des Kongresses wird erst am 26. September beginnen.

Die Gewerkschaft hat heftige Kämpfe um die Bedingungen der Berichterstattung über ihren Kongreß in den Medien geführt. Zwar war ihr nur eine teilweise Durchführung des zweitägigen Zeitungsstreiks gelungen, aber sie hatte erreicht, daß sie Sendezeiten für zusammenfassende Berichte in Rundfunk und Fernsehen eingeräumt bekommt. Der eigentliche Streitpunkt mit der Regierung, der die Schärfe der Auseinandersetzung erklärlich macht, ist, daß der Kongreß sich eine Auffassung bilden wird, welche Forderungen für die gesellschaftliche Selbstverwaltung er erheben will. Gleichzeitig berät die Leitung der PVAP darüber. Die Regierung ist neuerdings der Auffassung, daß den Arbeitern in den Betrieben ein Vorschlagsrecht für die Betriebsleitung genügen solle. Das fällt selbst hinter die im Konzept für die Wirtschaftsreform vorgesehene Regelung zurück, daß die Belegschaft den Leiter des Betriebes wählen und abwählen kann. Fällt dieses Recht, so ist die letzte Möglichkeit genommen, wenigstens ihr Veto gegen eine solche Planung der Produktion einzulegen, die ihren Interessen nicht entspricht, und so eine beschränkte Kontrolle auszuüben.

Ende August hat die Gewerkschaft Solidarität sich zu dem Problem geäußert, daß mehr produziert werden muß. Sie hat einen Appell beschlossen, an acht freien Samstagen freiwillig zu arbeiten. In diesem Punkt hat sie sich sowohl mit den sich reorganisierenden und von der PVAP geförderten Branchengewerkschaften als auch mit den Autonomen Gewerkschaften geeinigt. Sie alle rufen zur freiwilligen Samstagsarbeit auf unter der Bedingung, daß sie effektiv durchgeführt wird. Damit verlangen sie, daß Rohstoffe und Arbeitsmittel ausreichend vorhanden sein müssen. Die Gewerkschaft Solidarität hat sich damit einen besseren Ausgangspunkt für Forderungen zur Verwaltung der Produktion durch die Arbeiter geschaffen, die dazu dienen sollen, die Unordnung der stofflichen Bedingungen der Produktion zu beheben.

2. Welttreffen der Gewerkschaftsjugend

Unterstützung für die Kämpfe der Länder der Dritten Welt

Sevilla. 23. August 1981: Rund 5000 Teilnehmer aus Skandinavien, Japan, Lateinamerika, Afrika, Asien, Westeuropa sind angereist, um am 2. Welttreffen der Gewerkschaftsjugend des IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) teilzunehmen. Aus Westdeutschland sind fast 1100 Jugendliche gekommen. Das Treffen findet in einem Zeltlager im „Cortijo Cuarto“ statt, einem ehemaligen Gutshof in der Provinz Sevilla. Etwa 150 Zelte sind aufgeschlagen; in der nahegelegenen Landwirtschaftsschule werden die Konferenzen abgehalten. Der polnischen Delegation war die Ausreise verweigert worden. Vor dem Camp werden Informationsstände der nationalen Gewerkschaftsbünde aufgebaut. Der DGB ist im wesentlichen durch einen Stand des Arbeitskreises Wehrpflichtiger im DGB (AKWP) mit der Forderung nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung in der Bundeswehr vertreten. Um 22 Uhr wird das Weltjugendtreffen mit einem spanischen Kulturabend offiziell eröffnet. Parolen gegen den spanischen Faschismus werden gerufen: „El pueblo unido!“

Am 24.8. beginnt die Diskussion in den Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Konferenzen. Konferenzthemen: „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, „Multinationale Gesellschaften und internationale Gewerkschaftssolidarität“, „Für Menschenrechte und Gewerkschaftsfreiheit“. Weiterer Themenschwerpunkt die Diskussion „Frieden und Abrüstung“. – Neben den Arbeitsgruppen mit den einzelnen Konferenzthemen gibt es eine Campzeitung und ein Camp „radio“. Auf mehreren Bühnen und an den Ständen finden abends kulturelle Aktionen statt. DGB-Theatergruppen treten auf, Liedermacher und Rockgruppen spielen.

26. August: Konferenz „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“. Als Forderungen werden in der Schlußklärung der Konferenz erhoben:

„– Der Staat sollte für alle jungen Menschen eine Arbeitslosenunterstützung vorsehen, gleichgültig ob der jeweilige Arbeitslose schon einmal beschäftigt war oder nicht.

– Es sollte ein massives Arbeitsbeschaffungsprogramm mit vermehrten Zuwendungen seitens des öffentlichen Sektors durchgeführt werden.

– Es sollte eine Verkürzung der Arbeitszeit auf eine 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust und begleitet von ei-

ner verhältnismäßigen Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze vorgenommen werden.

– Die Arbeitnehmer sollten berechtigt sein, mit 60 Jahren und voller Rente in den Ruhestand zu treten, wobei die gleiche Anzahl von Arbeitsplätzen beibehalten wird.

– Jeder Schulabgänger sollte das Recht auf eine dreijährige integrierte Bildung und Arbeitserfahrung haben, die von den öffentlichen Behörden organisiert und durch Arbeitgebersteuern finanziert wird.“ Dieses Dokument wurde einstimmig verabschiedet.

Am Nachmittag des 26. und 28. August berät die Konferenz „Frieden und Abrüstung“ über ein Schlußdokument. Der vom DGB-Bundesvorstand Abteilung Jugend vorgelegte Entwurf war in den Arbeitsgruppen abgelehnt und schließlich eine neue Fassung mit eindeutiger Stellungnahme gegen die Stationierung von Mittelstreckenra-

Sofortiger Beginn von Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Rücknahme des Doppelbeschlusses der NATO vom 12.12! Sofortige Ratifizierung von SALT II! Ächtung aller Atomwaffen! Kernwaffenfreie Zone für ganz Europa! Vernichtung der Neutronenwaffe! Verbot des Rüstungsexports! Senkung des Militärhaushalts von jeweils 10%!

Zum Abschluß heißt es: „Wir begrüßen und unterstützen die von vielen nationalen Organisationen verschiedenster Länder für den 10.10. nach Bonn einberufene Demonstration für Frieden und Abrüstung.“ Und: „Der DGB wird aufgefordert, seine Entscheidung gegen die offizielle Teilnahme der Gewerkschaftsjugend an dieser Demonstration zurückzunehmen und für die zentrale Demonstration zu werben.“ Diese Aufforderung wird durch eine Postkartenaktion am Stand der IG-Metall-Jugend bekräftigt: ca. 400 Postkarten gehen an Heinz-Oskar Vetter. Als Forderung zum gleichen Thema am Stand spanischer Gewerkschafter ein Transparent mit der Aufschrift: NATO NO!

Am 27.8. findet die Konferenz „Multinationale Gesellschaften und



ten und einem Aufruf zur Demonstration am 10.10. ausgearbeitet worden. Dieser Entwurf wurde von den vielleicht 400 – zum Großteil westdeutschen Delegierten – fast einstimmig als „Manifest des 2. Weltjugendtreffens des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) für Frieden und Abrüstung“ beschlossen. Gefordert wird einseitige Abrüstung des Westens „zur Umkehrung des Aufrüstungstrends“, „die volle Achtung der territorialen Integrität und der nationalen Souveränität der Staaten in der Welt, auch innerhalb von Bündnissystemen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist zentrale Voraussetzung für eine dauerhafte Sicherung des Weltfriedens.“ Weitere Forderungen:

internationale Gewerkschaftssolidarität“ statt. Unterstrichen werden die Forderungen in der Schlußklärung dieser Konferenz durch die abendlichen Kulturveranstaltungen, auf denen afrikanische Gruppen wie „Sounds of Soveto“ oder chilenische und asiatische Gruppen in ihren Liedern über den Kampf in ihren Ländern berichteten. Die Gruppe „Sounds of Soveto“ macht Folklore, wie es sie in vielen ländlichen Gebieten von Südafrika heute noch gibt. Gerade Gruppen aus Afrika oder Lateinamerika sind bei den Zuhörern mit ihren Kampfliedern und ihrer traditionsreichen Kultur am beliebtesten. Viele dieser Gruppen nehmen selbst am Weltjugendtreffen teil.

Das Schlußdokument der Konferenz

fordert: „– internationale Tarifverhandlungen über bestimmte Schlüsselfragen parallel zu den Verhandlungen auf nationaler Ebene.“ – „... mit den wirklichen Entscheidungsträgern in den multinationalen Gesellschaften, Verhandlungen zu führen“, da es sonst möglich ist, „gegenüber Forderungen von Regierungen und Gewerkschaften in jedem einzelnen Land unnachgiebig zu bleiben, indem sie ihre Tätigkeit einfach in ein anderes Land verlegen.“ Immerhin enthält die Erklärung in Punkt 10 schließlich die höchst wertvolle Feststellung: „Die multinationalen Gesellschaften stellen die höchstentwickelte Form eines kapitalistischen Systems dar, das nicht im Interesse der Arbeiterklasse vorgeht. Der IBFG und seine Mitgliedsbünde müssen sich für ein alternatives und wirklich demokratisches System der Produktionskontrolle im Interesse der Arbeiterklasse einsetzen, in dem die Rechte der freien Gewerkschaften voll gewährt werden.“

Die letzte Konferenz beschäftigte sich mit dem Thema „Menschenrechte und Gewerkschaftsfreiheit“. Die Teilnehmer stellen fest: „Das internationale kapitalistische System ist nicht fähig, positive Lösungen für die Krise zu finden, die es selbst geschaffen hat. Die Menschen werden sich der Ungerechtigkeit, unter der sie jahrhundertlang gelitten haben, immer stärker bewußt. Sie stellen das System in Frage, was zu Unruhen und zur Gefährdung des Friedens führt; darüber hinaus hat sich das Kräfteverhältnis in der Welt geändert – die Zeit, in der der Preis für die Zulieferung von Rohstoffen nach den Forderungen der Verbraucherländer geregelt wird, geht ihrem Ende entgegen – und die internationalen Spielregeln entziehen sich zumindest teilweise der Kontrolle der Supermächte.“ Ganz entschieden setzt sich die Erklärung für den Kampf der Länder der Dritten Welt ein, nachdem allgemeine Gewerkschaftsfreiheiten gefordert

sind. Die Teilnehmer erklären sich solidarisch mit

„– den Arbeitern und der Bevölkerung Südafrikas, die unter dem faschistischen und rassistischen Regime der Regierung von Pretoria leiden“,

„– den Arbeitern und der Bevölkerung von Chile, die der Unterdrückung durch die faschistische Militärdiktatur ausgesetzt sind, unter der das ganze Volk leidet“,

– den Arbeitern und der Bevölkerung von El Salvador und Guatemala,

– den polnischen Arbeitern „in ihrem Kampf um ein freies und unabhängiges Gewerkschaftswesen“,

– dem palästinensischen Volk, „das um die Anerkennung der PLO und seiner Rechte auf einen Staat kämpft“,

– „dem afghanischen Volk, das für den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen kämpft“.

Die Unterstützung all dieser Kämpfe beherrscht auch die abschließende Demonstration in Sevilla, an der mehrere Tausend Gewerkschafter teilnehmen.

Die Meinungen über dieses Weltjugendtreffen sind geteilt. Allgemein besteht die Befürchtung, daß der beachtliche Papierausstoß der Konferenzen zu wenig führt. – Immerhin gibt es an einigen Punkten Fortschritte und kann man sich an einigen Beschlüssen orientieren für die gewerkschaftliche Jugendarbeit am Ort.

Haushalt 82

Der CDU ist das Paket noch viel zu leicht

Darüber ist sich die christlich-reaktionäre Opposition nach den jüngsten verschärfenden Regierungsbeschlüssen auf jeden Fall einig. Von der Ausbildungsförderung über die Einkommen im öffentlichen Dienst, das Arbeitslosengeld bis zur Krankenversicherung reicht die Liste weiterer Kürzungen zu Lasten der Lohnabhängigen.

Das inzwischen ganz offene Auftreten der Reaktion für eine deutliche Verschiebung des wachsenden Sozialversicherungsrisikos auf die Lohnabhängigen ist berechnet: mit Kürzungen des Unterhaltsgeldes, Verlängerung der Sperrzeiten, Ausarbeitung einer „angepaßten“ Zumutbarkeitsbestimmung ebenso wie mit der Abwälzung einer Milliarde Krankenversicherungskosten auf die Lohnabhängigen manövriert die Regierung auf der Kursbreite, für die die Reaktion das klare Bekenntnis fordert.

Nicht bloß die als „zusätzliche“ Wirtschaftsförderung ausgewiesenen 20 Mrd. DM 1982–1985 an Investitionshilfen unterstreichen diese Richtung, auch die zu der bereits vorgesehenen Tabaksteuererhöhung hinzu-

Regierung zum Haushalt 82

Kürzungen und Mehreinnahmen in Mio. DM
(Mehrausgaben: negatives Vorzeichen)
1. Gesamtmaßnahmen:

Haushaltstitel	Bund	Länder	Gem.
A Gesetzliche Maßnahmen			
Minderausgaben ...	9944	780	445
Mehreinnahmen (Saldo der steuerl. Maßn. mit Ausnahme v. C)	3411	1068	206
B Kürzungen im Haushaltsverf.	2926	1032	86
C Steuerl. Maßn. zur Investitionsförderung	-342	-356	-167
A, B, C Gesamt:	15939	2524	570

2. Aufgliederung der Gesetzesvorhaben: (entspricht A und C oben, Mehrausgaben: negatives Vorzeichen)

Haushaltstitel	Gesamt	Bund	L. u. G.
1. Arbeitslosigkeit ...	7004	7004	-
Leistungskürzung ..	3268	3268	-
Umwidmung von RV-Beiträgen	3000	3000	-
Leistungsverlagerung	630	630	-
2. Krankenvers.	84	84	-
3. Leih- und Schwarzarbeit	80	80	-
4. Bauinvestitionen ..	-184	-75	-109
5. Verbrauchssteuer ..	2001	1985	16
Tabaksteuer	1400	1400	-
Branntweinsteuer	350	350	-
Schaumweinsteuer ..	100	100	-
6. Haushaltsstrukturgesetz	6004	3935	2069
Löhne u. Gehälter ..	1373	269	1104
Kindergeld	1700	1700	-
SV-Vers. von Wehr- und Zivildienstleistenden	363	363	-
Altershilfe für Landwirte	210	210	-
Wohngeld	82	41	41
Aufhebung des Vorsteuerabzugs von Betriebs-PKW	850	561	289
Senkung der Arbeitnehmerersparzulage ..	810	344	466
Streichung des HH-Freibetrags für Alleinstehende	400	170	230
Erhöhung der degressiven Abschreibung	-550	-207	-343
Insgesamt	14989	13013	1976
durch Kürzungen ...	11169	9944	1225
durch Mehreinn.	3820	3069	751

Quelle: Pressemitteilung v. 4. September des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

kommenden weiteren Erhöhungen der Branntwein- und Schaumweinsteuer, schließlich die beschlossene Postgebührenanhebung sowie insbesondere die jetzt erklärte Absicht der 1%igen Kürzung der Grundgehälter des öffentlichen Dienstes. Über die weitere Kürzung des Arbeitslosengeldes soll verhandelt werden, wenn die Arbeitslosenzahlen steigen, über die Karenztage in der Lohnfortzahlung soll spätestens mit Vorlage eines „Strukturgesetzes“ zur Krankenversicherung weiter beraten werden.



„Neue Weltwirtschaftsordnung“

Mit allen Mitteln versuchen die Imperialisten, die Rohstoffausplünderung der Dritten Welt fortzusetzen

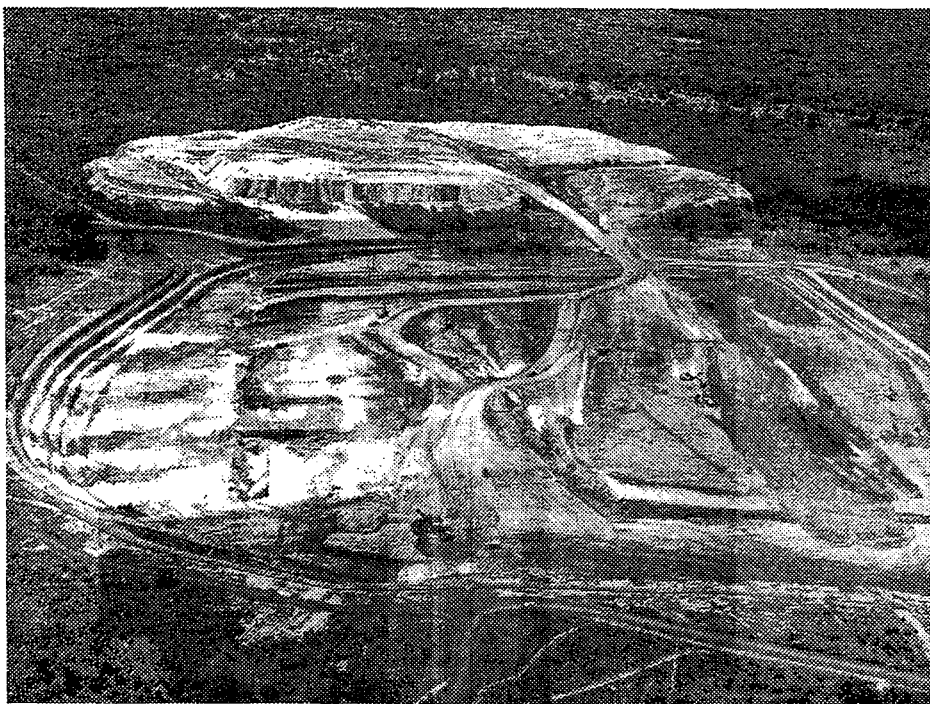
Von den internationalen Rohstoffmärkten hört man in der letzten Zeit fast nur noch Triumphmeldungen der Imperialisten. Die letzte OPEC-Konferenz, auf der die Mitgliedsstaaten sich auf ein einheitliches Preissystem einigen wollten, scheiterte. Die Kupferpreise befinden sich auf einer zwar schwankenden, aber stetigen Bewegung nach unten. Auf dem Kaffeemarkt fordern die Produzentenländer für die am 7.9. beginnenden Verhandlungen über ein neues Kaffeeabkommen höhere Erzeugerpreise; Fachleute der Imperialisten aber geben dieser

gung ihre Produktion ausweiten und dann wieder einschränken. Jede Ausweitung erfordert umfangreiche Investitionen und kostet viel Zeit, sei es für das Anpflanzen und Wachsen neuer Bananenstauden, sei es für die Anlage neuer Bergwerksstollen etc. Muß die Produktion dann wegen flauem Geschäft wieder eingeschränkt werden, so lastet das viele festliegende Kapital enorm auf dem laufenden Geschäft. Bei landwirtschaftlichen Rohstoffen tritt zudem sofort Überproduktion ein. Damit die Plantagen nicht verwildern, die Stollen nicht verfallen, müssen sie

meisten Staaten sind seit der Kolonialzeit auf Lieferung eines oder weniger Rohstoffe an die Imperialisten ausgerichtet. Sinkt die Nachfrage nach diesem Produkt, dann entstehen ihnen nicht nur im Innern enorme Kosten. In den meisten Fällen bedeutet sinkende Nachfrage nach ihren Produkten sofort ein gewaltiges Außenhandelsdefizit und ein Loch in der Staatskasse, die Regierungen sind gezwungen, zur Bezahlung ihrer Einfuhren und zur Finanzierung ihrer Entwicklungsprogramme Kredite bei den Imperialisten aufzunehmen.

Die gesetzmäßigen Folgen dieser „internationalen Arbeitsteilung“ sind: auf seiten der Imperialisten fortwährender Bezug ihrer Rohstoffe zu Spottpreisen aus der Dritten Welt, auf seiten der Dritten Welt wachsende Verarmung und Verwüstung ihrer Länder. Seit Jahren verlangen die Staaten der Dritten Welt dagegen die Errichtung einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“. Kernstück dieser „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ soll ein „Integriertes Rohstoffprogramm“ sein. Dazu gehören: feste Preis- und Mengenabkommen mit den Imperialisten über 18 der wichtigsten Rohstoffe, die die Dritte Welt an die Imperialisten liefert, um so der Dritten Welt höhere Einnahmen zu verschaffen, und die Anlage von internationalen Vorratslagern, die den Staaten der Dritten Welt in Zeiten flauer Nachfrage ihre Rohstoffe zu garantierten Preisen abnehmen und so einen Schutz gegen die Risiken der Rohstoffproduktion bieten sollen.

Warum aber hat sich in den Jahren seit 1973/74 an dieser Sorte Arbeitsteilung wenig bis gar nichts geändert? Wie ist es den Imperialisten gelungen, die Staaten der Dritten Welt trotz ihrer heftigen Gegenwehr weiterhin zur Lieferung billiger Rohstoffe zu zwingen? Mit welchen Methoden haben die Imperialisten vermocht, trotz vielfacher Versuche der Dritten Welt, Zusammenschlüsse von Rohstoffproduzenten aufzubauen und so höhere Preise durchzusetzen, die Plantagen und Bergwerke der Imperialisten zu verstaatlichen und eine selbständige nationale Wirtschaft aufzubauen, diese Versuche im wesentlichen zu verhindern? Wie konnten sie stattdessen sogar durchsetzen, daß die Staaten der Dritten Welt im nächsten Jahr wahrscheinlich mit 450 Mrd. \$ bei ihnen verschuldet sind, gegenüber 55 Mrd. \$ 1970, daß sie 1982 allein an Zinsen 50 Mrd. \$



Mit über 1 Mio. t Kupfererzen und Rohkupfer sind die BRD-Imperialisten größte Kupferimporteure der Welt. Bild: Chambishi-Mine in Sambia.

Forderung „unter den gegenwärtigen Marktbedingungen“ wenig Chancen.

Die großen Schwierigkeiten der Produzentenländer angesichts des neuerlichen Rückgangs der Nachfrage nach ihren Produkten erklären sich aus einer Besonderheit des Rohstoffgeschäfts, die dieses für jeden Kapitalisten riskant macht, für die Staaten der Dritten Welt aber in der Regel katastrophale Auswirkungen hat.

Die Rohstoffproduktion erfordert nämlich, verglichen zur industriellen Produktion, eine außergewöhnlich hohe Auslage von konstantem und zu meist über mehrere Jahre festliegendem Kapital. Weder Plantagen noch Bergwerke können einfach dem gewöhnlichen Gang der Nachfrage fol-

ständig gepflegt werden, was zusätzlich kostet. Sehr viel schneller als industrielle Kapitalisten, die notfalls Teile ihres Maschinenparks stückweise abstoßen oder abstellen können, sind daher rohstoffproduzierende Kapitalisten bei schlechtem Geschäft ruiniert. Die Kohlekrise im Ruhrgebiet in den 60er Jahren ist dafür nur ein Beispiel, die dauernde Verödung der Apalachen in den USA nach den umfangreichen Stilllegungen der Kohlezechen dort in den 60er Jahren ein weiteres.

Umso schwerwiegender trifft mit brutaler Regelmäßigkeit die Staaten der Dritten Welt, die Hauptanbieter auf den internationalen Rohstoffmärkten sind, der periodische Rückgang der Nachfrage nach ihren Produkten. Die

an die Imperialisten zahlen müssen, den Erlös von 10% ihrer Exporte? Die folgenden Beispiele sollen etwas Licht in diese imperialistische Erpresserei und Plünderung bringen.

In *Indonesien* ließen die US-Imperialisten bereits 1966 das Militär gegen die antiimperialistische Regierung putschen. Noch im gleichen Jahr fand unter Leitung der Deutschen Bank eine internationale „Umschuldungskonferenz“ statt. Die Militärregierung wurde gezwungen, den Imperialisten die Erdölquellen des Landes als Konzessionen zu Spottpreisen zur Verfügung zu stellen und freien Gewinn- und Kapitaltransfer zuzusichern.

Die über 750 Investitionsvorhaben, die die Imperialisten seit 1968 mit dem Einsatz von 8 Mrd. \$ Kapital in Angriff nahmen, konzentrierten sich fast ausschließlich auf die Rohstoffplünderung und Plantagenproduktion. Heute ist Erdöl die wichtigste Devisenquelle des Landes, 50% der Staatseinnahmen stammen aus dem Erdölgeschäft. Aber die Ölquellen werden in den nächsten 20 Jahren fast alle versiegen. Die Einkommen der Bauern und Landarbeiter

liegen unter dem Niveau von 1960. 2,6 Mio. Tonnen Reis mußte das Land im letzten Jahr einführen und ist damit heute größter Reisimporteur der Welt. Nach Aussagen der US-Botschaft bekommen 90 Mio. der 140 Mio. Einwohner des Landes nicht genug Lebensmittel, um „selbst eine minimal ausreichende Ernährung zu ermöglichen.“ Die Textilindustrie des Landes ist ruiniert, seit die Regierung vor zehn Jahren japanischen Monopolen die Errichtung von Textilfabriken gestattete. 15 Jahre nach Errichtung der „neuen Ordnung“, wie die Imperialisten das Militärregime nannten, ist Indonesien mit 13,4 Mrd. \$ bei den Imperialisten verschuldet.

Das zweite Beispiel ist *Chile*. Das Land gehört seit langem zu den größten Kupferexporteuren der Welt. Größter Export„partner“ war 1980 die BRD, die über 12% aller Exporte abnahm, davon 60% Kupfer. 1973 hatten die US-Imperialisten das Militär gegen die Regierung Allende putschen lassen und in den folgenden Jahren mit beispielloser Grausamkeit die Arbeiter- und Bauernbewegung niedergeschlagen.

Ein Team von „US-Wirtschaftsexperten“ unter Leitung des heutigen Reagan-Beraters und Thatcher-Vorbilds Milton Friedman nahm sich der „Wirtschaftsbelebung“ an. Der deutsche Botschafter in Chile, Dr. Dittmann, meldete im Juli dieses Jahres in einem „intern“ gekennzeichneten Bericht nach Westdeutschland: „Die im Jahre 1975 eingeführte freie Marktwirtschaft hat sich bisher als im großen und ganzen erfolgreich erwiesen ... Das Land genießt seit einigen Jahren wieder das Vertrauen der internationalen Banken ... Durch den Erlass eines sehr liberalen Gesetzes über Auslandsinvestitionen (1974, d. Verf.) erhoffte sich Chile einen großen Zustrom von Investitionskapital.“ Der ist auch eingetreten: von Mitte 1974 bis Juni 1981 genehmigte die Regierung Investitionsprojekte der Imperialisten mit einem Volumen von 4,25 Mrd. \$. 80% davon gingen in den Bergbau. Währenddessen geht die Landwirtschaft zugrunde. Dr. Dittmann: „Da auch die Landwirtschaft nur noch mit 10% Zoll geschützt ist, muß der hiesige oft kleine Landwirt ebenso mit den Weltmarkt-

Nord-Süd-Bericht. Brandt's imperialistische Lockerungsübungen

Robert Mc Namara, nach seiner Amtszeit als US-Kriegsminister und Vietnamkriegsverbrecher zum Weltbank-Chef berufen, ersann den Nord-Süd-Dialog, um die Forderungen der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu verwässern. Mit Willy Brandt, als Ostpolitiker, Friedensnobelpreisträger und führendes Mitglied der Sozialistischen Internationale hinreichend ausgewiesen für imperialistische Infiltration und ideologische Lockerungsübungen, war der passende Mann für die Operation gefunden. 1977 erging an ihn der Auftrag, eine „Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklung“ zu gründen und zu leiten, die „Lösungen für Entwicklungsprobleme“ aufzeigen und für eine Verbesserung des „Klimas“ auf den internationalen Konferenzen sorgen sollte. Neben Sprechern der Dritten Welt sammelte Brandt u.a. auch den konservativen britischen Expremier Heath, den schwedischen Sozialdemokraten Palme und den chilenischen Putschpolitiker und Christdemokraten Frei in der Kommission. 1980 legte die Kommission ihren Bericht vor. Aufgrund eines Vorschlags in dem Bericht findet am 22./23. 10. in Cancun (Mexiko) ein Nord-Süd-Gipfel statt, zu dem die Staats- oder Regierungschefs

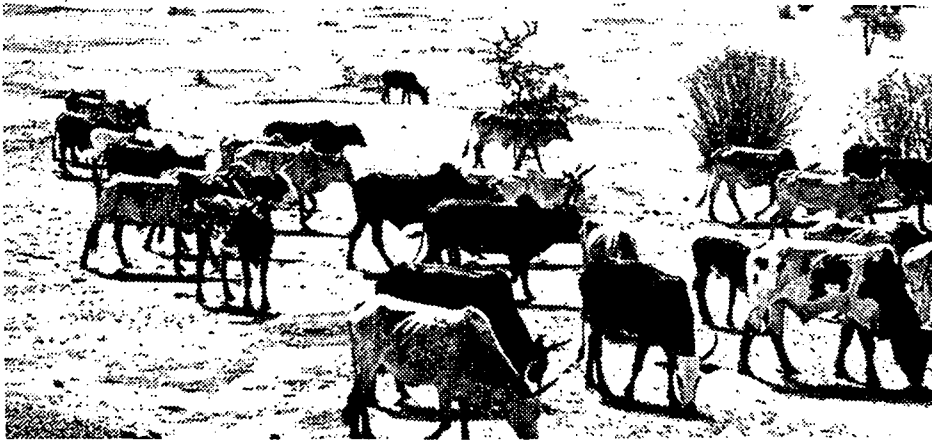
folgender 22 Länder geladen sind: Algerien, Bangladesh, Brasilien, BRD, China, Elfenbeinküste, Frankreich, Großbritannien, Guyana, Indien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Mexiko, Nigeria, Österreich, Philippinen, Saudi-Arabien, Schweden, Tansania, USA, Venezuela. Ein Mandat hat diese Konferenz nicht; Beschlüsse werden nicht gefaßt; auf Betreiben vor allem der US-Regierung, die ihre Teilnahme an künftigen internationalen Konferenzen über die Probleme der Dritten



Auf Druck der USA mußte Mexikos Staatschef Portillo den kubanischen Staatschef Castro von dem Nord-Süd-Gipfel wieder ausladen.

Welt von einem ihr genehmen Verlauf des Nord-Süd-Gipfels abhängig macht, gibt es nicht mal eine formelle Tagesordnung. Für die Dritte Welt wird das Treffen, das nach den Worten Brandts „eine unfruchtbare und gefährliche Konfrontation ... zumindest in einigen Bereichen durch sinnvolle und realistische Zusammenarbeit“ ablösen soll, kaum einen Fortschritt bringen.

Der Bericht der Nord-Süd-Kommission, der weitenteils von der sozialdemokratischen Variante imperialistischer Politik gegenüber der Dritten Welt geprägt ist, hat dafür schon die Weichen gestellt. Ausgangspunkt der Untersuchungen und Empfehlungen ist die These der gegenseitigen Abhängigkeit von Nord und Süd: „Auf mittlere und längere Sicht haben Nord und Süd mehr an gemeinsamen Interessen, als die meisten bisher haben erkennen können. Und die Erfahrung zeigt, daß dauerhafte Lösungen oft erst gefunden werden, nachdem der Konfrontation ein Ende bereitet worden ist ... Ein langer und mühsamer Lernprozeß war notwendig, bis sich die Erkenntnis durchsetzte, daß höhere Löhne für die Arbeiter die Massenkauftkraft hinreichend steigerten, um die Volkswirtschaft insgesamt voranzubringen. Die Industrieländer müssen heute an der Ausweitung der Märkte in den Entwicklungsländern interessiert sein ...“ Und an die Adresse der Dritten Welt gerichtet: „Wer einen größeren Anteil am 'ökonomischen Kuchen' erstrebt, kann nicht ernsthaft wollen, daß der



Auf dem Höhepunkt der Hungersnot in der Sahel-Zone (Bild) mußte der Tschad für 2,8 Mio. \$ Fleisch exportieren, um seine Schulden abzubauen.

preisen konkurrieren wie die Industrie ... Dies führte in den letzten Jahren zu einer schrumpfenden Tendenz bei den traditionellen Kulturen und einem steigenden Importbedarf an Getreide, Zucker und anderen landwirtschaftlichen Rohstoffen ... Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht ein von der Wirtschaftspolitik offenbar gewünschter Trend: Erhöhung der Produktivität

im traditionellen Bereich durch größere und kapitalkräftigere Wirtschaftseinheiten sowie eine Verlagerung auf Obst-, Wein- und Gemüsekulturen und zur Viehwirtschaft mit wesentlich höherer Rentabilität und guten Exportmöglichkeiten.“

Tatsächlich hat Chile heute ein jährliches Außenhandelsdefizit von 1 Mrd. \$ oder fast 20% seiner Importe,

so daß es ständig neue Kredite aufnehmen muß. Die Auslandsschulden erreichten Ende 1980 11,2 Mrd. \$, fast das Zweieinhalbfache der jährlichen Exporte.

Das letzte Beispiel ist *Zaire*. Der deutsche Botschafter in Zaire, Dr. W. Schattmann, schwärmte Anfang 1980 vor westdeutschen Kapitalisten: „Zaire verfügt über 70% der gesamten afrikanischen Holzvorräte. Mit seinen reichen Bodenschätzen produziert das Land ein Sechstel des Weltkupfers, 46% des Weltkobalts und 40% der Industriediamanten.“

Die Regierung Zaires hatte 1973 bis 1974 die imperialistischen Plantagen – allein der Unilever-Konzern besaß 120000 Hektar im Land – sowie die Fabriken, Handelshäuser, Bau- und Transportunternehmen der Imperialisten verstaatlicht. Der Unilever-Konzern reagierte mit dem Boykott der Verschickung und Verarbeitung aller Plantagenprodukte; Kaffee, Kakao, Baumwolle und Palmöl verrotteten zu großen Teilen auf den Plantagen oder in den Häfen. Gleichzeitig war das Land, das noch 1960 seinen Lebens-

Kuchen kleiner wird. Die Entwicklungsländer können am wirtschaftlichen Wohlergehen der Industrieländer nicht uninteressiert sein; denn davon hängt nicht nur deren Bereitschaft zu importieren ab; sondern auch deren Bereitwilligkeit, an einem konstruktiven Transfer von Ressourcen mitzuwirken ...“

Das Ansinnen an die Dritte Welt, sich um die Geschäftslage der Imperialisten Sorgen zu machen, ist dreist und schlägt allen Erfahrungen ins Gesicht. Denn das Geschäft der Imperialisten gedeiht gerade mit der schrankenlosen Ausbeutung der Dritten Welt, der Aneignung ihrer Reichtümer zu Schleuderpreisen und mit Zins und Zinseszins aus ihrer immer tieferen Schuldknechtschaft. Nur Länder wie die VR China, die ihre nationale Wirtschaft bewußt vom Weltmarkt abschotteten, erzielten wesentliche Fortschritte bei der Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit. Einen solchen Weg schließt die Brandt-Kommission ausdrücklich aus: „Der Süden muß und will selbständiger sein, um den Prozeß der politischen Unabhängigkeit durch die ökonomische Unabhängigkeit zu vervollkommen. Das bedeutet aber nicht die Abkoppelung von der Weltwirtschaft.“

Daß die imperialistischen Mächte auf die Ausplünderung der Dritten Welt angewiesen sind, ist unbestreitbar. Aber was haben die Länder der Dritten Welt überhaupt zu verlieren, wenn sie sich aus dem von Räubern beherrschten Weltmarkt lösen und die

Entwicklung aus eigener Kraft und in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern betreiben? Auch wenn nach den Empfehlungen der Nord-Süd-Kommission mehr Entwicklungshilfe fließt, Kredite gestreckt und verbilligt, Rohstoffpreise stabilisiert und die imperialistischen Konzerne strengeren Auflagen unterworfen werden – allesamt gerechte Forderungen – werden die Gesetze des kapitalistischen Weltmarktes die Polarisierung zwischen kapitalistischen Industrieländern und Ländern der Dritten Welt weiter vertiefen. „Im weltweiten Rahmen wie auch innerhalb der Nationen fördern Wirtschaftskräfte, die man völlig sich selbst überläßt, eine Entwicklung zu größerer Ungleichheit.“ Das praktische Scheitern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, über Staatseingriffe das Kapital zu zügeln und die Klassenpolarisierung zu dämpfen, spricht nicht gerade für die weltweite Anwendung dieser Wirtschaftspolitik.

Daß der Nord-Süd-Bericht trotzdem einigen Einfluß gerade auch in der Dritten Welt gewonnen hat, liegt wohl daran, daß angesichts der erdrückenden Schwierigkeiten der Dritten Welt jeder Vorschlag, sofern er sich nur gegenüber dem Ist-Zustand abgrenzt und Lockerung verspricht, Resonanz findet. Zudem verheißt die Nord-Süd-Kommission größere ökonomische Unabhängigkeit, ohne daß die Länder radikalere Maßnahmen ergreifen müssen und damit sofort von imperialistischer Erpressung, Kanonenbooten und Fallschirmjägern bedroht sind.

Scheinbar vertritt die Nord-Süd-Kommission die Forderungen der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Aber die Durchsicht erweist, daß die entscheidenden Forderungen fallengelassen sind. So ist in dem gesamten Empfehlungskomplex zur Finanz- und Währungspolitik die Forderung nach Schuldenstreichung überhaupt nicht erwähnt. Während die Dritte Welt das Recht auf entschädigungslose Enteignung der Töchter imperialistischer Konzerne verlangt, legt die von Brandt geleitete Kommission den Entwicklungsländern ans Herz: „Ein sehr wesentliches gemeinsames Interesse liegt darin, die Wirtschaftskraft und die Erfahrung der Transnationalen für die Entwicklung nutzbar zu machen.“ In der Handelspolitik wird festgestellt: „Protektionismus gefährdet die Zukunft der Weltwirtschaft und schädigt die langfristigen Interessen der Entwicklungsländer wie der Industrieländer gleichermaßen.“ Aber ohne strenge Schutzzölle können die Länder der Dritten Welt unmöglich eine eigene Industrie aufbauen.

Der Versuch des Nord-Süd-Berichts, Interessen der Imperialisten und der Dritten Welt zu versöhnen, landet bei der Aufgabe zentraler Forderungen der Dritten Welt, negiert ihren selbständigen Entwicklungsweg – den einzigen Ausweg aus ihrer Lage.

Das Überleben sichern – Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980

Frieden in Freiheit durch „machtgerechte Außenpolitik“

Wie sieht Helmut Kohl die Probleme der Rohstoffversorgung der Deutschen und ihrer Wirtschaft? Kohl vor dem entwicklungspolitischen Kongreß der Kirchen 1979:

„Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß viele Entwicklungsländer im Welt-handel strukturell benachteiligt sind. Ein Abbau dieser Benachteiligung muß ein vorrangiges Ziel der Entwicklungspolitik sein. Wir sind überzeugt davon, daß dies nicht durch dirigistische und planwirtschaftliche Maßnahmen der sogenannten ‚neuen Weltwirtschaftsordnung‘ erreicht werden kann, sondern nur durch solche Maßnahmen, die in marktkonformer Weise Chancengleichheit im Welthandel herstellen.“

Ein schönes Beispiel von Interpretationskraft: Gegenüber Kräften, die von Bedauern über die schwierige Lage eines so großen Teils der Menschheit erfaßt sind, die Bekundung des festen Willens, Ungerechtigkeit zu beseitigen. Gegenüber Fachleuten, die die Benachteiligung auszunutzen wissen und auch wissen, woher diese kommt, die Bekundung, Maßnahmen zu ergreifen, die zur Verfestigung, ja Ausweitung dieser Benachteiligung führen müssen.

Chancengleichheit, auf marktkonforme Weise verwirklicht, bedeutet freie Konkurrenz, für die Kohl in Fällen schwärmt, die günstig sind. Sonst nicht. Vor dem „Tag des deutschen Handwerks“ 1980 in Mannheim, bewertet Kohl, diesmal vor einem Publikum, das die Konkurrenz auch fürchten gelernt hat, die Rohstofflage:

„Und die Probleme (Rohstoffverbrauch, Versorgung, Ersparnis, d. Vf.) werden sich dramatisch zuspitzen. Es ist zu vermuten, daß die Sowjetunion nach 1982 in viel größerem Umfang als bisher auf Zufuhren aus dem Nahen Osten angewiesen sein wird. Hier entsteht eine völlig neue direkte Konkurrenz. Die Investitionen für alternative Strategien der Energieversorgung werden uns in den nächsten 20 Jahren rund 400 Mrd. DM kosten. Dieses Geld muß erst verdient werden, wenn es investiert werden soll.“

Kohl spiegelt dem Publikum des Handwerkstages vor, Rohstoffersparnis und Umsteigen auf „alternative Strategien der Versorgung“ sei das Gebot der Zeit. So übrigens stünde das auch im Grundsatzprogramm der CDU.

In einer Aufsatzsammlung, erschienen ebenfalls 1980, Titel „Der neue Realismus – Außenpolitik nach Iran und Afghanistan“ liest man allerdings anderes.

„Deutsche Außenpolitik für die 80er Jahre muß den Frieden in Freiheit si-

chern, aber sie darf nicht auf der Illusion beruhen, als ob dies allein durch guten Willen und durch große Geschäftigkeit bei allen Arten von Dialogen zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd zu gewährleisten ist.

Wir sind in ein Jahrzehnt eingetreten, in dem das Element der Macht eine eher zunehmende Rolle spielen wird. Dem müssen wir Rechnung tragen.“

Hieraus ergibt sich, daß der Friede in Freiheit nicht nur durch Probleme zwischen „Ost und West“, sondern auch zwischen „Nord und Süd“ gefährdet ist. Helmut Kohl führt seinen Gedanken fort:

„Machtgerechte Außenpolitik heißt



Kupfer: strategisches Metall zur „Selbstbehauptung“

aber auch, daß sie vom Willen zur Selbstbehauptung getragen sein muß ...

Frieden, Sicherheit, Normalität müssen unablässig angestrebt werden, aber der Ernstfall ist sorgfältiger als bisher in Rechnung zu stellen.

Früheren Generationen war dieses Nebeneinander selbstverständlich, wir werden es wieder lernen müssen.“

Wie sich Helmut Kohl nach seinem Publikum zu richten weiß und welche Bandbreite politischer Antriebe er integriert. Immerhin ein Kunststück, Kräfte zusammenzufügen, die vielleicht vom einfachen menschlichen Mitgefühl für die Lage der Völker der dritten Welt erfaßt sind, mit solchen, die eine „machtgerechte Außenpolitik“ wünschen. Kohl würde von dem erstern sich nur beim Kirchengang für ein Stündchen mitziehen lassen, an die machtgerechte Außenpolitik will er aber ran.

Quellen: 1) „Entwicklung – Gerechtigkeit – Frieden“, Dokumentation des entwicklungspolitischen Kongresses 1979 der Kirchen, München 1979, S. 121; 2) in: Information Nr. 15, Schriftenreihe des Wirtschaftsrates der CDU, 1980; 3) Perspektiven deutscher Außenpolitik für die 80er Jahre, in H. Kohl (Hrsg.), Der neue Realismus – Außenpolitik nach Iran und Afghanistan, Düsseldorf 1980.

mittelbedarf selbst decken konnte, zum ersten Mal auf Lebensmitteleinführen angewiesen. Der jahrelange Raubbau an seinen natürlichen Reichtümern und die von den Imperialisten erzwungene Konzentration aller Mittel der Regierung auf den Bergbau hatten die Landwirtschaft ruiniert. Außerdem gelang es den Imperialisten in den Jahren 1974-1975, die Kupferpreise um die Hälfte zu senken. $\frac{2}{3}$ der zairischen Ausfuhr stammen aus dem Verkauf von Kupfer. Die Regierung mußte, um weiter Lebensmittel und Material zur Instandhaltung des Bergbaus importieren zu können, Kredite bei den Imperialisten aufnehmen. Die Auslandsschulden stiegen von 900 Mio. \$ 1974 auf über 4 Mrd. \$ 1978. Mitte 1978 war Zaire zahlungsunfähig. Die Regierungen Belgiens, der USA, Japans, Frankreichs und der BRD traten zu „Gläubigerkonferenzen“ zusammen. Sie erzwangen drastische Abwertungen der zairischen Währung. Entsprechend verbilligten sich ihre Rohstoffausfuhren aus dem Land, während die Preise der eingeführten Lebensmittel in schwindelnde Höhen schossen.

Experten des IWF übernahmen Schlüsselpositionen im Finanzministerium und der Zentralbank. Als erstes sicherten sie, so Dr. Schattmann, „daß zumindest die Verwaltung und Steuerung des Devisenflusses so effektiv wie möglich gestaltet wurde.“ Auf deutsch: die Profite der Imperialisten flossen wieder ungehindert ins Ausland. Sodann setzten sie die Aufhebung der staatlichen Lebensmittel-Preissubventionen durch. Erneute rabiate Preissteigerungen insbesondere für die 2-3 Mio. Bewohner der Hauptstadt waren die Folge. Mit mehreren „Umtauschaktionen“ alter gegen neue Geldscheine beraubten sie die Bauern auch noch ihrer letzten Reserven. Anfang dieses Jahres erzwangen sie die Rückgabe der Plantagen an Unilever und Konsorten.

Befriedigt stellte das westdeutsche Kapitalistenblatt „VWD-Vereinigte Wirtschaftsdienste“ im März dieses Jahres fest: „Der Preis für diese Roßkur war hoch. Die Währung verlor in den letzten zwei Jahren und vier Monaten 80% ihres Werts ... Aus Mangel an Rohstoffen und Ersatzteilen arbeitet die Industrie bestenfalls mit 30% ihrer Kapazität. Es gibt kaum Fleisch und Fisch. Die Menschen leben von „Fufu“ (Maniokabrei), und der ständige Proteinmangel macht sie anfällig für alle möglichen Krankheiten ... Doch es gibt Zeichen der Hoffnung ... Die Produktion von Kupfer (433000 Tonnen) und Kobalt (15600) übertraf im Vorjahr die Erwartungen ... Auch in Zukunft werden ausländische Experten in Zentralbank und Finanzministerium, Steuer- und Zollwe-

Reale Austauschverhältnisse: üble Folgen der „internationalen Arbeitsteilung“

Die bürgerliche Wirtschaftstheorie behauptet, jedes Land führe dann am besten, wenn es die Waren produziert (und exportiert), bei denen es die relativ höchste Produktivkraft entwickelt bzw. den verhältnismäßig geringsten Rückstand hat. Länder der Dritten Welt also – durch Naturbedingungen begünstigt – Rohstoffe, imperialistische Länder Fertigprodukte wie Maschinen. Selbst abgesehen von der Wühl- und Erpressungstätigkeit der einzelnen Rohstoffmonopole, den militärischen Interventionen und CIA-Puttschen (was alles zum täglichen Brot der imperialistischen Rohstoffpolitik gehört), wird dieses „Gesetz“ der internationalen Arbeitsteilung über die kapitalistischen Weltmarktverhältnisse aufgezwungen. Die Tabelle zeigt seine üblen Folgen.

Zur Berechnung der „realen Preise“ einiger Rohstoffe sind bis 1978 die nominell gezahlten Dollarpreise um die Preisentwicklung der Industriewarenexporte der „Industrie“ in die „Entwicklungsländer“ bereinigt. Sinken des realen Kupferpreises z.B. um 50% bedeutet also: Für eine Tonne exportierten Kupfers können nur noch halb so viel Industriewaren

eingeführt werden. Für 1981 geben die Notierungen Ende August, bereinigt um die US-Exportpreise, immerhin eine Vorstellung von der Größenordnung. Es zeigt sich: Außer für Öl liegen die realen Preise weit unter dem Niveau selbst der 50er Jahre, als viele rohstoffproduzierende Länder noch direkt kolonial unterjocht waren. Und der Ölpreis liegt immer noch so niedrig, daß sich die imperialistischen

Staaten einen großen Teil des Marktpreises als Mineralölsteuer aneignen können. Jetzt zeichnet sich auch hier ein Preiseinbruch ab. Die Entwicklung der „Terms of Trade“, die das Verhältnis von Export- und Importpreisen bezeichnen, bestätigt die genannte Tendenz. Viele Länder beziehen weit mehr als die Hälfte ihrer Exporteinnahmen aus einem einzigen Rohstoff und haben ihre Entwicklungsplanung darauf aufgebaut. Bei Preisverfall dieses Rohstoffs sind sie zu Produktionssteigerung und damit weiterer Überfüllung des Markts gezwungen und/oder zu Verschuldung bei den imperialistischen Banken.

Reale Rohstoffpreise in US-Dollar von 1978

	Kakao kg	Kautschuk kg	Kupfer t	Erdöl S.-Arab. barrel	Terms of Trade (1) der Entwicklungsländer insg. ohne Öl	Ind.länder
1951-55	2,67	2,58	2400	5,90	110	88
1956-60	2,12	2,25	2113	5,19	104	92
1961-65	1,42	1,72	2482	4,03	99	98
1966-70	1,97	1,36	3889	3,75	100	99
1971	1,33	0,91	2667	4,07	104	95
1972	1,44	0,83	2362	4,24	102	93
1973	2,09	1,44	3307	5,00	112	101
1974	2,31	1,15	3050	14,49	156	94
1975	1,60	0,85	1588	13,76	140	84
1976	2,58	1,10	1769	14,53	146	87
1977	4,37	1,05	1508	14,29	149	89
1978	3,40	1,05	1367	12,70	139	91
1981 (2)	1,55	0,80	1284	23,53	.	.

(1) 1970 = 100. (2) eigene Berechnungen nach Notierungen Ende August, preisbereinigt mit dem Index der US-Exportpreise. Quellen für Daten 1951-78: Weltbank, Commodity Trade and Price Trends (1979 Edition)

sen die Finanzen kontrollieren.“

Die Beispiele Zaire, Chile und Indonesien sind nicht zufällig gewählt. Alle drei Länder sind bedeutende Rohstofflieferanten der Imperialisten. Indonesien verfügt über 8,3% der Weltzinnreserven, 8,4% der Weltnickelreserven, liefert Öl und Kautschuk. Chile besitzt die größten Kupferreserven der Welt und verfügt außerdem über reiche Molybdän-, Vanadium- und Salpeterreserven. Zaire ist größter schwarzafrikanischer Rohstofflieferant für die Imperialisten. Dadurch, daß die Imperialisten die Volkswirtschaften dieser Länder systematisch nach ihren Interessen aufgerollt haben, üben sie gleichzeitig starken Druck gegen mögliche Zusammenschlüsse von rohstoffproduzierenden Staaten der Dritten Welt aus und behindern die wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Staaten der jeweiligen Region erheblich.

Die westdeutschen Imperialisten haben sich an solchen imperialistischen Raubzügen von Anfang an an führender Stelle beteiligt. Bereits in den Jahren 1956 bis 1968 waren sie als einzige imperialistische Macht an allen internationalen „Umschuldungsverhandlungen“ mit Staaten der Dritten Welt

beteiligt. Heute sind sie zweitgrößter Gläubiger der Dritten Welt, größter Importeur von Kupfer, zweitgrößter von Nickel, Zink, Eisenerz, Ölsaaten und Nüssen, Kakao und Kaffee, drittgrößter von Zinn. Seit Jahren arbeiten sie zielstrebig daran, nicht nur Rohstoffe billig zu kaufen, sondern sich direkt in den Besitz der Rohstoffquellen zu setzen. An der Aufrechterhaltung



Westdeutsche Geologen auf der Zinn-suche in Thailand.

der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsordnung haben sie also genauso wie alle übrigen Imperialisten ein vehementes Interesse. Und genauso wie die übrigen Imperialisten werden sie bereit sein, ihre imperialistischen Interessen mit allen Mitteln zu verteidigen.

Denn auch das zeigen die Beispiele Indonesien, Chile und Zaire. Immer wenn ein Staat der Dritten Welt sich anschickt, vernünftige Schritte gegen seine Ausplünderung zu ergreifen, wenn er die Plantagen und Bergwerke der Imperialisten beschlagnahmt, die Rohstofflieferungen an die Imperialisten kürzt oder gar stoppt, wenn er die Landwirtschaft entwickelt, seine Schulden nicht bezahlt, dann hat sich mit dem süßlichen Geschwätz der Imperialisten von „Kooperation“, „Arbeitsteilung“ und „miteinander statt gegeneinander“. Dann reagieren die Imperialisten notfalls mit brutalster Gewalt, mit Interventionen, Paras, Putschen und dergleichen. Dann bleibt auch den Völkern der Dritten Welt nichts anderes übrig, als ihren gerechten Interessen mit Gewalt gegen die Imperialisten Geltung zu verschaffen.

Hamburger IGM gegen „Sparangriffe“

Die Vertreterversammlung der IG Metall hat am 20.8. einstimmig eine EntschlieÙung gegen die von der Regierung vortragenen Angriffe auf die Versicherungskassen verabschiedet. Es wird ein offensives Vorgehen der Gewerkschaften gegen die Angriffe gefordert. Die EntschlieÙung wendet sich gegen höhere Besteuerung und fordert die Anpassung der Freibeträge sowie Progressionsgrenzen an die Einkommensentwicklung. An der bruttolohnbezogenen Rente muß festgehalten werden. Die Arbeitslosenversicherung darf nicht angegriffen werden, und Streichung der Lohnfortzahlung ist indiskutabel.

Preussag: Unfälle einkalkuliert

Am 26.8.81 ereignete sich bei der Preussag in Ibbenbüren-Ostfeld auf der fünften Sohle ein Unfall. In etwa 1400 m Tiefe kam es bei Entspannungsbohrungen zu einem sogenannten Ausbläser. Acht Bergleute fanden den Tod. Die Preussag hat wegen des besonders hohen Gasgehalts in der Kohle für Ibbenbüren eine

7000 Teilnehmer kamen am 6.9. nach Kassel zur Kundgebung der IG DruPa für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit. Anlass ist der Prozeß von 29 Heinze-Arbeiterinnen am 9.9. vor dem Bundesarbeitsgericht. Mahlein und die Bundesfrauensekretärin sagten der Lohn-drückerei durch niedrige Frauenlöhne den Kampf an, was auch durch besondere Tarifierhebungen beachtet werde, weil solche Spaltungen bei anstehenden Kämpfen schlecht seien. Wegen der breiten Unterstützung, z.B. 80000 Unterschriften, sei man bei der Verhandlung optimistisch.



Auflage des Bergbauamtes Hamm zu erfüllen, wonach diese Entspannungsbohrungen 100 m ins Kohle-Flöz gemacht werden müssen, damit durch das Entweichen des Methangases das Kohle-Flöz entspannt wird. Diese Arbeit ist für die Bergleute besonders gefährlich, weil nur an der Beschaffenheit der Kohle festgestellt werden kann, ob man sich einer Gasblase nähert. Bereits 1980 kam dabei ein Bergmann ums Leben. Nachdem nun in den letzten zwei Jahren neun Bergleute starben und mehrere schwer verletzt wurden, sind

die Arbeiten von der Bergbaubehörde gestoppt worden.

Aktionseinheit gegen NUKLEX'81 in Basel

Vom 6.-9.10. findet in Basel die NUKLEX'81 statt, eine Messe, auf der sämtliche Kapitalisten, die Atomtechnologie produzieren oder mit ihr handeln, ihre Produkte ausstellen. Gleichzeitig soll auf mehreren Kongressen für die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ Propaganda gemacht werden. Bereits am 23.6. trafen sich in Basel Vertreter mehrerer Gruppen, die gegen diese Ausstellung sind, darunter auch die Badisch-Elsässischen BI's. Aufgerufen hatte die „Arbeitsgemeinschaft gegen Atomexporte“ (Zürich). Die Aktionseinheit gegen NUKLEX weist vor allem darauf hin, daß die Messe mit Einwilligung der Basler Regierung stattfindet, die aufgrund eines Volksauftrags verpflichtet worden war, sich mit allen Mitteln gegen AKW's in der Region einzusetzen. — Am 3.10. soll eine Großdemonstration stattfinden, während der NUKLEX Störaktionen und ein Tribunal gegen die Atomindustrie organisiert werden.

Vielfältige Kämpfe bei Buchhandlung

Gegen den Besitzer der Buchhandlung Kaiser in München ist der Betriebsrat vors Arbeitsgericht gegangen, um Mitbestimmung bei den willkürlich gestalteten Zulagen durchzusetzen. Mit den Kriterien der Zulagengestaltung ist die Einigungsstelle befaßt. Gegen ein auf Veranlassung der Geschäftsleitung ergangenes Urteil, das die Informationsrechte des Betriebsrates gegenüber

der Belegschaft faktisch abschafft, wurde Berufung eingelegt. Bereits positiv abgeschlossen ist ein Verfahren, das dem Betriebsrat die Lohnlisten Einsicht ermöglicht, dazu ein Spruch der Einigungsstelle, mit dem der Betriebsrat die Bilanz Einsicht des Wirtschaftsausschusses durchsetzte. Der Betriebsrat unterstützt auch vier Kündigungsschutzklagen.

Niedriggehälter in Rheinland-Pfalz

Die Tabelle zeigt die größten prozentualen Gehaltsabweichungen der Länder vom Bund am Beispiel der Bruttomonatsgehälter der kaufmännischen Angestellten der mittleren Leistungsgruppe III.

Br.	negativ	positiv
1	8,4 Hess.	11,3 BaWü.
2	10,4 RhPf.	10,3 BaWü.
3	9,6 Hess.	10,8 BaWü.
4	15,2 RhPf.	12,4 BaWü.
5	18,9 SchlH.	6,8 Bay.
6	6,3 RhPf.	3,5 SchlH.

1. Stahl- und Leichtmetallbau, Frauen: - 12,6 RhPf., + 13,7 BaWü. 2. Maschinenbau, Frauen: - 1,7 RhPf., + 13,1 BaWü. 3. Elektrotechnische Industrie, Frauen: - 11,9 RhPf., + 11,3 BaWü. 4. Stahlverformung, Frauen: - 14,1 RhPf., + 18,6 BaWü. EBM-Warenindustrie, Frauen: - 14,1 RhPf., + 18,6 BaWü. 5. Bekleidungsindustrie, - 14,2 RhPf., + 10,3 BaWü. 6. Hoch- und Tiefbau - 15,1 RhPf., + 7,2 Berl.

Dabei zeigt sich, daß Rheinland-Pfalz in mehreren Branchen weit unter Bundesdurchschnitt (negativ) liegt, dagegen Baden-Württemberg weit darüber (positiv). Eine Untersuchung der Frauengehälter nach Bundesländern bestätigt dies Ergebnis. Im industriellen Durchschnitt erreichten die weiblichen Angestellten mit mittlerer Qualifikation nur 85% des Gehaltes der Männer.



fluß mit dem Sozialabbau! Höhere Belastungen für die gro- Vermögen!“ Unter diesen Forderungen traten Ende August Arbeiter von F & N in Belgien mehrere Stunden in den Streik. Die Regierung Eyskens plant, über eine „Krisenabgabe“ den Lohnabhängigen 15 Mrd. bfr. zusätzliche Steuern zu en (1 bfr. = 6 Pfg.). Außerdem will sie die Einnahmen aus ohn- und Mehrwertsteuer um 74 Mrd. bfr. steigern, die Kindzulagen verringern. Alles, um den Kapitalisten allein 260 bfr. oder 20% aller Ausgaben als Zins- und Rückzahlung e Staatsschuld zu zahlen. Die Gewerkschaften lehnen die „abgabe“ und die Kindergeldkürzung entschieden ab.

Zusammenarbeit von AEG und Bosch in der Rüstungsproduktion

Die Siemens-AG, die AEG und die Robert-Bosch-GmbH sind die größten westdeutschen Elektrokonzerne. Führend unter ihnen ist Siemens mit einem Umsatz von 31,9 Milliarden DM 1980 und 344000 Beschäftigten weltweit. In bezug auf Umsatz und Beschäftigtenzahl weit abgeschlagen, aber in der Rüstungsproduktion führend folgt der AEG-Konzern mit einem Umsatz von 14,7 Milliarden DM in 1980 und weltweit 138100 Beschäftigten. Ihm folgt die Robert-Bosch-GmbH mit einem Umsatz von 11,8 Milliarden DM in 1980 und weltweit 121584 Beschäftigten. Bosch ist international der größte Ausrüster von Kraftfahrzeugen, 50% bis 75% der Dieseleinspritzausrüstung wird von Bosch beherrscht, entweder durch Eigenproduktion oder über Lizenzen.

Schwerpunkt der gegenseitigen Konkurrenz dieser Monopole, aber zur Zeit auch Gegenstand von Überlegungen zur Kapitalzusammenlegung ist der Bereich „Kommunikation und Information“, worunter die Nachrichtenübermittlungstechnik, Geräte wie Modems und Displays, Halbleiterbauelemente, Kabel-, Computer- und Vermittlungstechnik fallen.

Der AEG-Konzern verfügt über Forschungsergebnisse und Entwicklungsvorhaben zu allen diesen Bereichen, ist jedoch bei den Banken derart verschuldet, daß 1981 die geschätzten Zinsaufwendungen für Bankschulden und Darlehen 600 Mio. DM betragen und der Betriebsverlust auf 300 Mio. DM geschätzt wird. In den Jahren 1978 bis 1980 wies die Konzernbilanz Fehlbeträge von 347 Mio. DM, 968 Mio. DM und 278 Mio. DM aus.

Zwar gibt sich der Vorstandsvorsitzende Dürr alle Mühe, die Leistung pro Kopf zu steigern und hat 1980 trotz steigendem Umsatz die Belegschaft um 16000 verringert, aber die Bankkapitalisten drängen auf rasche Schritte. Verkauf von Beteiligungen der AEG, damit Geld in die Kasse kommt, Zusammenlegung gleichartiger Bereiche mit denen anderer Unternehmen ist die Forderung.

Am 25. September berät der „Banken-Pool“ unter Führung von Dresdener Bank, Deutscher Bank und Westfälischer Landesbank, die zusammen 50% der AEG-Aktien halten, über die Neustrukturierung der elektrotechnischen Industrie.

Bereits beschlossen und vom Bundeskartellamt entgegenkommend kom-

mentiert ist die Beteiligung von Bosch an der AEG-Tochterfirma Telefonbau und Normalzeit, dem drittgrößten westdeutschen Fernmeldeunternehmen. Forschungsschwerpunkt bei TN ist der Sektor Nachrichtenübertragungstechnik und Nachrichtenübermittlungstechnik.

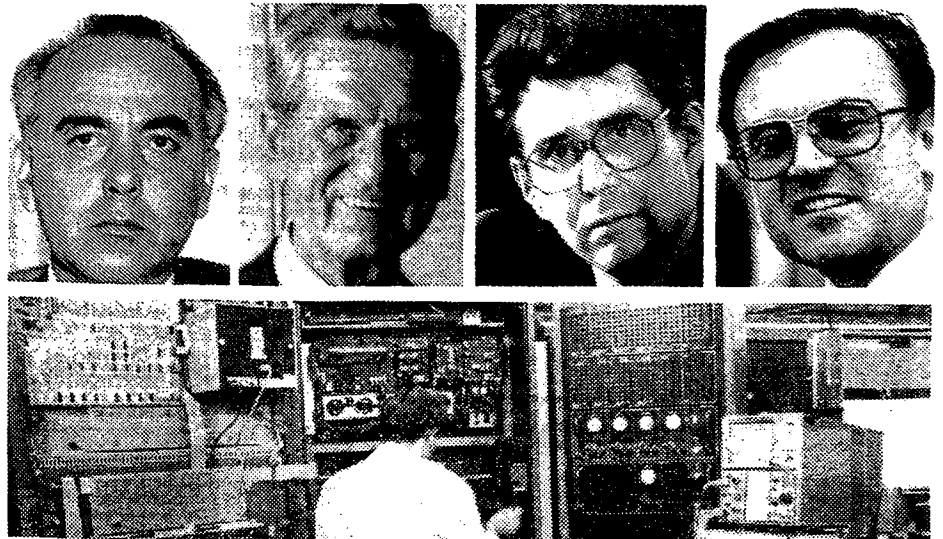


Bild oben: v.l.: Friderichs (Dresdener Bank), Merkle (Bosch), Dürr (AEG), Lohr (SEL). Darunter: Einbau von Halbleitern für NC-gesteuerte Anlage (Bosch).

Mit dem Zusammenschluß von AEG und Bosch bei TN und der geplanten Verflechtung der AEG-Bereiche Weitverkehrs- und Kabeltechnik sowie Hochfrequenztechnik mit den entsprechenden Boschbereichen in Berlin und Reutlingen steigt Bosch noch stärker ins Rüstungsgeschäft ein. Hauptabnehmer des Unternehmensbereichs Hochfrequenztechnik sind Polizei, Militär, Flughäfen. Bei Weitverkehrs- und Kabeltechnik gehen 10% des Umsatzes in den militärischen Bereich. Beide AEG-Bereiche arbeiten mit hohen Profitraten.

Mit einer 12%igen Beteiligung bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm 1977 (Produktion des Airbus, des Tornados und von Kampfhubschraubern), wo unter anderem auch Siemens mitbeteiligt ist, und der vollen Übernahme von Teldix Heidelberg dieses Jahr (Produktion von Navigationsgeräten für Marine, Luftwaffe und Heer) und dem jetzigen Einstieg bei der AEG wird Bosch zu einem wesentlichen Konzern der Rüstungsindustrie.

Diese Entwicklung wird von Teilen der Belegschaft angegriffen. Auf der Betriebsversammlung im Juli erinnerte in Stuttgart-Feuerbach ein Diskussionsredner an die alte, enge Verbun-

denheit von Bosch-Geschäftsführern und führenden Faschisten. Auch zeige die Verweigerung einer Gedenkminute anlässlich des Todes von Willi Bleicher, ehemals Bezirksleiter der IG Metall und bekannt als Kämpfer gegen den Faschismus, allzu deutlich, daß alte Nazis noch heute bei Bosch in der Führung sitzen. Die Antwort des Bosch-Vertreters war eine üble Hetze gegen alles, was mit Kommunismus in Zusammenhang gebracht wird.

Auf der Vertrauensleuteversammlung im August prangerte ein Vertrauensmann den Ausbau der Rüstungsproduktion an und forderte auf, daß

zum Antikriegstag sich möglichst viele Bosch-Vertrauensleute und Belegschaftsmitglieder an den DGB-Aktionen beteiligen sollten.

An der vom Stadtjugendring organisierten Demonstration zum Trümmerberg des 2. Weltkrieges in Stuttgart, wo der Schutt der zerstörten Häuser aufgetürmt wurde, beteiligte sich ein Block von Boscharbeitern und -angestellten mit eigenen Transparenten gegen die Kriegsrüstung.

Papierindustrie Verstärkte Monopolbildung

Lag der Verbrauch von Zellstoff im Jahr 1950 in der BRD noch bei 600000 t (436000 t deutsche Produktion), wurden im Jahr 1979 2,5 Mio. t (deutscher Anteil 665000 t) verbraucht. Die größten Lieferländer sind Finnland, Schweden, Kanada und die USA. Der Trend in der Papiererzeugenden Industrie geht dahin, den produzierten Zellstoff an immer größeren Maschinen selber zum Endprodukt zu verarbeiten. Z.B.

gelten bei der PWA allein für Papierzellstoff folgende Zahlen (in 1000 t): 1970: 431, 1980: 440. Davon Eigenverbrauch 1970: 273, 1980: 375. Die Zahl der Papiermaschinen sank im gleichen Zeitraum von 45 auf 28. Zellstoffengpässe werden für die Zukunft nicht ausgeschlossen, zumal Bezieher größerer Mengen (Japan, China) auf dem europäischen Markt auftreten.

Die Reaktion der beiden großen Zellstoff- und Papierhersteller (Feldmühle, PWA) war zunächst die Planung eines gemeinsamen großen Zellstoffwerkes in Bayern. „In Deutschland ist genügend Holz da, um ein solches Projekt zu realisieren“ (Dr. Patt, PWA). Bisher fehlt noch das Geld für ein solches Projekt. Die beiden Monopolbetriebe verfolgen mittelfristig das Ziel, durch 50%ige Beteiligung an skandinavischen Firmen sich weitere Rohstoffquellen zu erschließen und gleichzeitig durch Beschluß des Kartellamtes kleinere deutsche Abnehmer von Zellstoff durch Abnahmegarantien an sich zu binden.

Hamburger Aluminium Werk

Schadstoffmessungen zum „Technischen Betriebsgeheimnis“ erklärt

1979 setzt der Betriebsrat der Hamburger Aluminiumwerke (HAW) durch, daß an den Arbeitsplätzen Schadstoffmessungen durchgeführt werden. Obwohl die Messungen der Berufsgenossenschaft der Betriebsführung bescheinigten, daß eine Gefährdung durch Schadstoffe nicht besteht, verlangt der Betriebsrat erneute Messungen. Er begründet dies mit dem Krankenstand von 20% und den vielfältigen Erfahrungen der Arbeiter.

Die Messungen wurden an zwölf Tagen im Jahr über acht Stunden direkt am Arbeitsplatz durchgeführt. Die Messungen der Berufsgenossenschaft entstehen so: an einem beliebigen Punkt der Produktionshalle wird für eine Stunde ein Meßgerät aufgestellt und aus dem so gewonnenen Ergebnis wird die durchschnittliche Belastung für acht Stunden errechnet.

Nach Abschluß der Messungen, die vom Betriebsrat kontrolliert wurden, verlangt der Betriebsrat die vollständigen Meßergebnisse.

Erst ein halbes Jahr später rückt die Betriebsführung die ersten Unterlagen heraus. Dem Betriebsrat werden die aus den Messungen herausfiltrierten Durchschnittswerte vorgelegt. Ergebnis: Die Schadstoffkonzentrationen sind alle unter der zulässigen Höchstgrenze (MAK-Werte = Maximale Arbeitsplatzkonzentration).

Der Betriebsrat gibt sich mit den

Feldmühle plant, mit der schwedischen Koppersfors AB die Norrsundet Bruks AB zu gründen, die zwei bestehende Zellstoffwerke übernimmt, und eines der beiden auf eine Kapazität von 240000 Jahrestonnen auszubauen. Davon sollen Feldmühle 120000 t zustehen. Nach Verfügung des Kartellamtes sollen 16,6% des Feldmühleanteils anderen deutschen Papierproduzenten zur Verfügung stehen. Feldmühle bietet Lieferverträge von jeweils 1000 bis 5000 Jahrestonnen an. PWA wird mit der Svenska-Cellulosa AG (Großaktionär von PWA) zu je 50% die Wifstavarf, eine Papierfabrik für 150000 t Feinpapiere, gründen. Für andere deutsche Papierhersteller soll der Bezug von 50000 t Zellstoff pro Jahr „ermöglicht“ werden. Dafür ruft das gemeinsame Unternehmen eine deutsche Gesellschaft ins Leben, wahrscheinlich mit Sitz Hamburg, Stammkapital 125000 DM. Gegen eine Kautions von 50 DM je Tonne können kleinere Papierhersteller sich mit zusammen 40% beteiligen.

Durchschnittswerten nicht zufrieden. Er will Unterlagen über die konkreten Belastungen während eines Arbeitsganges.

Die Durchschnittswerte kommen folgendermaßen zustande: wird bei einem Arbeitsgang, der zwei Stunden dauert, die Schadstoffkonzentration gemessen, dann wird der gemessene Wert auf eine durchschnittliche Belastung während einer 8-stündigen Schicht umgerechnet, also durch vier geteilt.

Der so gewonnene Durchschnittswert wird mit dem MAK-Wert verglichen. Derart zurechtgeschustert verschwindet die tatsächliche Belastung am Arbeitsplatz im MAK-Wert. Des-

halb fordert der Betriebsrat sämtliche Einzelwerte der Messungen.

Bei der Beurteilung der MAK-Werte muß noch folgendes beachtet werden: Die Höchstgrenzen sind so festgelegt, daß vorausgesetzt wird, daß der Arbeiter sich während der Zeit außerhalb der Arbeit erholen kann, also nicht auch noch Schadstoffen ausgesetzt ist. Außerdem werden die unterschiedlichen Bedingungen bei der Arbeit nicht berücksichtigt.

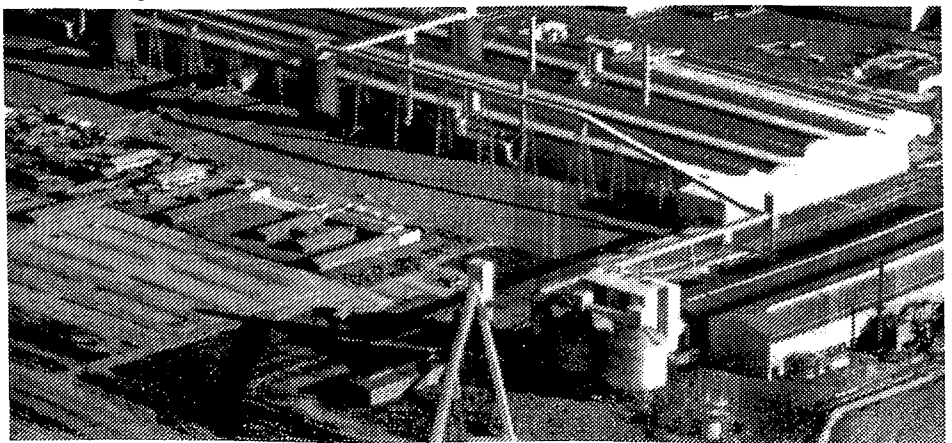
Daß die Abwehrhaltung des Körpers unter Bedingungen von Schichtarbeit oder Akkord vermindert sind, spielt bei der Festlegung der Höchstgrenze keine Rolle.

Im übrigen setzt der MAK-Wert voraus, daß nur die Belastung durch *einen* Schadstoff vorhanden ist. Tatsächlich sind es aber mehrere Schadstoffe, die gleichzeitig auf den Körper einwirken. In der Aluminiumproduktion sind das z.B. Fluorid, Kohlenmonoxyd, Schwefeldioxyd und Aluminiumoxydstaub. Die Belastungen durch Lärm, Hitze und Zugluft sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Es gibt also genügend Gründe, der Aussage, die Schadstoffkonzentrationen lägen unterhalb der zulässigen Höchstwerte (MAK-Werte), zu mißtrauen. Man sollte auch wissen, daß in der Kommission, die diese Werte festlegt, die Vertreter der Chemiemonopole sich die Hand reichen und die Kommission majorisieren.

Der HAW-Betriebsrat, der sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigt hat, besteht deshalb darauf, daß ihm sämtliche Einzelwerte vorgelegt werden, weil nur so über wirksame Maßnahmen des Gesundheitsschutzes verhandelt werden kann.

Da die Betriebsführung sich nach wie vor weigert, die Unterlagen herauszugeben, hat der Betriebsrat beim Arbeitsgericht ein Beschlußverfahren eingeleitet. Das Arbeitsgericht muß überprüfen, ob die Betriebsführung verpflichtet ist, diese Unterlagen rauszugeben.



HAW: Gegen Emissionen kämpfen die Bauern – gegen Schadstoffe am Arbeitsplatz die Belegschaft und der Betriebsrat.

DIAG/Fritz Werner Prämienlohn mit Mindestabsicherung

Seit mehreren Jahren drängt die Betriebsführung des Westberliner Fritz Werner Werkes der DIAG auf den Abschluß einer Betriebsvereinbarung über die Einführung der Prämienentlohnung in der Montage. Bislang wird in der Montage auf Zeitlohn gearbeitet, während in der mechanischen Fertigung die Arbeiter schon seit langem im Akkord beschäftigt sind.

Diese Tatsache liefert der Betriebsführung auch das Argument für ihre Pläne, in der Montage ebenfalls den Leistungslohn einzuführen, um die „Ungleichbehandlung“ zu beseitigen. Mit dem Druckmittel des Anrufens der Einigungsstelle konnte die Betriebsführung den Betriebsrat zwingen, in Verhandlungen über den Prämienlohn zu treten.

Für diese Verhandlungen hat der Betriebsrat mit Unterstützung der IG Metall der Betriebsführung vier Forderungen vorgelegt, die er in der abzuschließenden Betriebsvereinbarung erfüllt haben will. Diese sind:

1. Eine 130%ige Mindestabsicherung des Prämienlohns. Diese 130% Mindestabsicherung bedeuten für die Frauen in der Elektromontage, bei einem Tariflohn (Lohngruppe III) von 8,62 DM, 11,21 DM mindestens in der Stunde. Für die Facharbeiter in den Lohngruppen VI und VII (10,78 DM bzw. 11,76 DM) sind bei der 130%-Regelung 14,01 (Lohngruppe VI) bzw. 15,29 DM (Lohngruppe VII) abgesichert. Für den Großteil der Arbeiter entspricht dies ihren bisherigen Zeitlöhnen (Tariflohn plus Zulagen), für die Frauen und die Arbeiter in den unteren Lohngruppen wäre es eine Erhöhung ihres Stundenlohns zwischen 0,50 DM und 1,00 DM.

2. Fordert der Betriebsrat, daß in der Betriebsvereinbarung eine Klausel aufgenommen wird, die festschreibt, daß die Vorgabezeiten so bemessen sein müssen, daß ein eingearbeiteter Arbeiter eine Prämienleistung von 167% erbringen kann. Sollte dies nicht möglich sein, müssen die Zeiten entsprechend geändert werden. Dies ist auf dem Hintergrund wichtig, daß die Betriebsführung die Zeiten nach dem MTM-System ermitteln lassen will, also nicht durch Abstoppen der tatsächlichen Arbeitszeiten, sondern durch rechnerische Ermittlung der Zeiten für die einzelnen Arbeitsgänge.

3. Will der Betriebsrat 6 Minuten Erholzeit pro Stunde in der Betriebsvereinbarung festgelegt wissen.

4. Soll bei der Einführung der Prä-

miententlohnung im ersten Vierteljahr eine Übergangsregelung gelten, die im ersten Monat eine Mindestabsicherung von 140% regelt, im zweiten 137% absichert und im dritten 134%. Dies ist vor allem für die langjährig beschäftigten älteren Arbeiter von Bedeutung, da die 130%ige Mindestabsicherung z.T. unter ihrem derzeitigen Stundenlohn liegt. Durch die Übergangsregelung würden Lohnminderungen vermieden.

Die Verhandlungen über diese Betriebsvereinbarung, deren Abschluß die Betriebsführung zum Jahresende anstrebt, sind noch nicht beendet. Unter dem Druck der Belegschaft, der auf mehreren Betriebsversammlungen deutlich geworden ist, mußte die Betriebsführung nach anfänglicher Weigerung der 130%igen Mindestabsicherung jetzt zustimmen. Die anderen Punkte sind noch umstritten. Der Betriebsrat will von der Erfüllung der Forderungen seine Unterschrift unter die Betriebsvereinbarung abhängig machen.

Elbfischer Cadmium ruiniert jetzt auch die Bauern

Hamburg. Der sich aus Bürgerinitiative Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Niedersachsens zusammensetzende Verein „Rettet die Elbe“ veranstaltete am 10. September eine Großveranstaltung unter dem Titel: „Rettet die Elbe! Jetzt ist die Antwort fällig!“ Vertreter der drei Landesregierungen waren geladen, um zu den schon lange bestehenden Forderungen der Elbfischer Stellung zu nehmen: 1. Sofortiges Verbot aller Schwermetalleinleitungen in die Elbe. 2. Sanierung der Elbe bis 1984. 3. Aufstellung eines Planentwurfs zur Sanierung der Elbe bis September 1981. Anschließend öffentliche Erörterung dieses Entwurfs mit den betroffenen Elbanwohnern. 4. Abkommen mit DDR und CSSR zur Reduzierung der grenzüberschreitenden Abwasserfracht. 5. Ausreichende Maßnahmen zur Erhaltung der Elbfischerei für die Übergangszeit.

Zusätzlich zur Gefährdung des Fischbestandes und der Ruinierung der Elbfischer weitet sich die Elbvergiftung durch Industriemüll direkt zu Lasten der Landwirtschaft aus. So wurde im letzten Monat Landwirten aus Moorbург und Francop der Verkauf von schwermetalvergiftetem Getreide untersagt. Die zulässigen Cadmium-Werte waren zum Teil um das Siebenfache überschritten.

Die Bauern nutzen die ehemaligen Spülfelder bereits seit 20 Jahren. Der aufgespülte Elbschlick ist zwar fruchtbar, aber hochgradig durch abgelager-

te Schwermetalle verseucht. Da die Stadt nach Spülfeldern und Raum zur Hafenerweiterung sucht, vermuten die Bauern, daß die Messungen jetzt durchgeführt wurden, um sie von ihrem Pachtland zu vertreiben. Der Anschein, im Interesse des Umweltschutzes zu handeln, wäre gewahrt, um dann weiter kapitalintensiver Großindustrie Raum zu geben. Der Verdacht der Bauern ist plausibel, wenn man sich die Entwicklung nach Anzahl der Betriebe in Moorbург seit 1965 ansieht:

Von damals 40 Betrieben sind heute noch 22 übrig, von denen wiederum nur 11 hauptberuflich die Landwirtschaft betreiben, während die anderen Lohnarbeit leisten müssen und nur nach Feierabend das Notwendige zur Erhaltung der Höfe tun können. Von den 18 aufgegebenen Betrieben haben nur 5 neues Land zur Bearbeitung gefunden, während die anderen ganz aufgeben mußten. Im Alten Land (Obstanbaugebiet) sieht die Entwicklung ähnlich aus: Von 1965 noch 2500 Obstbauern leben heute nur noch 1250 hauptberuflich vom Obstanbau.

Da die Elbsanierung zusammenhängt mit der Raumordnungsplanung in diesem Bereich, ist es notwendig, daß die Elbfischer sich zur Durchsetzung ihrer Forderungen mit den bedrohten Landwirten zusammenschließen.

Die Stadt Hamburg hat bisher mit einem unzureichenden Meßprogramm des Elbwassers reagiert. Ärgerlich daran ist nicht nur die Schonung der Industrie vor wirksamer Kontrolle ihrer Abwässer und Luftemissionen, sondern auch, daß wie selbstverständlich die Lohnabhängigen zur Kasse gebeten werden, um den Dreck der Profitheie zu beseitigen.

Den gleichen Geruch haben die jüngst beschlossenen 200 Mio. DM, die der Bund im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Elbsanierung zuschießen will.

Nordrhein-Westfalen Von wegen: „Revierluft sauberer“

Essen. Die Luft im Ruhrgebiet sei erheblich sauberer geworden, so kommentierte der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann kürzlich die Veröffentlichung des Jahresberichts 1980 der Gewerbeaufsicht NRW. Danach sind die Schwefeldioxid- und in geringerem Maße auch die Schwermetall-Belastungen im letzten Jahr zurückgegangen. Doch daß sich nichts an den Ursachen der Luftverschmutzung geändert hat, stellt der Bericht selbst fest: Der Rückgang des Schwefeldio-

xids z.B. liegt lediglich an häufigeren Niederschlägen, wodurch es aus der Luft in den Boden gespült wird, sowie am Produktionsrückgang in der Stahl- und der Mineralölindustrie. In einem rund 10 km breiten Streifen um die Emscher, vom Duisburger Norden, wo Thyssen sein Hauptwerk hat, bis nach Herne, wird die Luft auch amtlich als „an der Grenze der Gesundheitsgefährdung“ eingestuft. In den ausschließlich betroffenen traditionellen Arbeiterwohnvierteln werden zeitweilig und punktuell z.B. selbst die offiziellen Grenzwerte für Schwermetallbelastung überschritten. Und auch das mehrmalige Auftauchen von Giftgaswolken, u.a. in Dortmund, die in den letzten Wochen die Luft in ganzen Stadtteilen verpesteten und oft zu Übelkeit, Schleimhautreizungen und Kopfschmerzen führten, spricht nicht gerade für gründliche Verbesserungen.

Bereits in den sechziger Jahren ist im Zuge der Zechenstillegungen die Belastung der Luft mit Grobstauben und Schwefeldioxid im Ruhrgebiet zurückgegangen. Doch hat seit Mitte der siebziger Jahre nicht nur der Anteil von Schwefeldioxid wieder zugenommen, sondern es kamen auch andere, zum Teil gefährlichere Stoffe hinzu. Beispielsweise stoßen in Bochum allein die VEBA- und VEW-Kraftwerke in Wiemelshausen/Prinz Regent im Jahr pro Quadratkilometer Fläche 11300 t Schwefeldioxid, 6500 t Stickstoffdioxid und 650 t Staub aus. Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid als sogenannte saure Gase zerstören das Gewebe der Atmungsorgane und gehen als immun-schädigende und krebserregende Sulfite und Nitrite ins Blut. Zusätzlich überführen sie leicht die lungengängigen Metallanteile des vor allem in den Stahlwerken emittierten Staubes in lösliche Verbindungen, welche dann erst als giftige Substanzen in den Körper gelangen.

60% der Luftbelastung, bei Stäuben 80%, stammen nach Angaben des „Luftreinhalteplans Ruhrgebiet-Mitte“ ausschließlich aus industriellen Quellen. Im Verbund mit den Arbeitsbedingungen sind die Auswirkungen drastisch: So beträgt die Lungenkrebs-häufigkeit im Ruhrgebiet das 1,6- bis 4fache des Bundesdurchschnitts. 33% von über 350 stichprobenmäßig untersuchten Männern aus Bochum im Rentenalter leiden an chronischer Bronchitis, 25% an Angina Pectoris. Dabei lag der Anteil der ehemaligen Bergleute bei 10%. Gleichzeitig wird daran deutlich, daß keineswegs alle gleichmäßig von den Luftverhältnissen betroffen sind und die Belastung bei der Arbeit wesentlich ist: Bei den ebenfalls untersuchten Frauen lagen die Befunde bei etwa einem Drittel.

Schweinfurt

„Variable Arbeitskräfteplanung“ mit billigen, rechtlosen Ferienarbeitern

Schweinfurt. Eine Untersuchung über Ferienarbeit von Schülern, Abiturienten, Studenten in den größten Fabriken des Arbeitsamtsbezirks Schweinfurt hat ergeben:

Umfang der Ferienarbeit. Fichtel & Sachs (KFZ-Teile, Fahrradteile, Motoren): 350 Ferienarbeiter bei 9500 Beschäftigten. Ein F&S-Vorstandsmitglied: „Ferienarbeiter ermöglichen variable Arbeitskräfteplanung.“ Seit Mitte August, wo der Einsatz von Ferienarbeitern nachläßt, werden wieder berufsmäßige Arbeiter eingestellt. Bei Einstellung im Juni hätten diese vollen Anspruch auf Jahresurlaub und Weihnachtsgeld gehabt. FAG Kugelfischer (Wälzlager): 500 Ferienarbeiter bei 10000 Beschäftigten. Bei F&S und FAG wurden im August in Montageabteilungen 20% Ferienarbeiter gezählt. SKF (Wälzlager): 200 Ferienarbeiter bei ca. 5000 Beschäftigten.

Milewski (Möbel): 100 Ferienarbeiter bei 1200 Beschäftigten. Während des Betriebsurlaubs im August wurden mit Ferienarbeitern Umräumungsarbeiten durchgeführt. Kühne (Gurken): 65 Ferienarbeiter bei 350 Beschäftigten. „Ferienarbeit zwischen Juni und September paßt bei uns gut in die Saison. Wir würden noch mehr nehmen.“ Zuckerfabrik Franken: 45 Ferienarbeiter bei 220 Beschäftigten.

Überstunden. Fichtel & Sachs: Die meisten Ferienarbeiter arbeiten, wenn möglich, Zusatzschicht am Samstag und bei Spätschicht regelmäßig 10 Stunden. FAG Kugelfischer: „Die machen Überstunden, die nehmen schon alle mit.“ In der Montage machen fast alle Ferienarbeiter jeden Tag, ob Früh- oder Spätschicht, 10 Stunden, am Samstag 6. Bei Spätschicht arbeiten auch Studentinnen entgegen dem Nachtarbeitsverbot 10 Stunden bis nach 1 Uhr. Milewski: „Im Juli gab es im gesamten Betrieb Überstundenarbeit. Die Ferienarbeiter haben sich ausnahmslos beteiligt.“ Kühne: „Viele machen Montag – Donnerstag 10 Stunden, Freitag 9, eventuell Samstag.“

Urlaubsgeld. Laut Manteltarifvertrag der bayerischen Metallindustrie wird für jeden vollen Monat 1/12 des Jahresurlaubs gewährt. Bei F&S erhalten die meisten Ferienarbeiter Arbeitsverträge über exakt 4 Wochen, sie erhalten keinen Tag Urlaub bezahlt. Im Juni wurden bei F&S Ferienarbeiter statt zum Montag, dem 1.6., zum Dienstag, dem 2.6., eingestellt. Ein Ferienarbeiter z.B., der vom 2.6. – 31.7. arbeitete,

wurde durch diese Tagdieberei um 3 Tage Urlaub plus zusätzliches Urlaubsgeld geprellt, zusammen ca. 450 DM.

Lohnfortzahlung. Milewski: „Alle erhielten zunächst einen Arbeitsvertrag über 4 Wochen. Bis zu 4 Wochen gibt es keine Lohnfortzahlung, so bei uns in 2 Fällen geschehen. Nach 4 Wochen verlängern wir teilweise die Verträge. Hier ist kein Krankheitsfall bekanntgeworden. Überdies gäbe es hier auch die Möglichkeit der täglichen Kündigung.“ FAG Kugelfischer: „Natürlich, Schlawiner, schwarze Schafe, die krank machen, gibt es auch. Aber die merken wir uns vor, die nehmen wir kein zweites Mal mehr.“

Unfälle. Fichtel & Sachs: Die durch den MTM-Akkord auf ein Minimum eingeschränkten Handgriffe ermögli-



Ferienarbeiter in der Wälzlagerindustrie

chen F&S, die Ferienarbeiter fast vollständig im Akkord einzusetzen. Ferienarbeiter wurden beschäftigt hauptsächlich bei monotonen Montagearbeiten, aber auch an Stanz-, Dreh-, Bohr-, Fräs-, Schleif- und Räummaschinen. Der rücksichtslose Einsatz nach nur 3-tägiger Einarbeitungszeit bei Urlaubsabwesenheit erfahrener Kollegen, z.B. der Einsteller, erhöht die Unfallgefahr. Im August wurden bei 80 Ferienarbeitern im Werk Süd 4 meldepflichtige Unfälle bekannt. Das ist eine Unfallquote, wie sie bei F&S nur die Abteilung Kupolöfen in der Gießerei er-

Versicherungspflicht, Lohnfortzahlung bei Ferienarbeitern

Versicherungsfreie kurzfristige Beschäftigung

„Wenn die Beschäftigung für eine Zeitdauer ausgeübt wird, die im Laufe eines Jahres seit ihrem Beginn auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im voraus vertraglich begrenzt ist ...“ Diese Regelung gilt für Oberschüler und Abiturienten.

Sonderregelung für Studenten

„Personen, die während der Dauer ihres Studiums als ordentliche Studierende einer Hochschule oder einer sonstigen der wissenschaftlichen oder fachlichen Ausbildung dienenden Schule in einem Arbeitsverhältnis gegen Entgelt beschäftigt werden, sind versicherungsfrei, wenn sie wöchentlich nicht mehr als 20 Stunden arbeiten; in Einzelfällen (insbesondere bei Beschäftigungen am Wochenende sowie in den Abend- und Nachtstunden)

den) kann Versicherungsfreiheit auch noch bei einer längeren wöchentlichen Arbeitszeit in Betracht kommen, vorausgesetzt, daß Zeit und Arbeitskraft des Studenten überwiegend durch das Studium in Anspruch genommen werden.

Darüber hinaus besteht Versicherungsfreiheit für solche Studenten – unabhängig von der wöchentlichen Arbeitszeit – deren Beschäftigung von vornherein auf nicht mehr als zwei Monate beschränkt ist oder ausschließlich innerhalb der Semesterferien ausgeübt wird ... Mehrere nicht unmittelbar aufeinanderfolgende Aushilfsbeschäftigungen sind auch dann nicht zusammenzurechnen, wenn sie bei demselben Arbeitgeber ausgeübt werden. Übt ein Student im Laufe eines Jahres an mehr als 26 Wochen Aushilfsbeschäftigungen (von mehr als 20 Stunden in der Woche) aus, so ist er als berufsmäßiger Arbeitnehmer anzusehen mit der Folge, daß Versicherungsfreiheit nicht

mehr besteht.“

„Beispiel 2: Ein Student übt eine unbefristete Beschäftigung aus. Während der Vorlesungszeit beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 18 Stunden, während der Semesterferien beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 40 Stunden. Die Beschäftigung ist versicherungsfrei.“ Da während der Semesterferien die Arbeitszeit auch z.B. auf 60 Stunden/Woche und während der Vorlesungszeit auf 20 Stunden/Woche, bei Nachtarbeit noch länger, ausgedehnt werden kann, kann also die volle Arbeitskraft eines Studenten versicherungsfrei ausgebeutet werden.

Lohnfortzahlung

„Keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung haben Arbeiter bei befristeten Arbeitsverhältnissen bis zu vier Wochen, bei Arbeitsverhältnissen mit einer Arbeitszeit bis zu zehn Stunden wöchentlich oder 45 Stunden monatlich und Beschäftigte in Heimarbeit.“

Quelle: „Der Sozialversicherungsbeitrag“, Merkblatt für Arbeitgeber, AOK Schweinfurt.

reicht. Ein Abiturient hat, nachdem er sich ein Fingergelenk durchbohrte; einen steifen Finger.

Akkord, Schicht, Entlohnung. In den Metallfabriken müssen fast alle Schicht arbeiten. Bei Milewski arbeiten nur wenige im Akkord, da in der Regel 4 Wochen Einarbeitungszeit. Hauptsächlich wird gearbeitet im Materialeingang, Versand, an leichteren Maschinen. Bezahlung bei Männern: 9,32 DM, bei Frauen: 8,84 DM. Kühne: Männer 9,04 DM für Bedienung der Bänder mit Rohmaterial, Bedienung von Sortieranlagen, Verpackung. Frauen: 7,50 DM plus Prämie, mindestens 8,30 DM für Gurken einfüllen am Band bei extremem Essiggestank. Zuckerfabrik: 9–10 DM für Reparaturarbeiten, kein Akkord und Schicht. FAG Kugelfischer: Für Arbeiten in der Kontrolle 9,37 DM, im Versand 10,60 DM, im Akkord 11–12 DM. Allerdings, in einer Montageabteilung sind nur die Hälfte der Ferienarbeiter auf die geforderten mindestens 105% gekommen, insbesondere bei bestimmten Montagearbeiten, z.B. Einstecken von Nieten in Käfige, zu denen große Fingerschicklichkeit und Übung gehört, ist niemand auf 105% gekommen. Wer drunter bleibt, erhält nur den Akkordrichtsatz von 9,63 DM. In der Montage wurden Ferienarbeiter beobachtet, die ½ Stunde länger gearbeitet haben, um über 105% rauszukommen. Im Gegen-

satz zur Stammebelegschaft erhalten die Ferienarbeiter keine Fahrtkosten bezahlt. Fichtel & Sachs: Nach 3 Tagen Einarbeitungszeit zum Akkordrichtsatz werden die Ferienarbeiter nach dem Lohn der Akkordgruppe bezahlt, 11,50–11,90 DM. Viele brauchen länger, bis sie an den vorgegebenen Gruppenakkord rankommen, an Stanzen z.B. 2–3 Wochen. F&S stört das nicht, denn die Lohnverluste werden auf die Akkordgruppe überwältigt. Durch Vergabe leichter Arbeiten an Ferienarbeiter versuchen viele Gruppen, dem einen Riegel vorzuschieben. Ein Ferienarbeiter, der 4 Wochen im Wechsel von Früh- und Spätschicht bei F&S arbeitet, zusätzlich an 2 Samstagen, kommt bei einem Gruppenakkord von 113% auf 2132,31 DM brutto. F&S spart allein an Sozialversicherungsabgaben 351,47 DM in 4 Wochen. Überdies muß F&S dem Ferienarbeiter kein Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, keine Lohnfortzahlung, keine Jahresprämie bezahlen. Legt man diese Kosten anteilig auf 4 Wochen um, so erhält F&S von einem Ferienarbeiter dasselbe Arbeitsquantum wie von einem fest angestellten Arbeiter für nur 63% der Kosten. In vier Wochen macht das 1032 DM Extra-profit.

Vor ca. 1½ Jahren hat F&S unter Berücksichtigung dieser Umstände seine Testfahrer für Autokupplungen

durch Studenten ersetzt. Hatten die Testfahrer ca. 15 DM brutto erhalten, arbeiten die Fachhochschulstudenten jetzt ohne Lohnsteuerkarte für 10 DM auf die Hand. 25 Studenten testen Kupplungen auf einer Rundstrecke von 600 km. Gefahren wird an 6 Tagen die Woche, jeweils zweimal die Rundstrecke, bei zwei Autos also 24 Fahr-schichten.

Frankfurter Oper Monument des Bürgerstolzes

Frankfurt. Gehaßt und bewundert wie kein zweites Bauwerk in Frankfurt, wurde nach fast 20jährigem Kampf des Großbürgertums die neue alte Oper eingeweiht. 1881 erstmals durch Kaiser Wilhelm eröffnet, wurde sie 1944 durch Luftangriffe zerstört. Keine andere Zerstörung Frankfurts hätte die Herren der Chefetagen des Finanzentums tiefer ins repräsentationsdurstige Herz treffen können. So bleibt nicht verwunderlich, daß sich schon bald eine „Bürgerinitiative für etwas, nicht gegen etwas“ (CDU-Wallmann anlässlich des Richtfestes) unter dem schmalztriefenden Ruf „Die alte Oper darf nicht sterben“ zusammenfand. Was sich da fand, verdeutlicht wohl

am besten die Geschichte des sogenannten Motors der Aktionsgemeinschaft „Alte Oper“, Fritz Dietz. Seinerzeit Holzgroßhändler und Präsident der IHK Frankfurt. Damit die Geschichte ins Rollen kam, erzählt er, habe er gleich mal 100000 DM aus seiner Privatschatulle vorgeschossen. Zu seinem 70. Geburtstag verpflichtete er alle Geschenkgeber moralisch auf Spenden für die Ruine. 600000 DM wurden anstatt Geburtstagsgeschenken übergeben. Gut 14 Millionen wurden insgesamt durch die Aktionsgemeinschaft zusammengebracht. Ein Tropfen auf den heißen Stein der geschätzten Gesamtbausumme, die offiziell 188 Mio. DM, inoffiziell, aber wahrscheinlicher, fast 300 Mio. DM beträgt. Doch sie genügten, um die regierende SPD, die zunächst für den Abriß der Ruine war, zu zwingen, die restlichen Geldmittel sowie die Finanzierung der laufenden Kosten aus dem verschuldeten Stadtetat zu bestreiten. Zögernd, nach Übernahme der Regierung durch die CDU druckvoller, aber auch kostspieliger, kamen die Bauarbeiten in Gang. Wallmann sieht sich inzwischen mit Frankfurt neben der Finanzmetropole auch zur Kulturhochburg Westdeutschlands aufschwingend. Trotz massiver Proteste über die gesamte Zeit der Wiedererrichtung konnten umfangreichere Initiativen gegen den „Protz- und Kotzbau“ (Cohn-Bendits Alternativzeitung Pflasterstrand) keine entscheidende Mehrheit finden. Dafür gibt es einen objektiven Grund. Er liegt in den beeindruckenden handwerklichen Fähigkeiten, mit denen die klassizistische Fassade restauriert wurde und die Passanten immer wieder zur Bewunderung veranlaßt. Der zweite Grund liegt in der geschickten Öffentlichkeitsarbeit, mit der Generalmanager Schwab es verstand, die krassen Widersprüche zwischen Nützlichkeit und enormen Kosten des Baus abzuwiegeln.

Privatisierung Herausbildung einer Niedriglohnzone

Göttingen. Seit ihrem Antritt als niedersächsische Wirtschaftsministerin ist Frau Breuel behende bemüht, aus Niedersachsen ein Musterlände der Reprivatisierung öffentlicher Dienste zu machen. Mit einer Kabinettsvorlage wurden im Oktober 1979 die einzelnen Minister verpflichtet, ihre Ressorts gründlichst zu durchforsten. „Privatisierung ist eine Querschnittsaufgabe, für die in jedem Ministerium eine Zuständigkeit begründet werden muß. Nicht nur spektakuläre Maßnahmen größeren Stils sind anzustreben, sondern auch

kleinere Maßnahmen.“ Nicht nur soll dem Mittelstand dadurch ein erweitertes Betätigungsfeld erschlossen werden; wenn es sein muß, sogar mit Subventionen. Nicht nur würde das einen noch rasanteren Anstieg der bisherigen Preise für kommunale Leistungen bedeuten („Privatisierungsreserven im kommunalen Bereich bestehen“). Nicht nur ist „die formale Privatisierung ein geeignetes Mittel zur Rationalisierung öffentlicher Aufgaben.“ Mit dem jetzt vom niedersächsischen Wirtschaftsrat der CDU vorgelegten Katalog von Privatisierungsmöglichkeiten für Bereiche des öffentlichen Dienstes ist ein umfassendes Programm zur Herausbildung einer Niedriglohnzone ausgearbeitet.

Das wird deutlich z.B. bei den privaten Reinigungsfirmen, einem Schwerpunkt dieses Katalogs. Für diese Firmen gilt der Tarifvertrag, ausgehandelt mit der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden. Dort beträgt der Tarifstunden-



„Private“ Reinigungskräfte wenden sich gegen Privatisierung

lohn ab 1. April für den Tätigkeitsbereich 2 – Gebäudereinigung – für Innenreiniger (bei 100% des Ecklohns B) 8,05 DM. Genau 2,00 DM mehr beträgt der Mindestgrundstundenlohn bei Reinigungskräften, die unter den Tarifvertrag der ÖTV fallen und kann bis zu 3,68 DM mehr betragen (jeweils ohne Berücksichtigung von Kindern). Dabei ist noch nicht einmal gewährleistet, daß die 100%, trotz der akkordähnlichen Arbeitsbedingungen, wirklich gezahlt werden.

An einem Max-Planck-Institut in Göttingen wird den Reinigungsfrauen einer Privatfirma mindestens 100 DM Lohn vorenthalten, und das ohne jegliche soziale Absicherung bei 15 Stunden in der Woche. Im Krankheitsfall oder bei Urlaub muß der Lohn einer Ersatzkraft aus der eigenen Tasche bezahlt werden. – Eine Umfrage des Gesamtbetriebsrats der Max-Planck-Gesellschaft ergab, daß die Institute, in denen keine Reinigungsfirmen tätig sind, eine Minderheit darstellen.

Baden-Württemberg Rechtsgutachten gegen Lernmittelfreiheit

Stuttgart. Die Landesregierung will den Elternanteil bei Lernmitteln erhöhen (vgl. PB 17/81). Artikel 14 der Landesverfassung bestimmt dazu: „Unterricht und Lernmittel an den öffentlichen Schulen sind unentgeltlich. Die Unentgeltlichkeit wird stufenweise verwirklicht ... Näheres regelt ein Gesetz.“ Nämlich §94 des Schulgesetzes einschränkend: „... hat der Schulträger den Schülern alle notwendigen Lernmittel, deren Kosten im Einzelfall mehr als 1 DM betragen, leihweise zu überlassen.“

Noch 1975, bei der Beratung o.a. Schulgesetzes, bestand zwischen den Landtagsfraktionen Übereinstimmung, „Ausgangspunkt sei der Verfassungsgrundsatz, daß alles bezahlt werde“ (Kulturpolitischer Ausschuß 19.9.75) und daß durch eine Erhöhung des bisherigen Eigenanteils der Schüler „die von der Verfassung geforderte stufenweise Verwirklichung ins Gegenteil verkehrt würde.“ (Ständiger Ausschuß 9.10.75)

Demgegenüber kommt das Rechtsgutachten der Landtagsverwaltung vom 21.7.81 zum Ergebnis, „daß die Lernmittelfreiheit nach Artikel 14 Abs. 2 LV auch dann als verwirklicht angesehen werden kann, wenn den Schülern ein Eigenanteil verbleibt“ und der Gesetzgeber im Rahmen der Bagatellgrenze „einen früher festgelegten Eigenanteil der Schüler erhöht.“ Nachdem das Gutachten in den Verhandlungen des Landtags und seiner Ausschüsse keinen „eindeutigen“ Anhalt dafür findet, daß der Begriff „stufenweise“ auch auf eine Erhöhung des Elternanteils bezogen werden kann, wird das BVG-Urteil zum Numerus Clausus von 1975 bemüht: Demzufolge sind bei „staatlichen Teilhaberechten“ in besonderem Maße Einschränkungen in den „Grenzen des allgemein Zumutbaren“ zulässig. Damit wird auf anderem Wege der Forderung der CDU in der Verfassungsberatung 1952 nachgekommen, sich nicht verfassungsrechtlich zu verpflichten, auch bei schlechter Finanzlage Lernmittelfreiheit an sämtlichen öffentlichen Schulen zu gewährleisten, sondern ein einfaches Gesetz für die Nichtpflichtschulen zu erlassen. Die SPD machte damals Zugeständnisse, indem sie ihren Abgeordneten Lausen erklären ließ, er sei auch dagegen, „daß wir wie bei der Stadt Stuttgart jeden Krimskram ... unter die Lernmittelfreiheit fallen lassen sollten“, was später mit der Eigenanteilsregelung realisiert worden ist.

Zahlreiche Demonstrationen im Bundesgebiet und Westberlin – Bessere Beteiligung als in den Vorjahren



Hannover: 1500 Teilnehmer bei der Demonstration einer Aktionseinheit



Westberlin: 20000 beteiligen sich an der HBV/GEW Demonstration



München: 3000 Teilnehmer. Soldaten fordern: Keine Atomraketen!

Gewerkschaftsmitglieder, Antifaschisten, Christen, Schüler und Studenten beteiligten sich an den Demonstrationen, Kundgebungen und Saalveranstaltungen am 1. September, dem Anti-Kriegstag. Die Aktionen waren zahlreicher, größer und vielseitiger als in den Vorjahren. Die Teilnehmer wendeten sich gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen und der Neutronenwaffe. Diese Forderungen standen im Mittelpunkt der Aktionen, es wurden aber auch andere Forderungen gestellt. Auf Transparenten forderten Teilnehmer die Einstellung der „Türkeihilfe“ durch die Bundesregierung. Auf der Veranstaltung in Friedrichshafen erklärte Scherer vom Hauptvorstand der IGM, daß die kapitalistischen Verhältnisse für Krieg verantwortlich sind und daß Militarismus sich nur mit dem Kapitalismus abschaffen läßt. Er zog in seiner Rede Vergleiche über den Ausbruch des 1. und 2. Weltkrieges. Die Politik der Rüstungskonzerne wurde z.B. auf der Veranstaltung in Biberach vom IGM-Bevollmächtigten Müller angegriffen. Er wandte sich gegen die Rüstung auf Kosten der sozial Schwachen, womit dann die fett werden, die am Krieg verdienen. Der IGM-Bevollmächtigte griff auch wie auf anderen Veranstaltungen die Reagan-Administration an und sprach sich für die Unterstützung der amerikanischen Gewerkschaften aus. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Sielaff, der im Bundestag mit 6 weiteren SPD-Abgeordneten gegen den NATO-Doppelbeschluß gestimmt hat, forderte auf einer Veranstaltung in Frankenthal, „wenn es sein muß“, auch eine einseitige Abrüstung des Westens. Er sagte, daß ein Friedensvertrag „neu überlegenswert“ sei, aber kaum durchsetzbar sein würde. In Neumünster zogen 200 Demonstranten nach der Kundgebung des DGB zu einer CDU-Veranstaltung mit Gerhardt Stoltenberg mit dem Thema „Frieden – mit oder ohne Waffen?“. Große Demonstrationen über 10000 Teilnehmer fanden in Hamburg, Bremen und Westberlin statt.

Zahlreiche Aufrufe, Erklärungen und Unterschriftensammlungen mobilisierten zum Anti-Kriegstag. Ihr Inhalt ist unterschiedlich. Der DGB-Aufruf und Erklärungen von SPD-Landesbezirken sprechen sich gegen Krieg und für Abrüstungsverhandlungen aus. Andere Aufrufe, z.B. der Krefelder Appell, sprechen sich gegen die Statio-

nierung der Mittelstreckenraketen aus. Die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste fordert zusätzlich ein atomwaffenfreies Europa. Sozialistische und kommunistische Organisationen fordern auch den Austritt der BRD aus der NATO.

Besonders die rechten Positionen führten in wenigen Fällen zu Störungen auf den Kundgebungen. Erich Friester, Vorsitzender der GEW, erklärte den Teilnehmern auf der DGB-Kundgebung in München, daß Polizei und Justiz notwendig sind, um vor „Chaos“ und „Gewalttättern“ zu schützen. Er mußte die Rede abbrechen. Die bürgerliche Presse walzt diesen Sonderfall besonders breit, dagegen berichtet sie über die Demonstrationen zum Anti-Kriegstag nur wenig. In Westberlin mischten sich verummte Zivilpolizisten mit Helm und Knüttel unter die Demonstranten. Bei der Abschlußkundgebung kam es dann zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Augenzeugen berichteten, daß Provokationen von den verummten Zivilpolizisten ausgingen. Die Polizei bestätigte, daß Zivilpolizisten eingesetzt wurden.

Die Aktivitäten zum Anti-Kriegstag gingen vor allem von den unteren Gewerkschaftsgremien aus. Auf vielen Gewerkschaftskundgebungen blieb aber unklar, wie der Kampf gegen die Mittelstreckenraketen fortgesetzt wird. Auf einigen Kundgebungen wiesen Redner auf die Demonstration der Aktion Sühnezeichen am 10. Oktober in Bonn hin, obwohl der DGB-Bundesvorstand diesen Aufruf nicht unterstützt. Da aber Georg Benz vom Vorstand der IG Metall auch auf der Kundgebung in Bonn sprechen wird, werden sich auch viele Arbeiter und Angestellte an der Demonstration beteiligen.



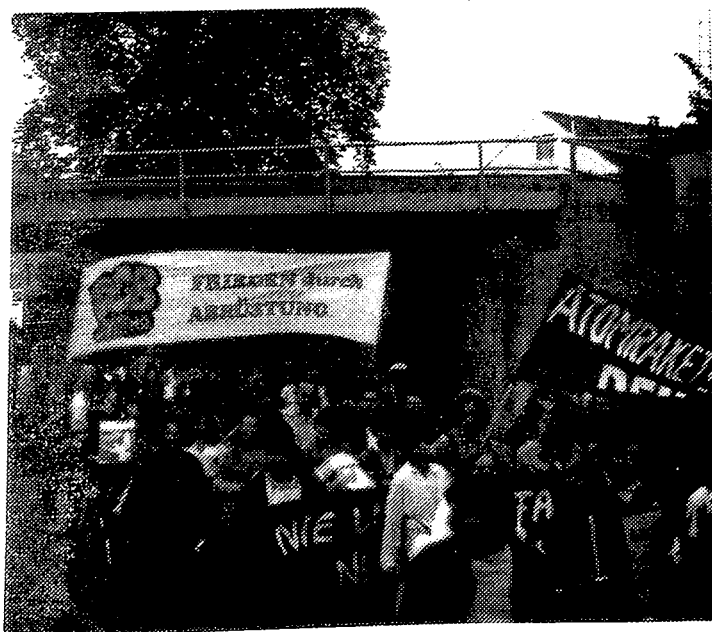
Frankfurt: DGB-Kulturveranstaltung



Hamburg: 25000 Teilnehmer



Heilbronn: DGB-Demonstration mit 1000 Teilnehmern



Neumünster: 700 demonstrierten zu einer Kaserne



Freiburg: 1100 bei der Aktion der Friedenswoche e.V.

Auszüge aus Reden von gewerkschaftlichen Funktionären sowie Vertretern der Kirche

Pastor Albertz, Hannover 30.8.:

„Aber ich sage euch, und ihr wißt es, sollte es je auf deutschem Boden wieder Krieg geben – Krieg, welcher unzulänglicher Name für das, was dann kommen würde – dann war es 1945 in alledem, was wir damals erlebt haben, immer noch vergleichsweise leichter, denn es war ein neuer Anfang möglich ... Aber wollen wir uns schutzlos preisgeben, das ist ja doch die Frage, das ist der Einwand, der Einwand, dem wir uns stellen müssen. Was wollen wir? Wir wollen zunächst, daß der programmierte Rüstungswahnsinn angehalten wird. Wenn man aus einem fahrenden Zug nicht mehr abspringen kann, dann muß man die Notbremse ziehen, Abrüstung also ... Ich stehe hier als einer, der, und das kritisiert jetzt vielleicht ein Teil der jungen Zuhörer und soll es auch offen tun, ich stehe nicht als einer hier, der glaubt, wir könnten von heute auf morgen ohne Waffen leben, aber wir wissen, daß, wenn der Wahnsinn so weiter geht wie bisher, wir uns erdrosseln ... Ich wiederhole, in beiden deutschen Staaten müssen wir lernen nein zu sagen zu einseitigen Lasten und Risiken, und ich gehe noch einen Schritt weiter und sage auch ganz ungeschützt, das halte ich für einen redlichen Patriotismus und für die Erfüllung des Amtseides jedes Bundeskanzlers und jedes Bundesministers, der Schaden abwenden soll von seinem Volke ... Ich erkläre offen als einer, der ganz genau weiß, daß es leichter ist für mich, zu einer solchen Sache zu reden, als für einen, der etwa in der unmittelbaren Verantwortung steht, also etwa dem Bundeskanzler, der ja doch geübt ist, in vielen Fällen steifen Rücken vorzuführen, den wollen wir ja gar nicht umbringen, ich jedenfalls nicht, dem wollen wir helfen, der soll doch sagen können, dieses Volk läßt nicht mehr alles mit sich machen, was andere über dieses Volk beschließen ...“

H. Düwel, Mitglied der IG Metall Bezirksleitung Hannover, Bergen-Belsen 1.9.:

„Welches Interesse, Kolleginnen und Kollegen, kann der

Osten an einem Krieg haben? Offensichtlich gibt es viele, die vergessen haben, daß diese Länder des Ostens die größten Opfer des zweiten Weltkrieges bringen mußten, daß die UdSSR 22 Millionen Tote zu beklagen hatte. 50000 allein davon ruhen auf diesem Platz ... Wettrüsten und Entspannungspolitik können auf Dauer nicht nebeneinander existieren, das schließt sich einfach gegenseitig aus. Immer wieder werden Regierungen, Gewerkschaften, ja ganze Völker erpreßt unter dem Motto ‚Wollt ihr Rüstung oder Arbeitslosigkeit‘ ... Immer wieder wird aber öffentlich behauptet, die Rüstungsproduktion sichere Arbeitsplätze, und die militärische Forschung sei ein Motor des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Im Gegensatz zu dieser Propaganda ist die Zahl der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie in den 60er Jahren um ein Drittel auf rund 200000 gesunken. Bei Krauss-Maffei, einem der größten Rüstungsproduzenten der Bundesrepublik, wurden in den letzten zehn Jahren über die Hälfte der Belegschaft entlassen, trotzdem hat sich der Umsatz verdreifacht. Übrigens kostet jeder Arbeitsplatz in der Rüstung doppelt soviel an Investitionen, wie es im zivilen Bereich der Fall ist ... Unsere Forderungen müssen deshalb heißen: Keine neuen Mittelstreckenraketen in Europa. Sofortige Einstellung des Wettrüstens. Sofortige Verhandlungen über kontrollierte Abrüstung und Truppenabbau in Europa. Schrittweise Reduzierung der Rüstungsausgaben um jährlich 10%. Ächtung der Neutronenbombe und Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa ...“

H. Schmedemann, Vorsitzender des Bezirksjugendausschusses der ÖTV, Hamburg 1.9.:

„Zur Zeit ist es besonders die geplante Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und in Europa, die uns betroffen macht. Ich kann nicht beschreiben, was ich empfunden habe, als der Beschluß des US-Präsidenten zum Bau der Neutronenbombe bekannt wurde ... Die Logik der Militärs

und der Rüstungspolitiker sieht so aus: man muß aus einer Position der Stärke verhandeln ... Erst muß aufgerüstet werden, hinterher kann man darüber verhandeln und kann abgerüstet werden. Diese Taktik ist falsch. Noch nie hat es so viele Waffen gegeben. Noch nie wurde so viel Geld für Rüstung verschwendet. Jeder Panzer, jedes Flugzeug, jede Rakete wird auf unsere Kosten gebaut. Finanziert werden die Waffen von unseren Steuern. Produziert werden sie von Arbeitnehmern in der Industrie. Und dieselben Arbeitnehmer, die die Waffen bauen müssen, bekommen beim Militär im Ernstfall den Befehl, diese Waffen gegen Kollegen in anderen Ländern einzusetzen ... Es gibt nur eine Möglichkeit, um aus der Rüstungsschraube des Schreckens herauszukommen: es müssen sofortige Verhandlungen geführt werden ... Der Kampf für den Frieden muß weitergehen in Gesprächen mit Verwandten und Freunden, mit Arbeitskollegen und Schulkameraden, in Gesprächen mit Parteien und Abgeordneten. Gerade sie, die Parteien und Abgeordneten, sie suchen doch immer den Dialog mit der Jugend. Sie sollen ihn haben. Aber wir wollen auch Taten sehen ...“

H.O. Vetter, DGB-Vorsitzender, Düsseldorf 1.9.:

„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Bundesrepublik gehört zum nordatlantischen Bündnis. Und es besteht auch kein Zweifel daran, daß insbesondere die militärische Präsenz der 230000 Amerikaner hier bei uns ganz wesentlich zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit in Europa beigetragen hat. Wenn ich dies so klar und deutlich sage, dann muß ich allerdings – wie unter Freunden üblich – auch Kritik anmelden und vor Fehlentwicklungen warnen. Genauso wenig, wie wir wollen, daß ganz Europa ein Anhängsel des sowjetischen Imperiums wird, genauso wenig wollen wir, daß Europa Züge einer Kolonie der westlichen Vormacht erhält. Das ist kein Anti-Amerikanismus, das hat nichts mit Neutralismus zu tun. In der Tat ist Neutralität für ein Land in unserer Lage heute keine realistische Alternative ... Schon als wirtschaftlich stärkstes Land wird uns kein Nachbar aus der Pflicht entlassen, die politische Last Europas mitzutragen. So gesehen sind wir aber auch berechtigt und verpflichtet, in beide

Richtungen unseren europäischen Standpunkt einzubringen ...“

Karl Wegener, IGM-Vertrauensmann, Bad Salzdetfurth 1.9.:

„Ich spreche heute im Auftrag des Vorbereitungskomitees zu euch. Man hat mich auserkoren, weil ich den 2. Weltkrieg selbst miterlebt habe – hier im örtlichen Widerstand beim Kaliwerk und anschließend an der französischen Front, dann im KZ. Vor dem 1. Weltkrieg gab es in Deutschland energischen Widerstand gegen den Krieg, ebenso vor dem 2. Weltkrieg, den die Faschisten anzettelten und der über 50 Millionen Menschenleben kostete. Ich will mir nicht anmaßen, die genauen Ursachen des gescheiterten Widerstands genau angeben zu können. Ich weiß nur soviel, daß die Hauptursache die Uneinigkeit und Gespaltenheit der Arbeiterbewegung war ... Nach dem Ende des Krieges, nach dem Währungsreformbeschluß versuchten wir Arbeiter, die Produktion in Gang zu bringen, und wir haben sie fast überall in Gang gebracht. Wir wollten eine neue Gesellschaftsform, in der Krieg und Ausbeutung ein für allemal beseitigt sind. Die Adenauer-Regierung und die Besatzungstruppen haben dem einen Strich durch die Rechnung gemacht. Trotzdem ging der Widerstand gegen Remilitarisierung und gegen reaktionäre Gesetze weiter. Leider ist es nicht gelungen, die Aufstellung einer neuen Armee zu verhindern ... Meiner Meinung nach kann Krieg nur verhindert werden, wenn die Menschen in den einzelnen Staaten bei sich zuerst versuchen, den Frieden zu sichern und den Krieg zu verhindern. Das wird schwer sein, denn auch wir müssen hier bei uns zuerst mit der Friedenssicherung auf breiter Basis beginnen. Wir müssen dafür sorgen, daß weniger Gelder in die Rüstung gesteckt werden, daß soziale Leistungen nicht abgebaut werden. Wir müssen den Waffenexport unterbinden und sein Verbot verlangen. Der NATO-Doppelbeschluß muß von der Bundesregierung zurückgenommen werden, die Militärjunta der Türkei darf nicht weiter gestützt werden, und schon lange nicht darf es zu einer Wehrpflicht für Frauen in der Bundesrepublik kommen ...“

(Wiedergabe nach eigenen Aufzeichnungen, d.Red.)

Spanien: Kampagne gegen NATO-Eintritt

Am Gängelband der Sozialistischen Internationale war die sozialdemokratische spanische PSOE von der Forderung eines Referendums gegen den NATO-Eintritt Spaniens in den letzten Monaten abgerückt. Unter dem Druck wachsender Gegnerschaft gegen den NATO-Eintritt in der Gewerkschaftsbewegung, regionaler Demonstrationen gegen Landenteignungen für US-Stützpunkte und zunehmender Kritik der örtlichen Parteigremien, hat sich die Führung der PSOE zu öffentlichen Maßnahmen entschlossen. Am 1. September hat sie den Beginn einer Informationskampagne gegen den NATO-Beitritt bekannt gegeben und erklärt, gemeinsame Aktionen mit der kommunistischen PCE gäbe es nicht. Ein Referendum wurde nicht gefordert. Kurz darauf hat sich das Madrider Parteikomitee der PCE an die PSOE sowie die Gewerkschaften UGT und Comisiones Obreras mit dem Vorschlag „gemeinsamer Massenaktionen“ und der Durchführung eines Referendums gegen den NATO-Eintritt gewendet. Für das Referendum sind 500.000 Unterschriften erforderlich. Sollte es doch zu einer Ein-

Kampuchea: Koalition im Widerstand

„Auf das Bemühen, eine Koalitionsregierung zu bilden“ zum Kampf gegen die vietnamesische Besetzung, einigten sich am 4.9. in Singapur Khieu Samphan als Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, Prinz Sihanouk, das frühere kampucheanische Staatsoberhaupt, und Son Sann, bis 1967 kampucheanischer Premier und heute Chef der kleinen antikommunistischen Widerstandsgruppe KPNLF. Eine gemeinsame Kommission soll die offenen Fragen wie die Bildung eines militärischen Oberkommandos und die Bildung der Koalitionsregierung



klären. Khieu Samphan hat nach Presseberichten Sihanouk als Staatsoberhaupt und Son Sann als Ministerpräsident der Koalitionsregierung vorgeschlagen. Vereinbart wurde auch, daß „die antivietnamesi-

schen Kräfte alle Zusammenstöße untereinander vermeiden“ sollen. – Das Zustandekommen dieser Absichtserklärung ist Ergebnis der militärischen Erfolge des Demokratischen Kampuchea, dessen Kämpfer inzwischen die Verbindungen nach Westkampuchea kontrollieren. Vor allem international stärkt die Vereinbarung die Position des Demokratischen Kampuchea, u.a. in der kommenden UNO-Vollversammlung. Spenden für den bewaffneten Kampf des Demokratischen Kampuchea an: M. Ok Sakun, Kto-Nr. C4-102 308-1, Schweizer Bankgesellschaft, Agence Cornavin, Genf. Stichwort: soutien au peuple du Kampuchea.

gung zwischen PSOE und PCE und zur Durchführung einer Volksabstimmung gegen die NATO kommen, so haben reaktionäre Publizisten schon eine Verteidigungslinie aufgebaut: über so wichtige Fragen wie den NATO-Beitritt könne eigentlich gar nicht in einem Referendum entschieden werden.

Streik von Ölarbeitern in der Nordsee

Am 24.8. traten 150 Arbeiter auf den Ölfeldern Ekofisk, Frigg und Stratfjord für Lohnerhöhungen von 13.000 Nkr.

im Jahr (ca. 436 DM im Monat) in den Streik. Das norwegische Kabinett entschied auf einer sofortigen Sondersitzung, die Arbeiter müßten sich einem Zwangsschlichtungsverfahren unterwerfen. Andernfalls könnten sie für die Produktionsausfälle in Höhe von täglich über 20 Mio. DM haftbar gemacht werden. Daraufhin brachen 120 Arbeiter auf den Feldern Ekofisk und Frigg den Streik ab. Am 27.8. beendeten auch die Arbeiter der Stratfjord-A-Plattform ihren Streik, nachdem die Mobil-Ölkapitalisten ihnen zugesagt

hatten, für die Streiktage den Lohn weiterzuzahlen. Das Schlichtungsergebnis ist noch nicht bekannt.

USA: Rentner müssen weiterarbeiten

Eine wachsende Zahl von Arbeitern sieht sich gezwungen, über die Altersgrenze von 65 Jahren hinaus zu arbeiten. Die Zuwachsrate der Rentenzugänge hat in den letzten Jahren beständig abgenommen. Betrug die Zuwachsrate im Zeitraum 1972–74 noch 8,4%, ist sie 1978–80 auf 2,7% gefallen. Im Gegensatz dazu ist aber die Zahl der über 65-jährigen bis 1981 auf 25,5 Mio. angestiegen, um 28% mehr als 1971. Seit Jahren sind die Lohnsteigerungen und die darauf berechneten Renten unter der Inflationsrate geblieben. Die Renten reichen nicht, die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu zahlen.

Australien: 56 DM pro Woche mehr!

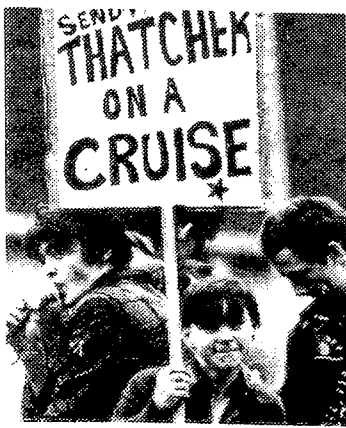
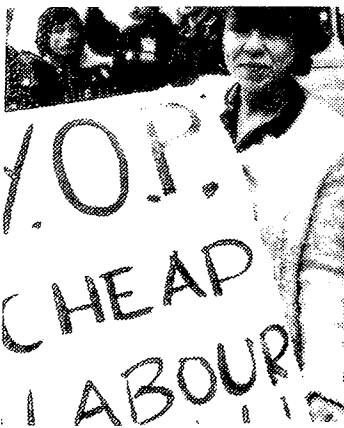
Zum zweiten Mal hat die Schlichtungskommission die Lohnerhöhung für die 120.000 Transportarbeiter abgelehnt, deren Streik im Juli und August die Nahrungsmittel- und Ölversorgung ganzer Städte unterbrochen hatte. Die Regierung will verhindern, daß die von den Transportkapitalisten gezahlte Erhöhung von 56 DM/Woche auf alle Gewerke ausgedehnt wird, wofür der Gewerkschaftsverband ACTU streiken will. – Mindestens 80 Schiffe hat ein Hafenarbeiterstreik in New South Wales für Lohnerhöhungen und gegen Billigflaggen stillgelegt.

Gewerkschaften gegen Jugend-Hungerlöhne

Mit einer Kundgebung im nordenglischen Newcastle protestierten britische Gewerkschaften am 28. August gegen die unhaltbaren Zustände in der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme „Youth Opportunities Programme“ („Chancen für die Jugend“). „Y.O.P. – billigste Arbeitskräfte“, heißt es auf dem Plakat der Demonstranten. Die Jugendlichen erhalten für eine normale 40-

Stunden-Woche ganze 23,50 Pfund die Woche (das sind weniger als 500 DM im Monat) und müssen davon auch noch die ersten 80 DM ihrer Fahrtkosten im Monat selbst bezahlen. Beschäftigt werden sie bei Kapitalisten, die einen Teil des Lohns erstattet bekommen, das ganze soll ja der „Erfahrungssammlung“ dienen. „Es gibt ganz verschiedene YOP-Programme, manche sind gut

und vermitteln viele Erfahrungen und Ausbildung, aber andere sind ganz einfach Einsatz billigster Arbeitskräfte“, sagte Tom Sawyer von der Gewerkschaft NUPE (Öffentlicher Dienst). Allein in Nordengland sind z.Zt. mehr als 21.000 Jugendliche in YOP-Programmen beschäftigt, und viele von ihnen ersetzen bereits – gerade in kleinen Firmen – entlassene vollbezahlte Arbeiter. – Bei fallenden Mitgliederzahlen (in einem Jahr verloren die britischen Gewerkschaften etwa eine Mio. ihrer 12 Mio. Mitglieder) organisierte die Gewerkschaftsjugend verstärkt unter Arbeitslosen und Jugendlichen in den YOPs. In Newcastle allein wurden im Juli 50 Arbeiter aus den YOPs in die NUPE aufgenommen. Die Gewerkschaftsjugend wird auch zum wichtigen Bestandteil der Anti-Kriegsbewegung in Großbritannien. „Schickt Thatcher auf eine Cruise“ (eigentlich Kreuzfahrt, aber auch Cruise Missile), heißt es auf dem Transparent.



Namibia

Angola-Überfall zeigt SWAPO's Stärke in Namibia

Die Südafrika-Korrespondentin der britischen Zeitung „Daily Telegraph“ gab am 30. Juli einen selten offenen Kriegsbericht aus Namibia. „Ein Besuch in dem abgelegenen Außenposten Opuwo, ... ein Verwaltungszentrum für die dünnbesiedelte Provinz Kaokoland, vermittelt den Eindruck einer belagerten Garnisonsstadt. Opuwo und seine 8000 Einwohner leben hinter hohen Zäunen, und keine der 30 weißen Familien verläßt je die Umzäunung, es sei denn sie fliegen in den Dakota-Flugzeugen oder mit dem minengeschützten Buffalo-Fahrzeugen ... Dreimal in der Woche verlassen Konvois die Polizeiaußenstelle Werde, 125 Meilen südlich von Opuwo. Lebensmittel-LKWs, Tankwagen mit Benzin und minengeschützte Fahrzeuge mit Polizisten in Tarnkleidung und mit Ge-

Guerillas der Volksbefreiungsarmee PLAN leichter operieren können und näher an ihrem Hinterland Angola sind, sondern zunehmend auch im Süden und in den mittleren Teilen des Landes. Die SWAPO hat dabei Fehler in der Militärstrategie korrigiert. Vor allem unter dem Einfluß sowjetischer Berater gab es vor einigen Jahren eine Phase im Befreiungskampf, in der die SWAPO vor allem fast konventionell Angriffe mit massierten Truppen z.B. auf Festungen des Feindes durchzuführen suchte. Inzwischen ist die Überfall-Taktik und die Arbeit in kleinen Kampfgruppen, entsprechend der Guerilla-Natur des Krieges, wieder vorherrschend.

„Wir, die Streitkräfte, haben eine Lösung,“ erklärte General Charles Lloyd von den Kolonialtruppen am



Massengrab nach Südafrikas Überfall auf das Flüchtlingslager Kassinga in Angola, 1978

wehrgranaten bilden den Konvoi ... Nach Angaben regelmäßiger Fahrer warten die Guerillas auf die Konvois ... Wenn der Konvoi in einer alles umhüllenden Staubwolke vorbeikommt, rennen die Guerillas zwischen die Fahrzeuge und werfen die Minen. Manchmal finden die Minen mehr als sechsmal im Monat ihre Ziele.“

Die südafrikanische Regierung unterhält mehr als 60000 Soldaten in Namibia, aber sie kann den weißen Siedlern die Sicherheit gegen Angriffe der SWAPO-Guerillas nicht mehr garantieren – und dies nicht nur in den nördlichen Gebieten, den „Stammesgebieten“ oder Reservaten, wo die

18. Juli, „und das ist die Ausrottung des SWAPO-Kämpfers.“ Statt dem individuellen Guerilla hinterherzulaufen, werde man „den Ameisenhaufen in Angola ausräuchern.“

Die Angriffe des südafrikanischen Siedlerregimes auf Städte und Straßen in Angola, die Bombardierungen und Zerstörungen von Xangongo und Chibemba mehr als 150 km nördlich der Grenze zu Namibia, dienen dem Zweck, Angolas Unterstützung für die SWAPO zu schwächen und die Nachschublinien der Guerillas zu stören. Daß die großartigen „Erfolge“ dabei vor allem in Angriffen auf Flüchtlingslager und dem Massenmord an Flücht-

lingen, der Bombardierung von Wohnhäusern und der Zerstörung von Straßen und Brücken bestehen, ist aus den Überfällen der letzten Monate und Jahre bekannt. Die Überfälle sind – indirekt – ein Eingeständnis, daß die Guerillas in Namibia erfolgreich sind, daß die Südafrikanischen Truppen den Krieg dort nicht gewinnen können.

Die US-Imperialisten geben dem Regime in Pretoria diplomatische Rückendeckung für seine Aggression. Als einziges Land stimmten die USA im Weltsicherheitsrat gegen die Verurteilung Südafrikas für die Überfälle. Chester Crocker, stellvertretender Staatssekretär und zuständig für Afrika im US-Außenministerium, hielt letzte Woche (am 31.8.) eine Grundsatzrede über die Rolle der USA in Südafrika. „Die USA haben keinerlei Absicht oder auch nur ein Mandat, als der Polizist Afrikas zu handeln. Aber niemand soll das mißverstehen. Dieses Land wird nicht zögern, seine ihm zukommende Rolle in der Förderung des Wohlergehens seiner Freunde und im Widerstand gegen die, deren Ziele ihm entgegenstehen, zu spielen.“ Was diese „Freunde“ sind, darüber läßt Crocker keine Zweifel: „Die USA wollen eine konstruktivere Beziehung zu Südafrika aufbauen, eine Beziehung auf der Grundlage gemeinsamer Interessen, Überzeugungen und verbesserter Kommunikation.“

Halbherzig verurteilen die anderen westlichen imperialistischen Mächte die Überfälle, um sie hintenrum zu verharmlosen oder gar mit der Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola zu rechtfertigen. Die offene Unterstützung der US-Imperialisten aber teilen sie nicht, sie sehen ihre Versuche, die SWAPO doch noch in eine Koalition mit der „Turnhallenallianz“ zu zwingen, gefährdet. Die französische Regierung erklärte auch nach der Sitzung des Weltsicherheitsrates, die „Kontaktgruppe“ der fünf Mächte USA, Kanada, Frankreich, BRD und Großbritannien sei „praktisch tot“.

Westsahara

Kaum Chancen für OAU-Friedensplan

Am 20. Mai 1973 startete das Volk der Westsahara in seinem Kampf für nationale Unabhängigkeit den ersten bewaffneten Angriff auf die spanischen Kolonialisten. Im Frühjahr 1976 konnte die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) proklamiert werden. Bis heute jedoch ist sie nur Souverän eines Teils ihres Territoriums. Ma-

rokanische Truppen halten seit 1975 den Norden und einen Streifen im Süden des nordafrikanischen Landes besetzt. V.a. die großen Phosphatvorkommen bei Bou-Craa trieben Hassan II, die „Saharaprovinsen“ als Teil des „Mutterlandes“ zu vereinnahmen.

Die enorm hohen Kriegskosten – zu denen ja nicht nur die Summen zum Unterhalt der 120000-Mann-Armee, sondern auch die Verluste aufgrund der vorläufigen Einstellung der Phosphatförderung zählen – trugen jedoch erheblich zur Erschütterung seiner politischen Herrschaft bei. Im blutig niedergeschlagenen Generalstreik vom 20. Juni dieses Jahres griff die marokkanische Arbeiterbewegung auch das Vorhaben an, die Zinszahlung für 7 Mrd. \$ Schulden bei den imperialistischen Gläubigern und Waffenlieferanten über weitere Plünderung der Volksmassen zu organisieren. Und seit den großen Studentenstreiks im Februar 1980 sehen sich Hassan II und die ihn stützenden Bourgeois mit Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht für die Saharais und Abzug der marokkanischen Truppen konfrontiert.

Solchermaßen unter Druck stimmen sie im Juni erstmals Verhandlungen über die Westsahara zu. Jetzt hat ein Ausschuss der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) einen Lösungsvorschlag unterbreitet. Dieser sieht ein Referendum über die Unabhängigkeit vor, das von „einer unparteiischen Übergangsverwaltung“ organisiert und durch eine „UN-Friedenstruppe“ gewährleistet wird. Ca. 230000 Saharais, auch die Bewohner der Flüchtlingslager, sollen an der Wahl teilnehmen. Bestehende marokkanische Verwaltungsstrukturen können bis dahin bestehen bleiben, die marokkanische Armee bleibt auf dem Territorium der Westsahara und wird lediglich in die Kasernen zurückgezogen. Ab sofort tritt ein Waffenstillstand in Kraft.

Hassan hat in einer ersten Stellungnahme die Organisation des Referendums durch Marokko verlangt, Übergangsverwaltung und „Friedenstruppe“ abgelehnt und direkte Verhandlungen mit der DARS verweigert. Truppenverstärkungen, der Baubeginn weiterer Befestigungsanlagen sowie verstärkte Umsiedlung aus dem Süden Marokkos in die nördlichen Gebiete der Westsahara deuten darauf hin, daß getarnt durch „Verhandlungen“ Bedingungen geschaffen werden sollen, die bewirken, daß eine eventuelle spätere Abstimmung „die Bestätigung der Rückkehr der Saharaprovinsen zum Mutterland beinhaltet.“ (Hassan am 20.8.) Die DARS hat mit erneuten Angriffen auf marokkanische Garnisonen geantwortet.

Südostasien

KPs ändern Taktik im Befreiungskampf

Angeblich sind vorerst gescheitert Kontakte zwischen der KP Thailands und der Militärregierung. Die KP Thailands, die mit ihren Guerillakämpfern ausgedehnte Gebiete im Nordosten und Süden kontrolliert und gegenwärtig ihren Einfluß in den Städten ausbaut, hatte der Regierung einen Waffenstillstand und die Bildung einer patriotischen Front gegen den vietnamesischen Expansionismus vorgeschla-



Kämpfer der KP Thailands haben eine Eisenbahnbrücke im Süden Thailands gesprengt. Eine Woche später, im August, war die Bahnstrecke erneut unterbrochen.

gen. Die Burmesische Kommunistische Partei BKP hat mit der Regierung Ne Win schon seit 1980 über Waffenstillstand und die Schaffung einer Einheitsfront verhandelt – bislang ohne Erfolg. Die BKP kontrolliert faktisch Burmas Ostprovinzen, die an China, Laos und Thailand grenzen, und hat nach Regierungsangaben die Stärke ihrer Truppen seit 1975 mehr als verdoppelt, auf 21500. In Malaysia ist mit Unterstützung der illegalen KP die Revolutionäre Malayische Nationalpartei gegründet worden, die alle fortschrittlichen Kräfte unter einem nationalrevolutionären und antihegemonistischen Programm sammeln soll. Die „Stimme der malayischen Revolution“ stellte ihre Sendungen aus Südwestchina am 31.7. ein, dafür nahm am nächsten Tag ein neuer Sender, die „Stimme der malayischen Demokratie“, aus befreiten Gebieten in Südthailand seine Sendungen auf mit Aufrufen zu einer Einheitsfront gegen die sowjetisch-vietnamesische Bedrohung. Die KP Malayas hat ihre Basen vornehmlich in den Grenzgebieten nach Thailand.

Die Schritte dieser verhältnismäßig großen Parteien, die der KP Chinas politisch verbunden sind, bedeuten nicht Aufgabe des bewaffneten Kampfes, der befreiten Gebiete und der Strategie der Einkreisung der Städte. Sie sind einerseits Antwort auf die Expansion Vietnams und der SU in Südostasien. So erklärte im Herbst 1980 ein Vertreter der von der KP Thailands geführten Einheitsfront, in der der vorausgegangene Bruch zwischen China und Vietnam zu heftigen ideologischen Erschütterungen geführt hatte, „daß die Hauptfeinde des thailändischen Volkes die US-Imperialisten und die reaktionäre Regierung in Bangkok sind. Aber zur gleichen Zeit hat die sowjetisch-vietnamesische Intervention sowie Vietnams militärischer und diplomatischer Druck auf Thailand unsere Gegnerschaft herausgefordert ...“ Auch die innere Stabilisierung dieser Regimes in den letzten Jahren machte eine politische Initiative der Parteien nötig, um die Städte, die Herrschaftsbasen der Regimes, zu gewinnen.

Die Politik der VR China, gegen die Bedrohung durch die SU und Vietnam die Beziehungen zu den Asean-Staaten und den USA weiter zu intensivieren, hat die Probleme der Parteien im Kampf gegen die reaktionären Regimes zusätzlich kompliziert. Der chinesische Premier Zhao Ziyang betonte Anfang August in Manila, die Beziehungen Chinas zu den KPs seien „nur politischer und moralischer Natur“. Er erklärte: „Wir haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, von der Geschichte hinterlassene Fragen zu lösen, damit sie nicht die Beziehungen zwischen China und den Asean-Ländern behindern.“ Damit ist wohl die Reduzierung der materiellen Hilfe für den Befreiungskampf – Ausnahme Kampuchea – sowie die Einstellung der Propaganda gegen die südostasiatischen Regimes gemeint.

Österreich

Größere Reservearmee durch EUMIG-Pleite

Im August gab es in Österreich 41261 Arbeitslose. Das ist eine Arbeitslosenrate von 1,4% – verglichen mit anderen westeuropäischen Ländern auffällig gering. Immerhin aber ist die Arbeitslosenzahl gegenüber August 1980 um knapp 40% gestiegen; und nicht aufgeführt werden in der Statistik die abgeschobenen ausländischen Arbeiter, deren Anteil an den Beschäftigten im Vergleichszeitraum um 5000 sank. Der größte Zuwachs an Arbeitslosen besteht in Nieder- und Oberösterreich, der Steiermark und Wien.

Gerade in diesen Regionen liegen die 4 Werke des Fotokonzerns EUMIG, der am 18.8. Konkurs anmeldete. EUMIG ist der weltgrößte Hersteller von Projektoren und hält einen Marktanteil von 23%. Bei der staatlichen Länderbank mit über 2,5 Mrd. Schilling verschuldet, wurde der Konzern Ende 1980 von dieser übernommen und nach wachsender Verschuldung jetzt zum Konkurs gezwungen. Am 15.9. sollen 3 der 4 Werke mit 3081 Beschäftigten stillgelegt werden. Das vierte Werk – die Tochtergesellschaft in Fohnsdorf in der Steiermark – mit 380 Beschäftigten soll vorerst in Betrieb bleiben. Im Werk Fürstenfeld wurden bereits zum 31.8. 150 der insgesamt 863 Beschäftigten entlassen; zum 1.9. wurden weitere 400 bis zum 15.9. „dienstfrei gestellt“.

Der Hauptanteil der von den Entlassungen Betroffenen sind Frauen. In Fürstenfeld machen sie z.B. 83% der Belegschaft aus. Sie sind überwiegend angelernt und durch die teilweise jahrzehntelange branchenspezifische Arbeit bei EUMIG schwer vermittelbar. Als Kündigungsentschädigung erhalten sie 2–3 Monatsgehälter, aber nur, wenn sie bis zum 15.9. selbst kündigen, um Lohn- und Abfertigungsansprüche erheben zu können. Ohnehin hat EUMIG z.T. die Juli- und August-Gehälter noch nicht gezahlt und steht mit 2 Mio. S Krankenversicherungsbeiträgen in der Kreide.

In Fürstenfeld steigt die Arbeitslosigkeit durch die EUMIG-Pleite von 0,8% auf 12% an. Nicht mitgerechnet sind die Folgeentlassungen, die in den Zulieferbetrieben weitere 700 Arbeiter betreffen. Das Arbeitsamt empfiehlt, sich entweder im Fremdenverkehrs-/Gastwirtschaftsgewerbe oder als Saisonarbeiter auf dem Bau zu verdingen, oder in die eh schon von Arbeitslosigkeit gezeichnete Textilindustrie Vorarlbergs abzuwandern oder sich in die „stille Arbeitsmarktreserve“ einzugliedern.

Auf einem „Krisengipfel“ am 24.8. mit Länderbank-Generaldirektor Vranitzky und Konkursverwalter Loebenstein hat Bundeskanzler Kreisky allen an der Übernahme einzelner Werke oder Werksteile interessierten Konzernen Förderung „über das bereits angekündigte Ausmaß hinaus“ (100000 S pro Arbeitsplatz, ERP-Kredite und Mittel aus der Arbeitsmarktverwaltung) zugesichert.

Insbesondere westdeutsche Konzerne bekunden Interesse, darunter Osram und Nixdorf. Siemens zeigt sich zurückhaltend, nachdem der staatliche Stahlkonzern VOEST durch eine eigene Mikroelektronik-Produktion das Siemens-Monopol ankratzt. Am interessiertesten an der Übernahme billiger Arbeitskräfte ist z.Z. Grundig, dessen Vorsitzender Hackel sich eigens

von Kreisky durch verschiedene Werke führen ließ, um die Farbfernsehproduktion in Österreich auszudehnen. Dies stößt aber auf den Widerstand der Belegschaften in der BRD, die seit Anfang 1980 um 2500 Beschäftigte reduziert wurden. Die Betriebsräte haben sich bei aller Unterstützung der österreichischen Arbeiter entschieden gegen eine Produktionsverlagerung ausgesprochen.

Brasilien Fortschritte der Arbeiterbewegung

Für den 1. Oktober kündigen die brasilianischen Gewerkschaften einen landesweiten Protesttag gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung an, bei Nichterfüllung ihrer Forderungen wollen sie zum Generalstreik aufrufen. Auf ihren dreitägigen Beratungen am 21.–23.8. hatten 50000 Gewerkschaftsdelegierte eine Gründungsversammlung für eine Einheitsgewerkschaft im kommenden Jahr beschlossen. Die Gewerkschaften wenden sich damit gegen die bisherige Organisation in isolierte Einzelgewerkschaften unter Kontrolle des Arbeitsministeriums, das selbst Gewerkschaftsführer absetzen kann. „Wenn es den brasilianischen Gewerkschaftsführern ... gelingen sollte, sich organisatorisch besser zusammenzufinden, könnte das Treffen vom Wochenende erhebliche Auswirkungen auf das Ergebnis (der Wahlen 1982) haben“, befürchtet die Frankfurter Allgemeine.

1979 hatte die Regierung die zwei im Parlament vertretenen Parteien aufgelöst, darunter der linksliberale MDB, um den sich die oppositionellen Kräfte gruppiert hatten. Neue Parteien sollten



Streik bei VW do Brasil im Mai 1980

„von oben“ und nur mit Unterstützung von mindestens 10% der Parlamentsabgeordneten gegründet werden können. Die Parteienbildung „von unten“ wurde mit schwierigsten Auflagen verbunden. Trotz dieser Auflagen riefen Mitglieder der Industrie- und Landarbeitergewerkschaften und linker Organisationen zur Gründung der PT, Partido dos Trabalhadores (Partei der Arbeiter), auf. Die PT befindet sich im Aufbau. Im 1980 erschienenen „Manifest“ erklärt die PT, daß aus den großen sozialen Kämpfen heraus die Notwendigkeit einer Partei erwachsen ist, die „wirklicher Ausdruck aller vom kapitalistischen System Ausgebeuteten“ werden soll. Die PT fordert, „daß das Volk entscheidet, was mit dem geschaffenen Reichtum und den natürlichen Bodenschätzen des Landes geschehen soll“ und wendet sich gegen „das nationale und internationale Kapital“ für die „nationale Unabhängigkeit des Landes“. Die PT kämpft für die „demokratische Kontrolle des Staates“ und für „eine egalitäre Gesellschaft ... , wo es weder Ausgebeutete noch Ausbeuter gibt.“

Derzeit findet der Berufungsprozeß gegen Metallarbeitergewerkschafter, darunter auch führende Vertreter der PT wie der Metallarbeiterführer „Lula“ aus Sao Paulo, wegen Aufrufs zum Automobilarbeiterstreik 1980 statt. Der Internationale Metallarbeiterbund (IMB) fordert die Aufhebung der Gefängnisurteile und schickt Vertreter zum Prozeß.

Kanada Trudeaus „Nationales Energieprogramm“

„Kanadisierung“ der Öl- und Erdgasförderung zu mindestens 50% bis 1990 – das ist der zentrale Programmpunkt der Regierung Trudeau. Fast 70% des in Öl angelegten Kapitals war bei Trudeaus Regierungsantritt letztes Jahr in Händen von US- und auch europäischen Kapitalisten; nur 28% der Profite aus der Ölindustrie konnten sich die kanadischen Kapitalisten aneignen. Mittlerweile haben kanadische Gesellschaften wie die staatliche Petro Canada und Dome Petroleum für vier Milliarden Dollar Ölkapital „kanadisiert“, durch Übernahme vor allem der belgischen Petrofina und der französischen Elf-Aquitaine. Weitere 5,3% der Ölprofite fließen damit künftig in kanadische Hand.

Das Geld für die Aufkäufe besorgt der staatlichen Petro Canada die kanadische Bundesregierung. Im März hat sie eine Verkaufssteuer beschlossen auf

Ölprodukte und Erdgas, die im Inland weiterverarbeitet werden. Für Öl beträgt diese Steuer 1,15 Dollar je Faß, für Gas 1 Cent je 2 Kubikmeter.

Einen Teil der Steuergelder wendet die Regierung auch dafür auf, den im Ölgeschäft tätigen Kapitalisten die Explorations- und Erschließungskosten zu ersetzen. Liegt die Ölquelle unter Wasser, beträgt der Bundeszuschuß bis zu 93% der Erschließungskosten. Die Höhe der Zuschüsse richtet sich danach, wieviel kanadisches Kapital beteiligt ist. Deshalb bilden die US-Ölmonopole teilweise Partnerschaften mit kanadischen Firmen, teilweise aber auch stoppen sie Entwicklungsvorhaben, um die kanadische Regierung unter Druck zu setzen. Exxon hat die Arbeit am Teersandprojekt Cold Lake in Alberta eingestellt. Das Projekt sollte ein Volumen von 12 Mrd. Dollar haben; die Kapitalisten in der Industrieprovinz Ontario hatten mit einem Auftragsvolumen von 5 Mrd. Dollar hierbei gerechnet.

Gegen das Energieprogramm Trudeaus operieren nicht nur die US-Imperialisten, auch die Provinzregierungen, insbesondere die von Alberta, wo 85% der kanadischen Öl- und Erdgasproduktion gefördert werden. Die Regierung von Alberta fordert Beibehaltung der Provinzhoheit über die Besteuerung von Bodenschätzen und ist gegen die Stärkung der Bundeskompetenz. Nach einer Pressemeldung hat sie sich Anfang September mit der Regierung Trudeau geeinigt – der Anteil des Bundes an Ölpreiserhöhungen, der bisher 10% betrug, soll erhöht werden, dafür will der Bund auf die Erhebung einer Exportsteuer für Erdgas verzichten. Ferner erwägt Trudeau eine Erhöhung der 8%igen Bundessteuer auf Öl- und Erdgasprofite.

Der kanadischen Arbeiterbewegung gelingt es nur in einzelnen Streikämpfen, die erhöhten Energie- und Lebenshaltungpreise durch Erhöhung des Preises für ihre Arbeitskraft auszugleichen. Die US-amerikanische Wochenzeitung „Business Week“ schrieb (3.8.81): „Das Wachstum der Durchschnittswochenlöhne dürfte dieses Jahr hinter der Inflationsrate zurückbleiben, wie das seit dem 2. Halbjahr 1977 der Fall ist.“ Die Inflationsrate wird derzeit mit 13% gegenüber dem Vorjahresmonat angegeben.

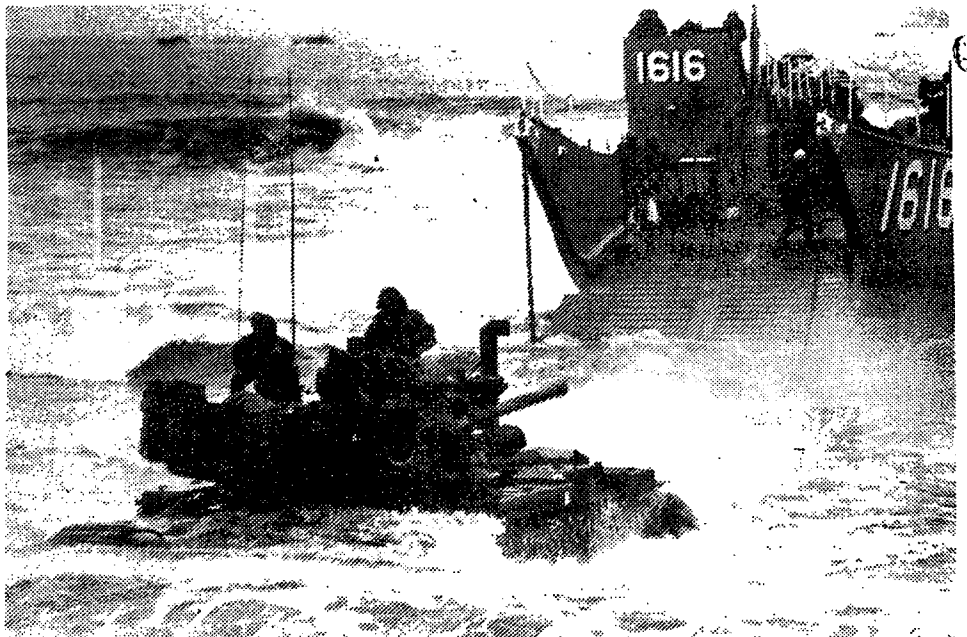
Die Taktik Trudeaus ist es, die Lohnkämpfe mit einem chauvinistischen Schaumteppich zu ersticken. In den Worten von „Business Week“ (17.8.): „Trudeau betrachtet die Energiepolitik als Mittel, den losen kanadischen Bund zu festigen und einen stärkeren Sinn für die nationale kanadische Identität zu schaffen.“ In zwei Nachwahlen hat Trudeaus Partei verloren.

US-Nahoststrategie

Zugang zum Öl durch Golfstützpunkte – Libyen Testfall für Kanonenbootpolitik

Nach der amerikanischen Flottenprovokation gegen Libyen am 19.8. hatten die USA zunächst behauptet, die US-Piloten hätten in Befolgung von Routine-Anweisungen „zurückgeschossen“. Reagan selbst zog am 20.9. folgende „Lehre“ aus dem Zwischenfall: „Freund und Feind“ müßten wissen, „daß Amerika Muskeln genug hat, um seinen Worten Nachdruck zu verleihen.“ Außenminister Haig stellte am 23.8. in einem Fernsehinterview klar, daß die Provokation von langer Hand und auf höchster Ebene geplant

„Foreign Affairs“, in der die US-Imperialisten ihre außenpolitische Strategie debattieren, hatte im Dezember einen Aufsatz über die „Zwecke amerikanischer Macht“ von einem Prof. Tucker veröffentlicht, den die Herausgeber als „der neuen Administration zumindest intellektuell verbunden“ vorstellen. Der Aufsatz, der in den USA eine lebhafte Debatte ausgelöst hat, handelt vom Nahen Osten. „Der Golf (bildet) den unverzichtbaren Schlüssel zur Verteidigung der amerikanischen Position in der Welt,



Landungsmanöver der Sechsten US-Flotte im Mittelmeer

war: „Der Präsident war sich dieser Lage (daß Libyen die tief ins Land einschneidende Syrte-Bucht als Territorialgewässer betrachtet) bewußt. Er hatte das Manöver persönlich gebilligt. Er hatte persönlich die Gefechtsregeln gebilligt, Standardregeln, die aber vom Präsidenten nachdrücklich bekräftigt worden waren.“ Wenige Tage zuvor hatte Reagan die Kampfflugzeuge für Israel freigegeben, deren Lieferung nach den zionistischen Bombenangriffen auf Bagdad und Beirut ausgesetzt worden war.

Innerhalb einer Woche hatte die Reagan-Regierung somit gleich zweimal demonstriert, daß sie mit dem Kanonenbootkurs gegen die Völker des Nahen Ostens, den intellektuelle US-Strategen schon vor Reagans Amtsübernahme abgesteckt hatten, blutigen Ernst machen will. Die Zeitschrift

wie er auch den unverzichtbaren Schlüssel bildet, ohne den die Sowjetunion weltweite Vorherrschaft nicht ernsthaft anstreben kann.“

Der „Zweck amerikanischer Macht“ am Golf sei, „den Zugang zu den Ölvorräten der Region zu sichern.“ Einen „Zugang“ zu den Bedingungen der US-Monopole, versteht sich. Solcher Zugang ist nun freilich fürs erste weniger durch die Sozialimperialisten als durch die Völker und Staaten am Golf selber „gefährdet“. „Die Verschiedenheit und Zweischlichtigkeit der Umstände, unter denen Gewalt angedroht oder eingesetzt werden mußte, wirft ... politische Dilemmas auf, insofern es nötig sein könnte, amerikanische Macht als Antwort auf die innere Politik eines Golfstaates zu gebrauchen.“ Dazu müßten große Landstützpunkte am Golf her. „Eine lebensfähige Strategie im Persi-

schen Golf muß also die Schaffung einer Struktur konventioneller Kräfte zum Ziel haben, die alle Eventualfälle außer einem entschlossenen russischen Angriff wirksam behandeln kann.“

Im Frühjahr reiste Haig nach Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien (sowie nach Israel), um die dortigen Regimes in einen „strategischen Konsens“ zur „Abwehr der sowjetischen Bedrohung“ einzuspannen. Er hatte wohl ein Bündnis mit den herrschenden Klassen dieser Länder gegen ihre Völker im Auge. Das Problem ist nun, daß diese herrschenden Klassen den früheren „freien Zugang“ der US-Ölkonzerne weder wiederherstellen wollen noch können. Ein allzu unverhohlenes Bündnis mit den US-Imperialisten könnte ihren Sturz beschleunigen, statt ihn zu verzögern. In Amman und Riad wollte sich niemand auf Haigs „Konsens“ einlassen. Auch Sadat, den die US-Imperialisten durch den Camp-David-Separatfrieden in der arabischen Welt isoliert und unter die Knote ihrer Banken gezwungen haben, will Stützpunkte nur zeitweise zur Nutzung überlassen. Die saudische und die jor-

danische Regierung erklärten, ihre Sicherheit sei nicht so sehr durch die Sowjetunion als vielmehr durch Israel bedroht. Sadat, unter dem Druck einer erstarkenden Oppositionsbewegung in Ägypten selbst, drängte bei seinem kürzlichen Besuch in Washington – vergeblich – auf Verhandlungen mit der PLO.

Tucker hatte in seinem Aufsatz von Zugeständnissen in der Palästinafrage ausdrücklich abgeraten: „Die Palästinafrage ist (nicht) der Schlüssel zu einer positiven Einstellung der Golfstaaten gegenüber einer westlichen Militärpräsenz auf ihrem Territorium. Der Schlüssel ist stattdessen eine Wiederherstellung amerikanischer Glaubwürdigkeit, die nicht von einem Amerika begünstigt wird, das in der Palästinafrage auf Israel Druck ausübt, um seine Stellung in der arabischen Welt zu verbessern. Wenn überhaupt, wird solcher Druck wahrscheinlich den gegenteiligen Effekt haben ...“ Jetzt soll die gewünschte „Glaubwürdigkeit“ also durch militärische Machtdemonstration gegenüber Libyen hergestellt werden.

Während jede revolutionäre Bewegung in der arabischen Welt unverhohlen mit US-Intervention bedroht wird, geben die USA der zionistischen Annexionspolitik ausdrücklich grünes Licht. Eine „Lösung“ des Palästinenserkonflikts, selbst unter US-Hegemonie, ist damit praktisch ausgeschlossen. Das ägyptische Regime wird so in eine immer prekärere Lage gedrängt. Die „Wiederherstellung der ägyptischen Souveränität über den Sinai“ hat sich bereits als Farce entpuppt: Das Sinai-Öl muß zu Vorzugsbedingungen an Israel geliefert werden, fast 2000 US-Soldaten werden dort stationiert. Bei Fortsetzung des jetzigen US-Kurses kann keine Verrenkung mehr weismachen, Camp David habe das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser auch nur einen Schritt näher gebracht. Entweder wird Sadat seine Politik radikal ändern müssen, oder sein Sturz ist nur noch eine Zeitfrage. So könnte sich Reagans „harte Linie“ als Bumerang erweisen. Denn gegen eine Revolution in Ägypten ist mit Interventionen weniger auszurichten als irgendwo sonst in der arabischen Welt.

PLO-Führer zur Lage im Nahen Osten

Abu Ijad: „Die Amerikaner haben den arabischen Staaten mitgeteilt, daß sie vor der dritten Phase des Rückzugs vom Sinai nicht zur Suche nach einer anderen Lösung als Camp David und der Durchführung von Camp David bereit sind. Daher legen sie Wert darauf, daß die Region ruhig bleibt. Die Logik, mit der (Reagans Sonderbotschafter) Philip Habib zu seinem ersten Besuch in die Region kam, war, die ‚Komplikation‘ eines Krieges zwischen Syrien und Israel auszuräumen. Dies, damit (im arabischen Bewußtsein, d. Red.) nicht die ‚sowjetische Gefahr‘, von der die Amerikaner behaupten, sie sei die Hauptgefahr in der Region, auf den dritten, vierten oder fünften Platz herabsinkt ... und die israelische Gefahr in den Vordergrund tritt.“

Der Hauptfaktor für den Erfolg unserer diplomatischen Tätigkeit ist unsere militärische Aktivität in den besetzten Gebieten. Und der zweite Faktor ist der Stärkegrad der arabischen Staaten gemessen an Israel. Wenn die arabische Position der Israels die Waage hält, ist das ein Faktor für unseren politisch-diplomatischen Erfolg, und umgekehrt. Was die militärische Aktivität in den besetzten Gebieten angeht, so gibt es dort keine Hindernisse, sondern nur große Schwierigkeiten. Trotzdem ist sie kontinuierlich, wenn man vom

Umfang unserer Aktionen absieht, der abgenommen hat ... Was nicht in unserer Hand liegt, ist die Frage der arabischen Solidarität und folglich die Frage des arabisch-israelischen Kräfteverhältnisses. Wenn Irak und Syrien Meinungsverschiedenheiten haben, führt das im arabisch-israelischen Gleichgewicht zu einer Zersplitterung (auf unserer Seite). Wenn Ägypten aus unserem Lager ausscheidet, zieht es damit arabische Ressourcen aus diesem Gleichgewicht ab. Daher sagte Genosse Abu Ammar (Arafat): ‚Wir versuchen, jenes Minimum an arabischer Solidarität zu erhalten, das sich infolge des israelischen Angriffs auf den irakischen Kernreaktor ergeben hat.‘ ... Israel ist nicht nur für die Palästinenser eine Gefahr. Es hält ganz Palästina vom Meer bis zum Strom (Jordan) besetzt. Wenn Ägyptens Herrscher den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag annullierten, kehrte Israel auf den Sinai zurück.“

Was hindert Israel, morgen zu tun, was Amerika sagt ... Israel ist die Schnelle Eingreiftruppe in der Region und ihr Vertreter dort. Es ist zur Intervention bereit, wenn es in irgendeinem arabischen Land einen Umsturz gibt. Es ist bereit, bei der Festsetzung des Ölpreises und der Fördermenge an die Stelle der OPEC zu treten. Und wenn einer seine Zustimmung verweigert, steigen israelische Flugzeuge auf ...“ (El-Hawadess, 24.7.81)

Abu Jihad, stellv. PLO-Oberkommandierender, zum saudischen 8-

Punkte-Plan: „Wir glauben, daß diese Initiative positiv und sehr wichtig ist, vor allem wegen der Stellungnahme gegenüber den USA, die wegen



Arabisches Öl. (aus der palästinensischen Zeitung El Fajr, Jerusalem)

ihrer Unterstützung des zionistischen Gebildes verurteilt werden. Und wir sagen, daß diese Stellungnahme zu einer einheitlichen arabischen Position entwickelt werden muß, zu einem allgemeinen arabischen Aufschrei gegen die amerikanische Protektion, in deren Schatten der zionistische Feind handelt.“ (El-Hawadess, 28.8.81)



Der lange Tod des Stuntman Cameron

Die Story vom zähen Einzelkämpfer, der sein Glück macht

Der ehemalige US-Vietnam-Soldat Cameron ist auf der Flucht vor der Polizei. Er soll ins Gefängnis, weil er seinen ehemaligen Geschäftspartner, der ihm während des Krieges die Freundin ausgespannt und ihn aus dem kleinen Krämerladen ausgebootet hat, bedroht und den Laden kaputtgeschlagen hat. Zufällig beobachtet der Regisseur Eli Cross den letzten Teil seiner Flucht. Und als Cameron etwas später auf das Gelände gerät, auf dem Eli Cross einen Kriegsfilm zum ersten Weltkrieg dreht, wird er als Ersatz für den gerade umgekommenen Stuntman Bert engagiert. Der Regisseur setzt ihn in mörderischen Double-Szenen ein, läßt ihn ca. 8 m von Haus zu Haus springen, auf den Tragflächen eines fliegenden Flugzeuges tanzen usw. Leider erfährt man nicht, wie die gefährliche Arbeit der Stuntmen beim Film aussieht, was sie können müssen, welche Techniken sie benutzen. Das wird nur am Rande gestreift und auch abqualifiziert, „natürlich“ hängt man am Seil, wenn man sich ein Häuserdach herunterstürzen muß.

Cameron verliebt sich in die Hauptdarstellerin des Films, in Nina Franklin, die zwar nicht sofort bereit ist, sich mit ihm zusammenzutun, aber nach einigem Hin und Her erklärt, daß sie einen Orgasmus kriegt,

wenn sie sieht, wie er auf der Tragfläche des Flugzeuges tanzt. Der Regisseur nutzt kräftig aus, daß Cameron von der Polizei gesucht wird und treibt ihn in immer mörderischere Stunts. Und Cameron, der erwartet, daß er von der Polizei geschnappt wird, sobald er seinen Unterschlupf bei den Filmleuten verläßt, macht alles mit. Hervorgehoben wird, daß er ja im Vietnamkrieg gelernt hat, der Gefahr ins Auge zu sehen, deshalb könne er durch Mut die Arbeit schaffen, die ein Stuntman erst nach langem Training kann.

Aber nach einiger Zeit wird es selbst Cameron schwummrig. Er befürchtet, daß Cross sein Leben bewußt aufs Spiel setzt, um so bessere, „lebensnahe“ Aufnahmen zu bekommen. Als er als Double die Unterwasser-Szene spielen soll, bei der sein Vorgänger Bert unter ungeklärten, vertuschten Umständen ums Leben gekommen ist, beschließt er, mit Nina Franklin zu fliehen. Sie soll sich im Rolls Royce verstecken, in dem Cameron den Unterwasser-Stunt machen soll. Cameron will, statt mit dem Rolls Royce ins Wasser zu fahren, ihn als Fluchtwagen benutzen. Aber der Regisseur ahnt seine Fluchtpläne und der Wagen wird durch Fernsteuerung in den Fluß gelenkt. Ca-

meron gelingt es, sich filmplangemäß aus dem Auto zu befreien und sich ans Ufer des Flusses zu retten. Nina war zwar nicht im Kofferraum, will ihn aber gerade jetzt, wo er die letzte Mutprobe bestanden hat, auch wirklich nehmen. Alle beglückwünschen ihn und er kann für seine Stunts einen ordentlichen Preis aushandeln. Und zum Schluß fährt ihn sogar der Polizeichef, der ihn ganz dringlich einbuchen wollte, in die Stadt. Er weiß zwar nicht, daß Cameron der gesuchte Verbrecher ist, aber das spielt keine Rolle mehr, denn der hat sein Glück gemacht.

Ein Teil der Spannung in dem eher langweiligen Film entsteht durch den billigen Trick, daß man aufgrund des Titels „Der lange Tod des Stuntman Cameron“ erwartet, daß der Regisseur Cross tatsächlich die Absicht verfolgt, den Stuntman bei den Dreharbeiten mutwillig sterben zu lassen, um einen guten Schuß mit der Kamera zu bekommen. Man weiß nie genau, ob der Regisseur nicht einfach ein Verrückter ist, oder ob Cameron durch den Vietnamkrieg so zerstört ist, daß er dauernd das Gefühl hat, daß er umgebracht werden soll. Aber als Einzelkämpfer, der sich durchschlägt, macht er sein Glück.

Kriegsroman: Helden und Männer

Hans Blickendörfers Kriegsroman „Die Söhne des Krieges“ berichtet über Ereignisse aus dem 2. Weltkrieg. Die Charakterzüge der Männer und Soldaten beeinflussen Hergang und Geschehen. Nicht die Auswirkungen des Krieges beschreibt der Autor, sie sind nur Kulisse. Der Soldat Trenkel hat Mitleid und hilft, Feldwebel Holtmann ist brutal und selbstsüchtig. Hitler und Stalin sind Schweine. Wenn der Autor historische Begebenheiten anspricht, stimmen sie nicht, denn nicht der „gefrorene Morast“ vor Moskau wurde der deutschen Armee zum Verhängnis, sondern der mutige und gerechte Krieg der Sowjetunion. Die Charaktergegensätze zwischen Gut und Böse entwickeln sich in einer erstaunlichen Anzahl merkwürdiger Vorkommnisse. Zwar sind die einzelnen Begebenheiten denkbar, aber in der Handlung des Romans zu einer gewaltsamen Verkettung gepreßt.

Als der Autor mit seinen Hauptpersonen dreißig Jahre überspringt und die heutige Situation darstellt, wird der Handlungsablauf vollständig undurchsichtig, unwahrscheinlich und quälend für den Leser. Der brutale Holtmann hat sich nicht geändert, er ist nur älter, fetter und ekelregenender. Anders Trenkel, der so vielen hilft und auch jetzt wieder wie ein Mann handelt und anderen zeigt, wie ein Mann sein soll.

Hans Blickendörfer, Die Söhne des Krieges, Heyne-Verlag, Taschenbuch Nr. 680, 6,80 DM

Science fiction: „Der große Ölkrieg“

„Der große Ölkrieg“ ist ein Sammelband zum Thema Öl, Energie, Rohstoffreserven. Die meisten der Kurzgeschichten sind bei westdeutschen Autoren bestellt worden, ein Unternehmen zur Förderung der deutschsprachigen Science-Fiction-Literatur. Die Autoren spielen, nimmt man das Buch als Komposition, Möglichkeiten durch, wie die unterdrückten Klassen sich gegenüber einer sie terrorisierenden herrschenden Klasse verhalten können.

Probleme werden bearbeitet, die viele aus der Generation der Studentenbewegung der sechziger Jahre bewegen:

Unterwerfung unter das herrschende System, Aufgabe von Zielen, die man sich gesteckt hatte, Flucht ins private Verhältnis, Anarchismus oder Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes?

Mehrere Geschichten erwecken eine düstere Art von Hoffnung, daß Lebewesen in der Lage sind, trotz Atomschlag zu überleben und ihren Organismus an Bedingungen, die nach aller Kenntnis lebensfeindlich sind, anzupassen. Es gibt mutierte Krüppel, die sich von Radioaktivität ernähren. Diese „Wilden“ sind in der Lage, eine neue Klasse von Rohstoffräubern, die ihre Existenz bedroht, umzubringen und in den Urwald zu entkommen.

Die Anpassung des Lebens ist auch Thema der Geschichte vom Marathon, einem kaum noch organischen Tier, das von Metallen lebt in ökologischem Zusammenhang mit Flechten, die sich in metallhaltige Kugeln umwandeln. Der Marathon ist bedroht durch den Abbau der Metalle für die Rüstungsproduktion. Aber seine „Natur“ überlistet die Herrenmenschen, die der Parole „Der Krieg geht weiter“ frönen. Er stirbt, aber er hat ein Ei produziert, aus dem sich seine Art von Leben fortsetzen wird.

Der Reiz der Geschichte wird teilweise vergällt durch Perversitäten und Schwachsinn über die Weltherrschaft der Ölscheichs. Immerhin werfen einige die Frage auf, wie es sein wird, wenn Bundesdeutsche Krieg um die Rohstoffe führen und ergreifen Partei gegen diesen Krieg.

H.J. Alpers (Hrsg.), Der große Ölkrieg, Moewig Verlag, München 1981, 7,80 DM

Eine Lanze für die Kolonialisten

„Nur die Deutschen im fernen Afrika, die im Freundeskreis den Großen Zapfenstreich hören und dabei ganz still sind, werden zu Teufeln des Revanchismus. Der Deutsche – das unsterbliche Feindbild“. Hier eine Lanze zu brechen, ist Konsaliks neuester Wälzer auf den Markt gebracht worden.

Ein junger sozialdemokratischer Arzt wird von der Regierung nach Namibia geschickt, um die Ursachen und Heilmethoden einer Augenkrankheit zu erforschen. Im „Deutschen Haus“, prallt er mit den Siedlerfamilien zusammen und lernt sie bei einer Gedenkfeier zum faschistischen Überfall

auf die Sowjeunion zu verstehen. Nicht nur, daß Konsalik mit dieser Feier die Ehrenrettung der Faschisten in seitweisen Propagandareden versucht, auch der Anspruch auf die Ostgebiete wird propagiert und soll auf Namibia ausgedehnt werden. Namibia soll wieder „Deutsch-Südwest“ werden. Garant dafür sollen die Siedlerfamilien sein. Ihnen das „Heimatrecht“ und die Ansprüche auf Namibia zu sichern, bemüht Konsalik erneut die Kolonialistenpropaganda, daß sie es erst gewesen wären, die das Land urbar gemacht hätten, ohne sie aber Afrika nie aus dem „dumpfen Mittelalter der Entwicklung“, „der Stammeskriege, der Blutrache, des Religionsfanatismus ... herauskommen“ würde. Sie hierin mit allen Mitteln zu unterstützen, wäre die Aufgabe, propagiert Konsalik, nicht aber, sie im Stich zu lassen. Der Arzt lernt dies umso besser zu verstehen, als er durch sie von neokolonialen Plänen der Bundesregierung erfährt, die Bergwerksgesellschaften nach der Unabhängigkeit zu verstaatlichen und unter bundesdeutscher Leitung ein Industrieministerium, eine Zentralbank und eine Bankaufsichtsbehörde einzusetzen. Um diese Pläne zu verwirklichen, setze die Bundesregierung die SWAPO ein, finanziere ihre Lebensmittel, Medikamente, Ausrüstung und Waffen, mit denen die SWAPO den Vernichtungskrieg gegen die weißen Siedler führe. So wird auch die SWAPO von einer Organisation zum Kampf für die Unabhängigkeit zu einer Terrorbande für die Durchsetzung neokolonialer Ziele der Bundesregierung.

Konsalik, Wie ein Hauch von Zauberbäumen, Bertelsmann 1981, 34 DM



Offiziere der deutschen Truppen 1904

Vererbung

Kulturelle Unterschiede durch „Kulturgene“ erklärt

Mit dem Erstarken der politischen Reaktion in den USA kommen auch wieder reaktionäre Ideen hoch, die schon längst erledigt schienen. Volle drei Seiten in der Wissenschaftszeitung „Science“ nimmt die Besprechung des neuen Buches „Gene, Verstand und Kultur“ (1) des Harvard-Biologen Edward Wilson und des theoretischen Physikers Charles Lumsden ein. Über ein Dutzend Biologen hat „Science“ zu dem Buch befragt.

Wilson und Lumsden behaupten, daß die kulturellen Unterschiede zwischen den Völkern durch unterschiedliche Gene festgelegt seien. Den Beweis liefert ihre Theorie der Gen-Kultur Koevolution, die kurz gefaßt so lautet (2):

„Kultur wird als ein zusammengesetztes Phänomen betrachtet, dessen Einheiten Kulturgene genannt werden – etwa eine spezielle Heiratssitte, religiöser Glaube, die Bevorzugung von süßem gegenüber bitterem Geschmack usw. Die Wahl eines Individuums zwischen alternativen Paaren von Kulturgenen – einen Bart tragen oder sich glatt rasieren z.B. – wird durch zwei Faktoren bestimmt: genetisch festgelegte epigenetische (nachträglich entstandene, d. Red.) Regeln, die die Aufnahme und den Erkennungsprozeß von Informationen bestimmen, und der Anteil von Individuen einer Population, die eine bestimmte Wahl getroffen haben. Kulturelle Formen, die eine Population auszeichnen, sind die Summe der Auswahl der Individuen aus all den Kulturgenen.

Die Theorie nimmt an, daß einige kulturelle Gewohnheiten für das Überleben nützlicher sind als andere und somit den Gesetzen der natürlichen Auslese unterliegen. Wegen der unlösbaren Beziehungen zwischen Genen und Kultur, wie sie Lumsden und Wilson im Auge haben, glaubt man, daß die Selektion auf mehr als nur das offenkundige kulturelle Verhalten einwirkt: die genetisch bestimmten epigenetischen Regeln unterliegende Auswahl an Kulturgenen unterliegt auch der Selektion. Der Koevolutionskreislauf ist komplett.“

Die Ansicht der von „Science“ befragten Wissenschaftler reicht von heller Begeisterung bis zu völliger Ablehnung. Übereinstimmend wird beklagt, daß die das Buch überwuchernde Mathematik, die die Theorie „beweisen“ soll, nicht mit dem Text übereinstimmt und schwere Fehler enthält. Der zweite häufige Vorwurf war, daß diese Theorie einen unzulänglichen Ausschnitt von Kultur umfaßt. Genetiker sind sehr naiv mit dem, was sie unter Kultur verstehen, sagte ein Kritiker. Menschen könnten zwischen verschiedenen Gesellschaften wechseln und ihr Verhalten ganz radikal ändern, was mit der Vorstellung, daß das Verhalten genetisch gesteuert sei, nicht vereinbar sei. Wilson hat seine Ideen ursprünglich aus seinen Untersuchungen über das Verhalten der sozialen Insekten – das sind Ameisen, Termiten, Honigbienen und Wespen – gewonnen.

Über die Auswirkungen seiner Theorie äußert sich Wilson sehr zurückhaltend, ihn habe nur die reine Wissenschaft interessiert. Lumsden ist da viel forscher. Er sieht mögliche Anwendungen in der Sozialplanung und -steuerung und praktischen Nutzen in der Psychopathologie.

Die Fehler in der Wilsonschen Theorie liegen nicht nur in der Mathematik, sondern schon die Grundlagen sind äußerst fragwürdig. (3) In der ganzen Geschichte der Lebewesen gehe es nur um die maximale Ausbreitung der eigensüchtigen Gene. Der einzelne Organismus zähle überhaupt nichts. Er sei nur der temporäre Träger der Gene und von diesen darauf programmiert, sie zu erhalten und für ihre größtmögliche ungestörte Verbreitung zu sorgen. Das ist eine absurde Verdrehung zwischen der materiellen Substanz Gen, deren Träger der Organismus ist, und der darin enthaltenen Information. Die Fragestellung selbst ist so nutzlos, wie die Frage, was war eher, die Henne oder das Ei. Die Gene kommen einem vor wie Aktionäre, die die Organismen für sich schufte lassen. Und wer programmiert die Gene?

Zweitens: In dieser Theorie wird die „Fitness“ als das Maß verwendet, mit dem gemessen wird, ob sich ein Gen im Laufe der natürlichen Selektion gegenüber einem anderen Gen durchsetzt. Dieses Maß ist durch einen Zirkelschluß definiert: Wie mißt man, ob ein Gen mehr „Fitness“ hat als ein anderes? Dadurch, daß es sich durchsetzt. Und warum hat es sich durchgesetzt? Weil es dem Organismus mehr „Fitness“ verleiht.

Diese Entwicklungstheorie führt mit der „Fitness“ unter der Hand eine vorwärtsgerichtete Bestimmtheit in die Evolution ein. Man ahnt schon welche „Kulturgene“ am fittesten machen: die

Neigung zum Kapitalismus und besonders das Kulturgut „Harvard-University“. Jetzt wissen wir auch endlich, warum die oftmals hochentwickelten Kulturen der Völker Asiens, Afrikas und Amerikas von den Kolonialarmeen der europäischen Kapitalisten unterworfen werden konnten: ihre Kulturgüter waren eben weniger fit. Die Kulturgüter des US-Imperialismus haben sich nach dem zweiten Weltkrieg in wenigen Jahren ausgebreitet. Auch das durch natürliche Selektion und Vererbung?

- (1) *Genes, Mind and Culture*, Ch.J. Lumsden & E.O. Wilson, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1981
 (2) *Science*, 212, 908 (1981)
 (3) *Sociobiology: The new synthesis*, E.O. Wilson, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1975

Finnischer Friedensvertrag

Politischer Riegel gegen großdeutsche Baltikum-Ambitionen

Die wesentlichen Expansionsschritte bzw. -richtungen des deutschen Imperialismus (seit der Jahrhundertwende) waren stets folgende: ökonomisch-politische Neuordnung Europas unter deutscher Führung, *erstens* durch Schaffung eines großdeutschen Mitteleuropas – das lief im wesentlichen auf Einverleibung „Deutsch-Österreichs“ hinaus (s. dazu: „Österreichischer Staatsvertrag – Verbot des Anschlusses an Deutschland“, Politische Berichte Nr. 12/81). *Zweitens* durch das Betreiben einer Expansionszange, deren einer Arm nach Nord-Osten ausgriff – mit der baltische Ostseeküste als Achse und Finnland als „natürlicher bzw. organischer Verlängerung“. Und deren anderer Arm im Süd-Osten ansetzte, mit der Donau als Achse und der Türkei als Ziel (letzteres wird in Politische Berichte Nr. 20 anhand der „Balkan-Friedensverträge“ behandelt werden). *Drittens* knüpfte dieses Expansions-Programm bewußt bzw. propagandistisch am mittelalterlichen altdeutschen Imperialismus an und suchte daher das zählbeige Erbe desselben, die in ganz Osteuropa und dem Balkan verstreuten „volksdeutschen“ Minderheiten, als vorge-schobene Posten, als Brückenköpfe und 5. Kolonnen zu nutzen. Alle drei Expansionsschritte hatten die teils versteckte, teils offene Einkreisung, Unterwanderung und schließlich Einverleibung des europäischen Rußlands (und der Ukraine) zum Ziel.

In der im September 1914 veröffentlichten „Denkschrift (des Alldeutschen Verbandes) betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes“ wird daher festgestellt: um die „Herrschaft in der Ostsee ... zu erreichen, müssen die russischen Ostseeprovinzen Kurland, Livland, Estland sowie das Gebiet, das die Landbrücke zwischen den ‚baltischen‘ Provinzen und Ostpreußen bildet, an das Deutsche Reich angegliedert werden ... Wir dürfen die Deutschen in den Ostseeprovinzen, die (seit der Hanse und dem Deutschen Ritterorden, d.Red.) mehr als 700 Jahre unter schwersten Kämpfen treu in härtestem Vorpostendienst ausgeharrt haben, nicht unerlöst lassen.“ (1) In diesem Zusammenhang wird die „Befreiung“ bzw. „Abtrennung“ des damaligen zaristischen Großfürstentums Finnland als „unerläßlich“ angesehen, „da ja dadurch erst Rußland die Herrschaft über die östliche Ostsee verloren ginge.“

Noch konkreter wird die Funktion eines solchen, mit großdeutscher Unterstützung vom zaristischen Joch „befreiten“ Finnlands in einem 1917 veröffentlichten Kriegsziel-Dokument gefaßt: im Hinblick auf die großrussische „Schädigung unserer Lebensinteressen ... ergibt sich für uns die Notwendigkeit, eine Änderung der politischen Stellung Finnlands von Grund aus herbeizuführen. Wir möchten Gelegenheit nehmen, an die Türkei zu erinnern. Es ist der gleiche geopolitische Zwang, der uns zu friedlicher Betätigung nach Südosten über den Balkan in die Türkei, der uns nach Finnland zieht. Dort unten im Südosten – das freie Osmanische Reich, ein Friedhof alter Kultur, der ungeackert, reiche Ernte zeitigen muß. Oben dagegen, zwischen Ostsee und Eismeer – ein freies Großfinnland, ein junges Kulturland mit einer Fülle jungfräulichen Bodens als Feld der Betätigung für Deutschlands Handel und deutsches Kapital. Als neuer Staat würde Großfinnland dann der Eckpfeiler eines erweiterten Mitteleuropas; indem es mit seiner natürlichen und strategischen Grenze den rechten Flügel Rußlands umfaßte, sicherte es sich, und uns, und den andern Ostseevölkern freie Bahn auf dem Baltischen Meer.“ (2)

Diesem strategischen Expansions-Programm entsprechend hat daher die Reichsleitung, parallel zur militärisch betriebenen Losreißung der „baltischen Ostseeprovinzen“ vom zaristischen Rußland, während des gesamten 1. Weltkrieges (gestützt auf das „neutrale“ Schweden) eine Politik der permanenten Einmischung in finnische Angelegenheiten betrieben: Sammlung der großfinnischen Bourgeoisie bzw. Emigration für die Entfesselung eines Aufstands; Aufstellung einer „Legion“ finnischer Freiwilli-

ger, die zunächst im Rahmen der baltischen Eroberungen des Deutschen Reichs gegen Rußland eingesetzt wurden und dann zur Unterstützung der Konterrevolution (1917) nach Finnland über-setzt; schließlich Entsendung einer deutschen Interventions-streitmacht nach Finnland zwecks Niederschlagung der im Januar 1918 errichteten finnischen roten Volksmacht. Letzteres geschah allerdings nicht, ohne sich zuvor durch den Abschluß von wirtschaftlichen und politisch-militärischen Knebelungsverträgen mit großfinnischen Kollaborateuren (3) die restlose Auslieferung Finnlands ans reichsdeutsche Finanzkapital bescheinigt haben zu lassen.

Es muß aber an dieser Stelle schon festgehalten werden, daß die großkarelischen (regionalen) Expansionsabsichten der finnischen Bourgeoisie eine ganz wesentliche Funktion für die Verwirklichung der großdeutschen Ostsee- bzw. Baltikumabsichten hatte:

Kaiser Wilhelm II. begründete seine Unterstützung des militärischen Führers der finnischen Konterrevolution, des ehemaligen zaristischen Generals bzw. Barons und gebürtigen Schweden C. G. Mannerheim, u.a. wie folgt: „Bolschewiki müssen erschlagen werden, weil revolutionär ... Mannerheim hat gesagt, er sei bereit, auch nach Petersburg zu gehen und Ingermanland zu nehmen.“ (4) Dabei handelt es sich im wesentlichen um das Gebiet der heutigen Großregion Leningrad. In den Reihen der finnischen Bourgeoisie wurde erwogen, „ein ‚Großfinnland‘ zu schaffen, das sich bis nach Moskau erstrecken sollte („Eine alte finnische Stadt, wie schon der Name andeutet“).“ (5) Für diese Zwecke suchte sie daher, die auf dem Leichenberg der abgeschlachteten finnischen Arbeiterbewegung errichtete bürgerliche Republik als „Vorposten des westlichen Abendlandes“ bzw. als „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Sowjetunion anzubieten. Dies geschah im Verlaufe der 20er und der 30er Jahre gegenüber dem britischen und v.a. gegenüber dem wiedererstarkenden deutschen Imperialismus.

Mitte der 20er Jahre wurden die alten Expansionsabsichten zunächst als „Zollunion“ (1926) und dann als „kontinentaleuropäischer Großwirtschaftsraum unter deutscher Führung“ (Anfang der 30er Jahre) erneut propagiert bzw. an ihrer Verwirklichung gearbeitet. Finnland war hierbei als Holz- und Nickellieferant bereits fest im Visier – es galt daher die „deutsch-finnische Freundschaft“ und „Waffenbrüderschaft“ zu beleben. Schon am 12.1.1936 sah sich die Sowjetregierung daher gezwungen, folgendes festzustellen:

„Die deutsche Regierung mache ... keinen Versuch, auf ihre Eroberungspläne gegen Sowjetrußland zu verzichten. Diese verbrecherische Propaganda zur Eroberung fremder Territorien habe bereits im Ausland Nachahmer, und zwar insbesondere in Polen, aber auch in Finnland gefunden ... Deutschland bereite sich auch fieberhaft vor, eine beherrschende Stellung in der Ostsee einzunehmen.“ (6)

Unter dem Deckmantel der „Neutralität“ Finnlands und entgegen den Vereinbarungen des finnisch-russischen Nichtangriffspakts (1932) wurde mit englischer und v.a. deutscher Militärhilfe die finnische Grenze bei Leningrad in ein Aufmarschgebiet gegen die UdSSR verwandelt. Da die finnische Bourgeoisie offenkundig Willens war, sich erneut zum Werkzeug ausländischer – gegen die Sowjetunion gerichteter – Expansionsinteressen zu machen, schlug die UdSSR der finnischen Regierung u.a. den Austausch dieses ca. 30 Kilometer breiten Aufmarschgürtels („Mannerheim-Linie“) gegen ein mehrfach größeres seitens der Sowjetunion abzutretendes Gebiet in Karelien vor. Durch die britischen bzw. deutschen Imperialisten ermuntert, hat Finnland dies abgelehnt und demgegenüber auf seine „Unabhängigkeit“, „Neutralität“ und „territoriale Integrität“ gepocht – lauter Sachen, welche die finnische Regierung schon längst insgeheim meistbietend auf dem Markt imperialistischer Expansionsinteressen verkauft hatte. Um die finnische Bourgeoisie vor noch größerem Übermut zu bewahren, war die Sowjetunion schließlich gezwungen, den Aufmarschgürtel bei Leningrad militärisch zu zerschlagen und nach Beendigung dieses Winterkrieges (Dez. 1939 – März 1940) statt eines Gebietsaustauschs in einem Friedensvertrag (12.3.1940) eine Gebietsabtretung zu diktieren. Die finnische Unterschrift unter diesem Vertrag war noch nicht ganz trocken, als die „deutsch-finnische Waffenbrüderschaft“ zum monatelang (insgeheim) vorbereiteten Überfall auf die Sowjetunion (21.6.1941) schritt.

In seinem Tagesbefehl vom 29.6.41 führte der finnische Feldmarschall Mannerheim (er bzw. der finnische Generalstab waren seit August 1940 an der Vorbereitung des Überfalls beteiligt) aus: „Ohne jede Ursache hat unser Feind in brutaler Weise unser friedliches Volk angegriffen ... Unsere gefallenen Helden ... treten an unsere Seite, wenn Ihr in Waffenbrüderschaft mit der gewaltigen Kriegsmacht Deutschlands ... in den Kreuzzug gegen unsern Feind zieht ... Folgt mir noch dieses letzte Mal, jetzt, wo sich das Volk Kareliens wieder erhebt und der neue anbrechende Tag Finnlands uns entgegenleuchtet.“ (7)

Dieser „Kreuzzug der Waffenbrüderschaft“ hat u.a. 1 Million (von insgesamt ca. 3 Mio.) Einwohnern Leningrads das Leben gekostet; die Wiederholung eines solchen Abenteuers erscheint derzeit wenig wahrscheinlich – dazu haben nicht unerheblich die Bestimmungen des finnischen Friedensvertrages (10.2.1947) beigetragen:

Präambel: Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, Australien, die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik, Kanada, die Tschechoslowakei, Indien, Neuseeland, die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik und die Südafrikanische Union als die Staaten, die sich im Kriegszustand mit Finnland befinden und die mit wesentlichen militärischen Kräften aktiv am Kriege gegen die europäischen Feindstaaten teilgenommen haben, und die nachstehend als ‚die Alliierten und Assoziierten Mächte‘ bezeichnet sind, einerseits,

und Finnland andererseits;

sind in Anbetracht dessen,

– daß Finnland mit Hitler-Deutschland verbündet war und auf dessen Seite am Kriege gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich und andere Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen teilgenommen hat und daher seinen Teil der Verantwortung für diesen Krieg trägt; und

– daß Finnland jedoch am 4. September 1944 die militärischen Operationen gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vollkommen einstellte, vom Kriege gegen die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zurücktrat, die Beziehungen mit Deutschland und seinen Vasallenstaaten abbrach und nach Abschluß eines Waffenstillstandes am 19. September 1944 mit den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Vereinigten Königreichs, die hierbei alle mit Finnland im Krieg befindlichen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen vertraten, die Waffenstillstandsbedingungen loyal erfüllte; und

– daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Finnland den Wunsch haben, einen Friedensvertrag zu schließen, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit die als Folge der erwähnten Ereignisse noch ausstehenden Fragen regelt und die Grundlage freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen bildet und dadurch die Alliierten und Assoziierten Mächte in den Stand versetzt, den Antrag Finnlands, Mitglied der Vereinten Nationen zu werden und auch jedem Übereinkommen beizutreten, das in den Vereinten Nationen getroffen wird, zu unterstützen;

Art. 1: Die Grenzen Finnlands ... bleiben dieselben, wie sie am 1. Januar 1941 bestanden, abgesehen von den im folgenden Artikel bestimmten Ausnahmen.

Art. 2: In Übereinstimmung mit dem Waffenstillstands-Abkommen vom 19. September 1944 bestätigt Finnland die Rückgabe der Provinz Petsamo (Pechenga), die Finnland nach den Friedensverträgen vom 14. Oktober 1920 und 12. März 1940 freiwillig vom Sowjet-Staat abgetreten worden war, an die Sowjetunion ...

Art. 3: In Übereinstimmung mit dem Waffenstillstands-Abkommen wird die Rechtsgültigkeit des am 12. März 1940 in Moskau zwischen der Sowjetunion und Finnland abgeschlossenen Friedensvertrages wiederhergestellt ...

Art. 6: Finnland ergreift alle notwendigen Maßnahmen, um allen der finnischen Staatshoheit unterstehenden Personen ... den Genuß der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten einschließlich des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Presse- und Publikationsfreiheit, der Freiheit der Religionsausübung, der politischen Meinungs- und der Versammlungsfreiheit zu gewährleisten.

Art. 8: Finnland, das in Übereinstimmung mit dem Waffenstillstands-Abkommen Maßnahmen zur Auflösung aller auf finnischem Gebiet befindlichen Organisationen faschistischer Art ergriffen hat, gleichviel ob diese politischer, militärischer oder halbpolitisch-militärischer Art waren, oder ob es sich um andere Organisationen handelte, die eine der Sowjetunion oder einem anderem Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen feindliche Propaganda betreiben, läßt in Zukunft das Bestehen und die Tätigkeit derartiger Organisationen, deren Ziel es ist, das Volk seiner demokratischen Rechte zu berauben, nicht zu.

Art. 9: Finnland unternimmt alle notwendigen Schritte, um sicherzustellen, daß festgenommen und vor Gericht gestellt werden: a) Personen, die beschuldigt sind, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit begangen, befohlen oder begünstigt zu haben ...

Art. 10: Finnland verpflichtet sich, die Rechtsgültigkeit der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn, ferner anderweitiger Übereinkommen oder Abmachungen, die von den Alliierten und Assoziierten Mächten für die Wiederherstellung des Friedens mit Österreich, Deutschland und Japan getroffen wurden oder werden, anzuerkennen.

Art. 20: Finnland arbeitet in jeder Hinsicht mit den Alliierten und Assoziierten Mächten zusammen, um sicherzustellen, daß Deutschland daran gehindert wird, außerhalb deutschen Gebietes Schritte zur Wiederaufrüstung zu unternehmen. (8)

(1) Europastrategien des deutschen Kapitals – Dokumentation, 1977, S. 247; (2) dto., S. 414; (3) Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, 1964, S. 233 f., S. 404 f., S. 449 ff.; (4) dto., S. 453; (5) Alexander Werth, Rußland im Krieg, 1965, S. 262; (6) Archiv der Gegenwart, 11.1.1936; (7) dto., 29.6.1941; (8) Die Friedensverträge von 1947. Quellen für Politik und Völkerrecht, Bd. 1, 1948.

Ketzerei

Katholiken aus der 3. Welt wollen schon hienieden sattwerden

Auf dem Eucharistischen Weltkongreß im Juli in Lourdes sind – bei wegen Ausfall des Hauptdarstellers Wojtyla unerwartet schwachem Besuch – ziemlich heftige Differenzen aufgetreten. Einige Teilnehmer aus der Dritten Welt wollten das Kongreßmotto „Jesus Christus, Brot, gebrochen für eine neue Welt“ für vatikanische Begriffe allzu wörtlich nehmen. So der brasilianische Bischof Dom Helder Camara: „Das Brot soll schließlich unter uns geteilt werden. Im vergangenen Jahr sind 50 Millionen Menschen am Hungertod gestorben... Der Eucharistische Kongreß sagt nicht nur ‚gebrochenes Brot, geteiltes Brot‘, er sagt auch: ‚für eine neue Welt‘.“ Ein vorbereitendes Symposium in Toulouse hatte gar die Frage aufgeworfen, „ob man weiterhin die Eucharistie (Abendmahl) mit gutem Gewissen feiern könne“. In der Botschaft des Symposiums an den Kongreß – im Wortlaut weder vom Vatikanorgan „Osservatore Romano“ noch von der „Katholischen Nachrichtenagentur“ veröffentlicht – heißt es weiter: „Wir kennen den Platz, den in dieser Situation das Streben nach Profitmaximierung, der Machtwille oder einfach die Unkenntnis der anderen und die Gleichgültigkeit gegenüber ihren Problemen haben.“ Dabei hatte Kardinalstaatssekretär Casaroli (sozusagen der Ministerpräsident des Vatikan) das Symposium ausdrücklich ermahnt: „Der eigentliche Weg wird ... darin bestehen, zu ermitteln, wie die ersehnte Brüderlichkeit für die Christen in der Eucharistie wurzelt. Es gilt, diese ganze Perspektive entsprechend zu vertiefen, damit dieses große Sakrament, dieses Mysterium, nicht auf die Ethik des Teilens der materiellen Güter noch auf einen Kampf für die Gerechtigkeit verkürzt wird, so sehr auch das eine wie das andere notwendig ist.“

Die Eucharistie, und speziell die „Wandlung“ von Brot und Wein in „Leib und Blut Christi“ durch die Worte des Priesters, ist das Haupt-Geheimnis der katholischen und – teils abgemildert – der anderen christlichen Konfessionen. Als der Glaube daran nicht mehr sozusagen selbstverständlich war, entstand das Bedürfnis, ihn regelmäßig öffentlich zu demonstrieren. Daher seit 1881 die Eucharistischen Kongresse. Durch (symbolische) Wiederholung des Kreuzesopfer Jesu, durch das die Menschheit von der Erbsünde erlöst wurde, soll der damit begründete „neue Bund“ zwischen den Menschen und Gott in jeder Messe mystisch bekräftigt werden. Die Fetischisierung dieses „Vertrags mit Gott“ im Altarsakrament ist hervorragend geeignet, die vom Christentum ursprünglich proklamierte Gleichheit der Menschen auf völlig abstrakte „Gleichheit vor Gott“, die „Brüderlichkeit“ zur Kommunion herunterzubringen. Das Dogma fertigzuzimmern, hat freilich über ein Jahrtausend gedauert.

Die Enttäuschung der unmittelbaren End-Erwartung der ersten Christen, die kurzfristig mit der Errichtung des Gottesreiches durch den wiedergekehrten Jesus gerechnet hatten, ließ den Wunsch nach einem faßbaren Unterpfand der künftigen Erlösung aufkommen, eben die Eucharistie. Zugleich begann der die ganze Geschichte des Christentums durchziehende Kampf zwischen denen, die mit der Errichtung des „Reiches Gottes“ auf eigene Faust beginnen wollten, und den kirchlichen Vertretern der herrschenden Klasse, denen die Zustände der „zeitlichen Welt“ gar nicht lange genug dauern konnten. Das Abendmahl war zunächst einfach eine gemeinsame Mahlzeit der Gemeinde, zu der jedes Mitglied nach seinen Mitteln beizutragen hatte. Aber bereits Paulus mahnt die Korinther: „Hungert jemand, der esse daheim“, was für viele arme Christen leichter gesagt als bezahlt war. Schon im 2. Jahrhundert setzten die geschmäckerlichen Christen aus den oberen Klassen Trennung des sakralen „Abendmahls“ von der abendlichen Armenspeisung durch. Diese wurde, kaum war das Christentum Staatsreligion, ganz abgeschafft. Seit dem ausgehenden Mittelalter kann man stattdessen den leibhaften Christus, als „gewandelte“ Hostie in Tabernakeln aufbewahrt, in jeder Kirche direkt anbeten. Das Festhalten an der eucharistischen Mystik ermöglicht, wie von Wojtyla laufend vorgeführt, jedes verbale Zugeständnis z.B. an die Völker der Dritten Welt gleich wieder in Kommunion statt Revolution einmünden zu lassen. Man darf gespannt sein, wie der hl. Vater auf die neuen ketzerischen Tendenzen reagieren wird.

Nettolohn drift und Bruttolohn drift 1980 auf 1981

Die ausgewachsene Abzugslast auf den Löhnen und Gehältern bewirkt, daß in den wirtschaftlichen Kampf, den die Gewerkschaftsorganisationen gegen die Aufkäufer von Arbeitskraft um deren Marktpreis führen, ein starkes politisches Element sich einmischt. Der Gesetzgeber hat in der Hand, durch Änderungen oder Umverteilungen der Abzugslasten Lohnsenkungen in bestimmten Lohn- und Gehaltszonen in Lohnsteigerungen zu verwandeln und umgekehrt, ohne z.B. an der Gesamtabzugslast, d.h. überhaupt etwas ändern zu müssen.

Da die wirtschaftlichen Umstände der Reproduktion des Lohnabhängigen sich spontan an dem Lohn- und Gehaltsrest orientieren, der letztlich bar verbleibt, können geschickt angesetzte Um dispositionen der Abzugslast eine wirksame Desorientierung der Lohnbewegungen besorgen.

Diesen Weg hat die Regierung gegen die Lohnbewegungen des Frühjahr 81 dann auch beschritten. Um auszukundschaften, wie sie im Einzelnen verfahren ist, haben wir eine Modellrechnung versucht (s. nebenstehende Erläuterung).

Die Steuerpflicht orientiert sich bekanntlich nicht nur an der Höhe des Einkommens, sondern auch an den persönlichen und familiären Umständen. Je nachdem ob der Lohnabhängige ledig ist (Steuerklasse I), ob er als „Alleinvertreter“ eines Ehepaares (III), ob er ledig Kinder zu versorgen hat oder schon älter ist (II) oder ob beide Ehegatten berufstätig sind (IV), oder ob beide Ehegatten berufstätig sind, ihre Löhne aber stark auseinanderklaffen (III/V), die Abzugsformel stellt sich verschieden dar.

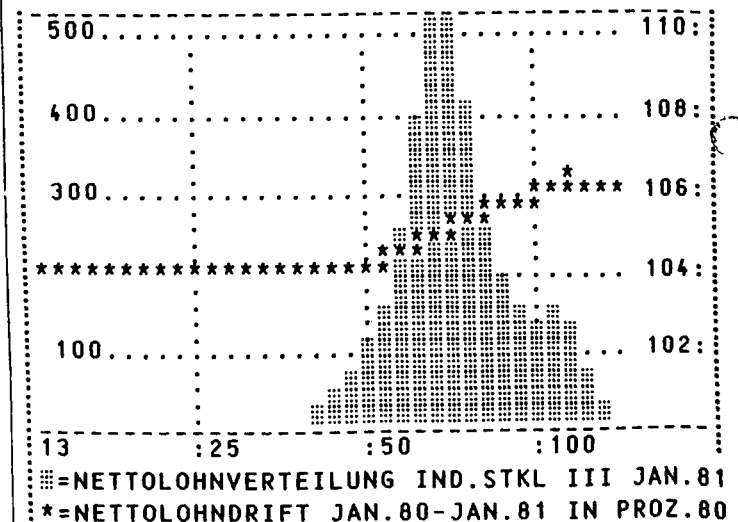
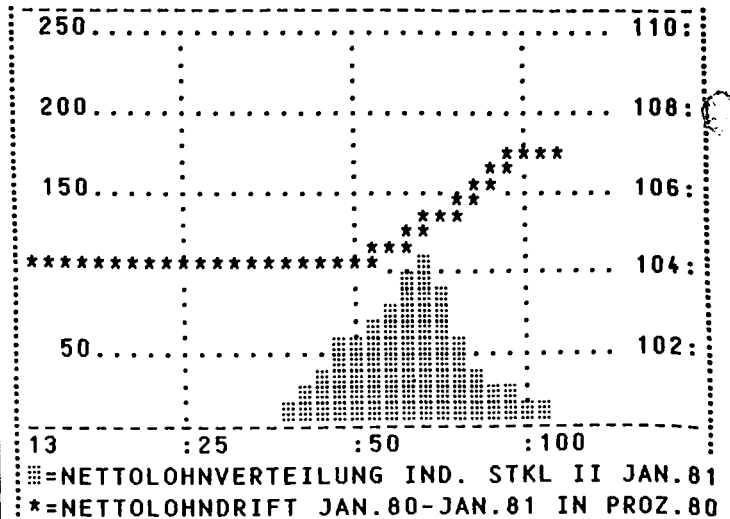
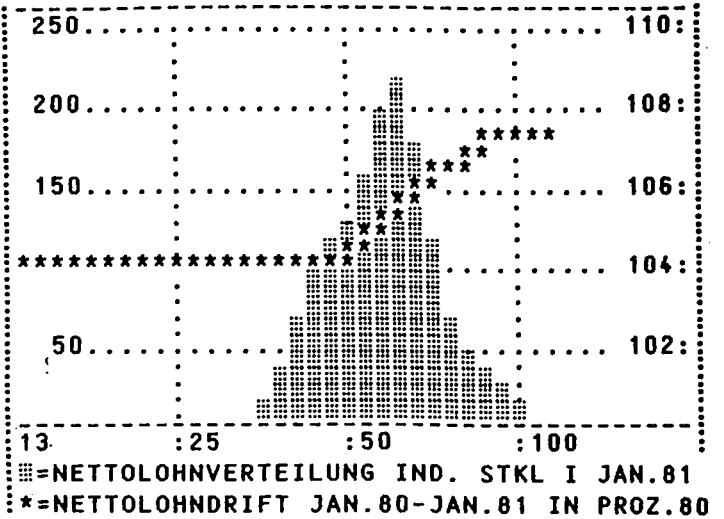
Unsere Modellrechnung ergibt, daß der Trend des Bruttolohn drifts (siehe PB 18/81) in jeder dieser Steuerklassen sich auf die Nettolöhne durchsetzt. Das heißt, unabhängig von den Umständen des Einzelnen hätte auch beim Nettolohn gegolten, daß die niedrigeren Löhne und Gehälter mit einer geringeren Rate gestiegen sind als die höheren. Während nun die Grenzmarken dieses Trends für die Steuerklassen I, II, III, IV jedenfalls im Rahmen der Genauigkeit, die unsere Modellrechnung ermöglicht, keinen allzugroßen Unterschied zum Bruttolohn drift merken lassen, verhält sich das bei der Steuerklasse V anders.

Bei der Steuerklasse V liegen die Grenzmarken des Nettolohn drifts nicht wie bei den anderen zwischen 4% und 7%, sondern zwischen fast 8% und knapp über 10%. Das heißt: Während für alle anderen Steuerklassen gilt, daß der Nettolohn drift für den schlechter bezahlten Teil der Lohnabhängigen unter der Inflationsrate lag und für den besser bezahlten darüber, gilt für die Steuerklasse V, daß alle danach besteuerten einen Nettolohn drift erleben konnten von Januar 80 auf Januar 81, der über der Inflationsrate lag und zwar spürbar.

Die Steuerklasse V ist eine Form der Besteuerung des gemeinschaftlichen Einkommens von Ehegatten. Konkret bewirkt die Steuerklasse V in der Praxis, daß die Ehegattin zu arbeiten anfangen oder auch aufhören kann, ohne daß sich das Nettolohneinkommen des Ehemannes so nährlich verändert, wie das bei einem Wechsel seiner Steuerklasse von III nach IV und zurück eintreten würde. Die Steuerklasse V ist eine Steuerklasse für zuverdienende Ehefrauen, deren Zuverdienst deutlich unter dem „Hauptverdienst“ des Mannes liegt und deren Beschäftigung nicht so stetig ist.

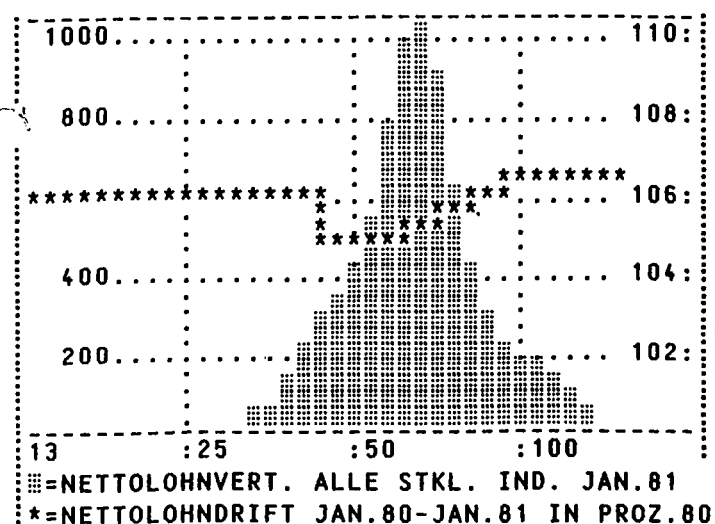
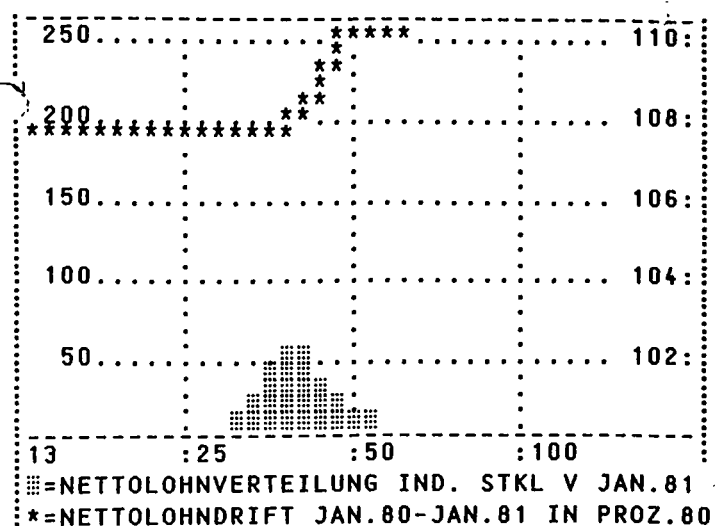
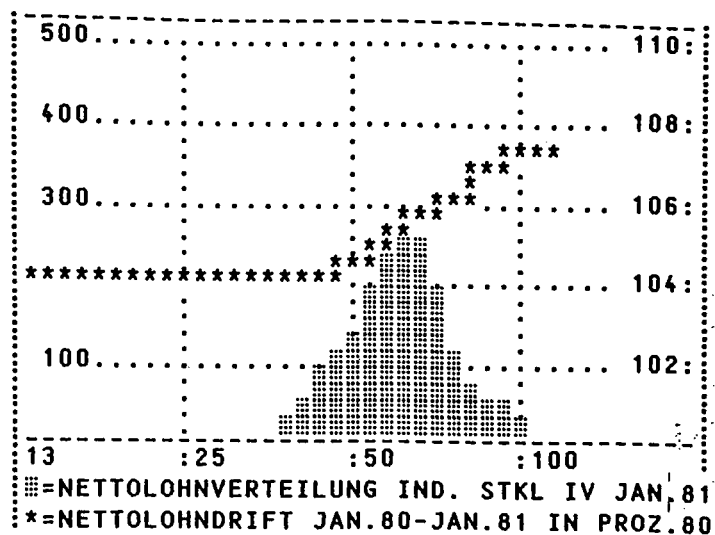
Die Besteuerung dieses „Zusatz einkommens“ nach Stkl. V ist ziemlich brutal hoch, eine gewisse Lockerung ändert an dieser Tatsache nicht viel. Hier bestand also Spielraum für Winkelzüge und er wurde genutzt.

Da die Lohnbewegungen des letzten Frühjahr sich vorgenommen hatten, gegen die schlechte Zahlung gerade der niedrigst gezahlten Tätigkeiten anzugehen und da die Steuerreform gerade im Januar 81 wirksam wurde, folglich eine Nettolohnveränderung eintrat, und insofern diese schlechtestgezahlten Tätigkeiten vielfach von „zuverdienenden Ehefrauen“ verrichtet werden, schufen die Regierungsbeschlüsse den Schein einer Entlastung, der Effekt beim Nettolohn war derselbe wie der einer Lohnerhöhung. Dies Manöver machte für einen Zeitraum, (denn bald wird die Sache durch die Inflationsbewegung zunichte gemacht) die Argumentation gegen die Niedrigstlöhne sozusagen etwas überprinzipiell. Denn für eine große Personengruppe, die „zuverdienenden Ehefrauen“, ergab sich der Nettolohn drift mit umgekehrten Vorzeichen zum Bruttolohn drift.



Erläuterung zur Berechnung der Nettolohnverteilung: Den Leistungsgruppen der Effektivlohnerhebung des Statistischen Bundesamtes für die angegebenen Zeitpunkte wurde jeweils seine Aufteilung der Beschäftigten nach Steuerklassen zugeordnet.

Für diese Aufteilung nach Steuerklassen wurde die Lohnsteuerstatistik von 1977 zugrunde gelegt. Dabei müssen für die Genauigkeit folgende Einschränkungen berücksichtigt werden: 1. Die Lohnsteuerstatistik erfaßt nur Jahreslöhne und -gehälter. Die Umrechnung auf Monatslöhne (Jahreseinkommen: 12) entspricht nicht genau dem monatlichen Effektivlohn. 2. Die Steuerfälle in Klasse III mit V sind nicht getrennt ausgewiesen nach Zugehörigkeit zu Klasse III oder V. Für eine grobe Schätzung der Aufteilung dieser Steuerfälle wurde in der Rechnung folgende Annahme gemacht: die männlichen Beschäftigten in III/V wurden der



Steuerklasse III, die weiblichen der Steuerklasse V zugerechnet.

Für die Sozialversicherungsabzüge wurden folgende Sätze verwendet (1980/1981): Rentenversicherung 9,0%/9,25%; Arbeitslosenversicherung 1,5%/1,5%; Krankenversicherung 5,85%/6,01%. Die Krankenversicherungsbeiträge entsprechen dem durchschnittlichen Satz der Ortskrankenkassen jeweils im Januar.

Die linke Skala in den Bildern gibt in unterschiedlichen Maßstäben die Zahl der Beschäftigten in Tsd. an. Die rechte Skala gibt die Nettolohnverteilung in Prozenten des Lohnes von 1980 an. Für Januar 1980 wurde die gleiche Beschäftigung eingesetzt wie im Januar 1981. Bei so gleichgesetzter Beschäftigung wurde in 10%-Zusammenfassungen der Beschäftigten die Bewegung ihrer Nettolöhne verglichen.

Steuerfälle nach Steuerklassen und Bruttolohngruppen 1977

Bruttolohngruppe in Tsd. DM	Anzahl der Steuerfälle		
	Steuerklasse I	Steuerklasse II	Steuerklasse III ohne V
UNTER 2,4	593 005	491 214	435 980
2,4 B.U. 4,8	500 721	134 349	268 965
4,8 B.U. 7,2	513 350	96 697	177 036
7,2 B.U. 9,6	347 658	130 962	134 305
9,6 B.U. 12,0	332 519	203 915	135 555
12,0 B.U. 16,0	571 068	290 891	266 494
16,0 B.U. 20,0	683 794	310 700	397 360
20,0 B.U. 25,0	953 773	397 310	925 063
25,0 B.U. 30,0	607 979	298 378	1 247 933
30,0 B.U. 36,0	350 892	205 096	1 180 057
36,0 B.U. 40,0	121 237	64 067	474 082
40,0 B.U. 45,0	85 950	50 824	415 024
45,0 B.U. 50,0	44 103	27 393	294 175
50,0 B.U. 55,0	24 138	15 764	202 502
55,0 B.U. 60,0	13 679	8 145	131 103
60,0 B.U. 65,0	8 004	6 645	92 853
65,0 B.U. 70,0	4 710	3 201	61 087
70,0 B.U. 75,0	3 201	1 915	42 840
75,0 B.U. 80,0	2 112	1 339	30 422
80,0 B.U. 85,0	1 551	934	22 043
85,0 B.U. 90,0	997	593	17 250
90,0 B.U. 95,0	823	552	13 323
95,0 B.U. 100,0	598	407	10 656
100,0 B.U. 150,0	2 017	1 452	40 761
150,0 B.U. 200,0	329	299	9 143
200,0 B.U. 250,0	108	141	3 094
250,0 B.U. 300,0	37	54	1 458
300,0 B.U. 350,0	22	30	755
350,0 B.U. 400,0	13	17	446
400,0 B.U. 450,0	10	9	274
450,0 B.U. 500,0	8	11	182
500,0 und mehr	28	61	464
INSGESAMT	5 768 434	2 752 365	7 030 685

Bruttolohngruppe in Tsd. DM	Anzahl der Steuerfälle		
	Steuerklasse IV	Steuerklasse III mit V	Alle Steuerkl. zusammen
UNTER 2,4	68 314	389 802	1 978 317
2,4 B.U. 4,8	66 495	352 365	1 331 895
4,8 B.U. 7,2	66 809	281 812	1 138 705
7,2 B.U. 9,6	86 010	317 165	1 016 100
9,6 B.U. 12,0	121 256	351 648	1 142 893
12,0 B.U. 16,0	320 585	516 921	1 965 959
16,0 B.U. 20,0	515 178	346 084	2 253 116
20,0 B.U. 25,0	1 013 368	482 205	3 771 719
25,0 B.U. 30,0	878 975	632 234	3 665 499
30,0 B.U. 36,0	542 866	552 336	2 831 248
36,0 B.U. 40,0	176 693	205 597	1 041 676
40,0 B.U. 45,0	124 667	159 726	836 191
45,0 B.U. 50,0	62 843	96 323	524 837
50,0 B.U. 55,0	32 917	58 923	334 244
55,0 B.U. 60,0	17 860	35 715	206 502
60,0 B.U. 65,0	10 992	22 561	141 055
65,0 B.U. 70,0	6 064	13 664	88 726
70,0 B.U. 75,0	3 729	8 913	60 598
75,0 B.U. 80,0	2 500	5 939	42 312
80,0 B.U. 85,0	1 637	4 115	30 280
85,0 B.U. 90,0	1 152	2 895	22 887
90,0 B.U. 95,0	928	2 208	17 834
95,0 B.U. 100,0	623	1 644	13 928
100,0 B.U. 150,0	2 111	5 677	52 018
150,0 B.U. 200,0	347	1 020	11 138
200,0 B.U. 250,0	111	273	3 727
250,0 B.U. 300,0	47	127	1 723
300,0 B.U. 350,0	37	55	899
350,0 B.U. 400,0	18	42	536
400,0 B.U. 450,0	12	13	318
450,0 B.U. 500,0	7	14	222
500,0 U. MEHR	34	41	628
INSGESAMT	4 128 185	4 848 057	24 527 730

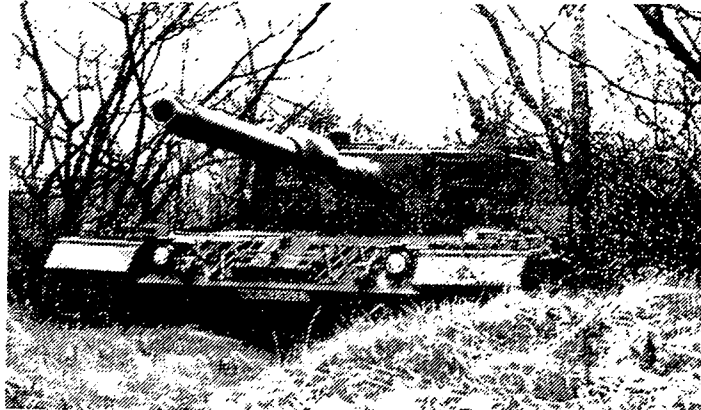
Die Angaben beziehen sich jeweils auf Personen. In Steuerklasse I: Alleinstehende ohne Kinder bis 49 Jahre; in Steuerklasse II: Alleinstehende mit Kindern und/oder über 49 Jahre; in Klasse III ohne V: verheiratete Beschäftigte, die allein verdienen; in Steuerklasse IV und III mit V: verheiratete Beschäftigte, wenn beide Ehegatten verdienen.

Quellen: Fachserie 16, Löhne und Gehälter, Reihe 2.1 und 2.2 des Statistischen Bundesamtes; Fachserie 4, Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.1.1 des Statistischen Bundesamtes; Lohnsteuerstatistik 1977, Vorläufiges Ergebnis vom 30.01.81, Statistisches Bundesamt; „Programmablaufplan für die maschinelle Berechnung der vom laufenden Arbeitslohn einzubehaltenden Lohnsteuer“, Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen v. 27.08.80, in: Bundessteuerblatt 1980, Teil I, S. 627 ff.

Rüstungshaushalt

Das Aufrüstungsprogramm soll voll durchgezogen werden

Weniger Geld für Wehrpflichtige, Einschränkung des Flugprogramms der Luftwaffe: die Regierung behauptet, bei ihren „Sparmaßnahmen“ auch vor der Rüstung nicht halt zu machen. Tatsächlich soll der Rüstungshaushalt 1982 um über 2,3 Mrd. DM steigen, die Tornado-, Panzer- und Fregattenrüstung voll durchgezogen werden. Kanonen statt Butter zwecks „Friedenssicherung“, ist die Haushaltsdevise. Noch mehr Kanonen, noch weniger Butter, fordert die Opposition.



Südliches Afrika

Imperialisten verteidigen ihre letzte Kolonialfestung in Afrika

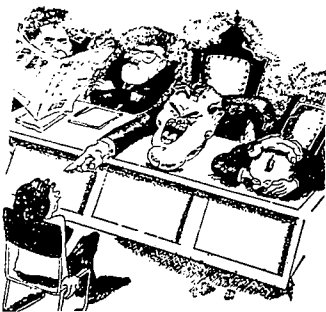
Truppentüberfälle auf Angola, blutige Unterdrückung des Befreiungskampfes in Namibia, Verfolgung der in den letzten Jahren deutlich gestärkten schwarzen Gewerkschaften in Südafrika. Fieberhaft arbeiten die westlichen Imperialisten am Ausbau ihrer Kolonialfestung Südafrika, um die Reichtümer ihrer Kolonie weiter ausplündern (Bild: Arbeiter im Oranjemund-Diamanten-

feld in Namibia) und die unabhängigen Staaten des südlichen Afrika weiter bedrohen und erpressen zu können. Um ihre Abhängigkeit von Südafrika abzubauen, festigen die afrikanischen Frontstaaten ihre Zusammenarbeit. Der Artikel soll die Lage im Befreiungskampf im südlichen Afrika und die Politik der Imperialisten nach dem Amtsantritt Reagans untersuchen.



Kriegsdienstverweigerung

Ein Grundrecht, das der Bourgeoisie immer lästiger wird



Über 500000 Militärdienstpflichtige haben seit Bestehen der Bundeswehr den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert. Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze verdoppelte sich die Zahl der Kriegsdienstverweigerer von 1967 auf 1968. Nicht mehr religiöse oder moralische Gründe standen im Vordergrund, sondern der Wunsch, nicht in die Ge-

schäfte der herrschenden Klasse verwickelt zu werden. Die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer werden vom Bundesinnenministerium als „verfassungsfeindlich“ gehandelt. Die Einschränkung der Gewissensprüfung wird vom BVerfG für verfassungswidrig erklärt. Die Prüfungskammern finden immer neue Gründe, um nicht anzuerkennen.

Großbritannien

Arbeiterbewegung gegen Thatcher-Regierung

Margret Thatcher ist die meistgehaßte Frau in Großbritannien, aber sie sitzt fest im Sattel, während die Gewerkschaften schwere Niederlagen erlitten, die Kapitalisten das Lohnniveau drashtisch senken, die Reaktion den Unterdrückungsapparat ausbaut und sich in der Arbeiterbewegung Demoralisierungstendenzen zeigen. Die Forderung nach einer Labour-Regierung kann schwerlich Einheit gegen die Reaktion schaffen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im

Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel: 0221/ 517457